

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsamt
Tageblatt Riesa,
Ferneuf Nr. 20,
Postfach Nr. 52

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1530,
Strohlasse:
Riesa Nr. 52.

Nr. 173.

Dienstag, 26. Juli 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Bewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontos gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verbreitungseinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Rotationsdruck und Verlag: Lanzer & Wintzelich, Riesa. Geschäftsstelle: Weichstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Ausnahmezustand in Großberlin und Brandenburg aufgehoben.

Nun zur Hauptsache!

Nach dem Spruch des Staatsgerichtshofs.

Ungeachtet der taktischen Wendung, die die preußischen Kläger vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich mit der am Sonnabend bekanntgegebenen Abänderung ihres Antrages vollzogen hatten, hat der Staatsgerichtshof entschieden, daß der Erlaß der beantragten einstweiligen Verfügung nicht möglich sei, ohne andererseits „der Entscheidung zur Hauptsache“ vorzuarbeiten, ohne andererseits noch eine zutreffende „Verwirrung im Staatsleben“ herbeizuführen.

Zwei Gesichtspunkte innerlichst verschiedener Art stehen also im Vordergrund: ein rein juristischer, denn der Erlaß einer einstweiligen Verfügung ist nur dann statthaft, wenn durch sie eben der Entscheidung zur Hauptsache nicht vorgegriffen, die reguläre juristische Behandlung des Gegenstandes nicht beeinträchtigt wird. Daneben steht die staatspolitische Überlegung, daß die Befehle — auch des abgeänderten — preußischen Antrags zu einer Scheidung der Staatsgewalt in Preußen führen würde, die, wie der Staatsgerichtshof ausdrücklich als keine unumstößliche Auffassung unterzeichnet, im besonderen Maße geeignet wäre, weiterer Verwirrung im preußischen Staatsleben herbeizuführen.

Im übrigen hat der Staatsgerichtshof ohne ängstliches Verweilen an Formalien die Aktivlegitimation der Antragsteller preußischen Staatsminister als gegeben angesehen, wenn er auch zu der Frage der Aktivlegitimation der preußischen Landtagsfraktionen des Zentrums und der Sozialdemokraten keine Stellung genommen hat; er hat ferner ohne Joazern die selbstverständliche Stellung eingenommen, daß keine Zuständigkeit in diesem Streit zwischen Reich und Preußen unbestreitbar sei. Es darf darüber hinaus gesagt werden, daß die ungemessen spannungsreiche Verhandlung in höchst würdigen und sachlichen Formen verlief, was nicht nur für das Gericht selbst, sondern auch für das Publikum gilt, das den Verhandlungsraum und die Tribünen bis auf den letzten Platz füllte. Man war sich allerseits der außergewöhnlichen Bedeutung dieser Angelegenheit zu tief und zu ernst bewußt, um sie durch irgendwelche unachtliche, überstimmte Erörterung oder gar durch irgend eine Kundgebung zu stören.

Gleichwohl bleibt ein Rest zu tragen verbleibt. Die Tatsache nämlich, daß nun gleichwohl die im preußischen Staatsleben herrschende Verwirrung fortgedauert wird, denn durch den Spruch des Staatsgerichtshofs ist ja nicht entschieden, ob das, was in Preußen geschehen ist und weiterhin geschieht, Recht oder Unrecht ist, der Verfassung entspricht oder gegen sie verstößt. Die Leipziger Richter haben sich lediglich dazu entschieden, daß der Staatsgerichtshof in das Geschehene durch eine einstweilige Verfügung nicht eingreifen könne.

Es hätte mehr geschehen können. Nicht hinsichtlich des Spruchs, sondern hinsichtlich des Vertreters des Reiches. Veruchte der preußische Vertreter, die tatsächliche Lage der Dinge darzustellen, und die einzelnen Gesichtspunkte daraufhin zu prüfen, ob sie mit der Verfassung vereinbar seien oder nicht, so schante es der Vertreter des Reiches, Ministerialdirektor Gotheimer schlechthin ab, auf sachliche Fragen überhaupt einzugehen. Ja, er bestritt dem Staatsgerichtshof sogar die Autorisation zum Erlaß einer einstweiligen Verfügung, ein Recht, das der Staatsgerichtshof sich grundsätzlich unbedingt zuspricht.

So bleiben die Fronten, die Preußen in zwei feindliche Lager trennt, aufgerichtet, denn die Motive und Rechtsfrage nicht auf einen Nenner gebracht sind, existieren diese Fronten, sichtbar oder unsichtbar; die Tatsache, daß das Reich gegenwärtig Inhaber der Macht in Preußen ist, kann an dieser wahrhaften Verwirrung im Staatsleben nichts ändern. Es bleibt also nichts übrig, als nun mit verbesserter Beschleunigung zur Hauptsache zu schreiten, hinsichtlich deren man der Entscheidung nicht vorgegriffen wollte. Ein Entschluß, der nach der Abänderung der preußischen Anträge unverkennbar stark mitbestimmt erscheint durch eben jene staatspolitische Überlegung der Vorbeugung vor weiterer Verwirrung.

Die Hauptsache aber ist nicht, wer in jener hoffentlich nicht zu lang hinauszogerten „Entscheidung zur Hauptsache“ Recht behält, sondern daß der unerträgliche Schwerezustand schnell und der Verfassung gemäß beseitigt wird, der mit dem Verhältnis zwischen Reich und Preußen das Verhältnis zwischen Reich und den übrigen Ländern auf eine zu gefährliche Probe gestellt hat.

Senator Borah fordert Abrüstung.

Washington. Senator Borah hat gestern erklärt, seiner Ansicht nach sollten die Vereinigten Staaten die Initiative ergreifen, eine Weltwirtschaftskonferenz einzuberufen. Er sagte ferner, er betrachte Kriegsschiffe und Reparationen als wesentliche Elemente in jeder internationalen Aussprache, die auf dauernde Wiederherstellung des

Die Regierung vor dem Ueberwachungsaußschuß.

nd. Berlin. Zur Montagung des Ueberwachungsaußschusses des Reichstages waren, wie berichtet, die Vertreter der Reichsregierung, und zwar Reichskanzler von Papen, Reichswehrminister von Schleicher und Reichsinnenminister von Gans erschienen. Von den Parteien fehlten wieder Deutschnationale, Nationalsozialisten, Deutsche Volkspartei und Landvolk, außerdem diesmal auch noch die Wirtschaftspartei. Vom Reichstagspräsidium wohnte Vizepräsident von Kardorf der Sitzung bei. Sehr zahlreich waren Vertreter des Reichsrats erschienen. Zur Beratung standen zunächst die Anträge der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Kommunisten über die Verhinderung der Vollziehung des Antrags auf Aufhebung der Notverordnung. Abg. Dr. Breitscheid begründete den sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung der Notverordnung, die verfassungsrechtlich nicht haltbar sei. Der Zentrumsgewählte Dr. Wegmann vertrat den Standpunkt, daß der Ausschuss nicht das Recht habe, mit sofortiger Wirkung Notverordnungen aufzuheben und daß die Anträge nur den Sinn haben könnten, aus rechtlichen und politischen Gründen das Verlangen an die Reichsregierung zu stellen, die Notverordnung aufzuheben. Der Redner bedauerte, daß durch die militärischen Zwangsmaßnahmen das Ansehen der Reichswehr gelitten habe. Die Aufhebung des Z.M. Verbots habe verheerend für die öffentliche Ruhe und Sicherheit gewirkt, und die Reichsregierung sollte den Mut haben, diese Maßnahme rückgängig zu machen.

Nach weiteren Begründungsreden der Kommunisten und des Vertreters der Panischen Volkspartei antwortete Reichskanzler von Papen mit kurzen Bemerkungen, worauf Reichsinnenminister von Gans eine Erklärung über die Zuständigkeiten des Ausschusses abgab. Der Minister betonte, daß der Ausschuss keinesfalls als eine Art Erlassgericht wirken könne und daß ihm ein Anteil an der vollziehenden Gewalt nicht zustehe, ebensowenig eine Aufsicht über die Reichsregierung. Der Ausschuss habe nicht das Recht, Maßnahmen des Reichspräsidenten oder der Regierung außer Kraft zu setzen.

Wenn diese Auffassung wurde von den Vertretern des Zentrums und der Sozialdemokraten entschieden Stellung genommen.

Handels abatele, und wies auf die Notwendigkeit schnellen Handelns hin. Alles hänge von der Abrüstung ab. Man nimmt an, daß der Senator nicht weniger als eine 50prozentige Verminderung der Verbräufungen verlangen wird.

Die Verordnung über die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Großberlin und der Provinz Brandenburg.

Berlin. (Funkpruch.) Folgende Verordnung ist heute mittag unterzeichnet worden:
„Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung verordne ich:

Die Verordnung betr. die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Groß-Berlin und der Provinz Brandenburg vom 20. Juli 1932 wird mit Wirkung vom 26. Juli 1932 12 Uhr mittags aufgehoben.

Die auf Grund dieser Verordnung durch den Inhaber der vollziehenden Gewalt ausgesprochenen Verbote periodischer Versammlungen werden hierdurch nicht berührt. Neudruck und Berlin, den 26. Juli 1932.“

Die Verordnung ist vom Reichspräsidenten von Hindenburg unterschrieben und gegenzeichnet vom Reichskanzler von Papen, Reichsinnenminister von Gans und Reichswehrminister von Schleicher.

Berlin. (Funkpruch.) Wie von zuständiger Seite ausdrücklich betont wird, wird mit der Aufhebung des Ausnahmezustandes selbstverständlich auch die über einzelne Personen verhängte Schutzhaft aufgehoben, sofern nicht die Untersuchung aus den Händen des Militärbehörden bereits auf die Zivilgerichtsbarkeit übergegangen ist, die dann über die Weiterführung der Inhaftierung in den einzelnen Fällen zu entscheiden hat.

Erlaß des preußischen Innenministers an alle Polizeibehörden.

Berlin. (Funkpruch.) Der preußische Minister des Innern hat an alle Landespolizeibehörden folgenden Erlaß geschickt:

Die einschränkenden Bestimmungen auf dem Gebiete der Vereins-, Versammlungs- und Pressefreiheit sind erlassen worden, um die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten und dem vielfach zutage tretenden Mißbrauch politischer Rechte nachdrücklich

Im weiteren Verlauf der Aussprache erklärte Reichskanzler von Papen, daß die Reichsregierung jede Ausschreitung gleichgültig von welcher Seite, verurteile. Die Reichsregierung habe alle Anordnungen getroffen, um die Wahlfreiheit nach jeder Richtung hin völlig zu sichern.

Auch Reichswehrminister von Schleicher griff in die Aussprache ein. Er bedauerte, daß die Reichswehr in die Ereignisse der letzten Tage hineingezogen werden mußte. Mit Nachdruck erklärte der Minister, daß es die Wehrmacht niemals zulassen werde, mit irgend jemand, wer auch immer es sei, die ihr zugewiesenen verfassungsmäßigen Rechte zu teilen und gegen diejenigen vorgehen werde, die sich ähnliche Funktionen anmaßen sollten.

Die zu den politischen Notverordnungen vorliegenden Anträge wurden sämtlich angenommen. Es wurde beschlossen, die Regierung aufzufordern, die Notverordnung über den Reichskommissar für Preußen und über den Belagerungszustand aufzuheben. Ebenso sollen die Notverordnungen gegen politische Ausschreitungen aufgehoben werden. Durch einen Zentrumsantrag wurde die Reichsregierung ersucht, die Wahlfreiheit unbedingt zu sichern und gegebenenfalls, wenigstens für den Wahltag, ein allgemeines Uniformverbot zu erlassen.

Mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten wurden weiter beschlossen, daß auch die Notverordnung über Arbeitslosenbills aufgehoben werden soll.

In einer Zentrumsentscheidung wurde die Reichsregierung ersucht, die in dieser Notverordnung enthaltenen schweren Härten und sozialen Ungerechtigkeiten zu beseitigen und das von der Regierung vorgelegte fertig vorbereitete große Siedlungsprogramm unverzüglich durchzuführen.

Reichskanzler von Papen sagte zu, daß die Reichsregierung die vom Zentrum und der Bauv. Volkspartei eingebrachten Anträge einer sorgfältigen Prüfung unterziehen werde. Er bestritt außerdem, daß die jetzige Regierung der Siedlungsfrage weniger Interesse als frühere Regierungen entgegenbringe.

Darauf vertagte sich der Ausschuss. Es wurde aber festgestellt, daß er gewissermaßen in Permanenz tage und jeden Tag erneut einberufen werden könne.

entgegenzutreten. Sie dürfen aber keine Handhabe dazu bieten, die gesetzmäßige Betätigung der Staatsbürger zu verhindern oder einzuschränken, insbesondere die Wahlfreiheit zu beeinträchtigen. Sie sind unparteiisch und gerecht anzusetzen; dazu gehört auch, daß jede kleinliche oder schikanöse Handhabung unterbleibt. Befehlen im Einzelfall Zweifel darüber, ob die Voraussetzungen für die Anordnung einer Beschränkung gegeben sind, so ist von der Wahlnahme abzugehen, gegebenenfalls Entscheidung des Regierungspräsidenten einzuholen.

Mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt:
ges. Dr. Procht.

Aufklärungsaußschuß für nationale Sicherheit.

Berlin. Der Arbeitsausschuss deutscher Verbände, die Arbeitsgemeinschaft für deutsche Wehrverfärbung und der deutsche Reichswehrverband Köpffhauer beantworteten den Veranlassungsbeschluss der Genfer Abrüstungskonferenz mit der Einrichtung eines „Aufklärungsaußschusses für nationale Sicherheit“ und geben diese Gründung mit einer besonderen Erklärung bekannt. Die Geschäftsführung des „Aufklärungsaußschusses für nationale Sicherheit“ liegt in den Händen des Arbeitsausschusses deutscher Verbände.

In der Erklärung heißt es: Die Genfer Abrüstungskonferenz hat sich vertagt. Deutschland hat gegen die Schlussentscheidung gestimmt, die durch leere Worte und hohle Phrasen der Welt ein Ereignis vorantreiben sucht. Nach wie vor will man dem deutschen Volke Gleichberechtigung und Sicherheit vorenthalten. Es wird damit die Erfüllung der vor dreizehn Jahren eingegangenen Rechtsverpflichtung verfaßt, obwohl die Gegenseite nicht genug die Volligkeit der Verträge betonen kann. Der Bruch des Vertrages muß Deutschland seine Handlungsfreiheit wiedergeben. Je einseitiger dieses Recht auf breiterer Grundlage von allen Völkern geltend gemacht wird, desto größer werden Wirkung und Erfolge sein.

84 Personen in Braunschweig vor dem Schnellrichter.

Braunschweig. (Funkpruch.) Die 84 Personen, die Sonntag in einer Wäscherei sich unangemeldet versammelt hatten und festgenommen worden waren, fanden gestern vor dem Schnellrichter. Nach 10stündiger Verhandlung wurden 59 Angeklagte zu 15 Wk. Geldstrafe verurteilt.

Wahlumgebung der Deutschen Volkspartei.

Der Kampf für Aufbau und Freiheit.

Die Ortsgruppe Niesitz der Deutschen Volkspartei veranstaltete gestern Abend im Saale der „Elsterrasse“ eine öffentliche Wählerversammlung, in der der Spitzenkandidat der Deutschen Volkspartei im Wahlkreis Ostpreußen, der bisherige Reichstagsabgeordnete Dr. Rudolph Schneider, über das Thema: „Der Kampf der Deutschen Volkspartei“ sprach.

Die Rundgebung eröffnete der Vorsitzende der Ortsgruppe, Herr Rechtsanwalt Dr. Mackel mit Worten der Begrüßung an die erschienenen Damen und Herren, sowie an den Referenten des Abends, Herrn Dr. Schneider. Er wies auf die gegenwärtigen Reichstagswahlkämpfe hin, die diesmal besonders heftig durchgeführt würden und sogar schon zahlreiche Opfer an Menschenleben gefordert haben. Die Deutsche Volkspartei wolle durch den Redner des heutigen Abends der Öffentlichkeit erklären, wo für sie kämpfe und um was sie kämpfe.

Hierauf ergriff Herr Dr. Schneider das Wort zu seinem reichlich einleitenden Vortrage. In sachlicher, einbringlicher Rede wies er zunächst auf die erst vor zwei Jahren erfolgten Reichstagswahlen und deren Ergebnisse hin. In dem gegenwärtigen Reichstagswahlkampf gelte der Kampf der bürgerlichen Parteien, einschließlich der Deutschnationalen Volkspartei, dem Radikalismus gegen rechts und gegen links. Die radikalen Parteien hätten die bürgerliche Mitte, ausschließlich des Zentrums, stark zerklüftet. Aber die bürgerlichen Parteien würden den Kampf fortführen, bis zu den Zeiten besserer wirtschaftlicher Verhältnisse. Früher habe den Kämpfen ein bestimmtes Problem zugrunde gelegen; heute gelte der Kampf der Parteien gegen sich selbst. Der diesmalige Wahlkampf der bürgerlichen Parteien gelte gegen die Arbeiterbewegung einerseits und gegen den Bolschewismus andererseits. Sie würden alles daran setzen, daß die Zeit des jetzt herrschenden verfaulenden Absolutismus verschwinde. Schuld an den verworrenen Verhältnissen sei die ungeheure Wirtschaftskrise. Die Deutsche Volkspartei wolle, daß der Kampf um große Volkswirtschaften gelte; sie glaube aber nicht an sog. Mittelstände. Einst habe die ganze Welt von Handel und Wandel auskömmlich gelebt, jetzt würden die Grenzen verschloffen und hohe Zölle auferlegt. Die Arbeitslosigkeit wachse; der heimische Markt vermag die Waren nicht aufzunehmen. Durch Aushilfsarbeiten der Arbeiter für den Zusammenbruch dem anderen. Man werde die Weltkrisis nur abwenden können durch Wiedergabe von Krediten. Das gegenseitige Mißtrauen müsse behoben werden, das gegenseitige Ablehnen müsse verschwinden, denn alles, was den Kredit verliere, helfe mit, die Krisis zu verlängern. Wer also an der Wiederherstellung der Wirtschaft arbeiten wolle, der müsse für Ruhe und Ordnung sorgen, denn nur dadurch könnten Kredite wiedergewonnen werden. — In seinen weiteren Ausführungen rechnete der Vortragende scharf kritisch mit der nationalsozialistischen Bewegung ab. Er bezeichnete ihre Versprechungen als Stimmfang. Hierbei erinnerte Redner an die bekannten Angriffe der nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten in Preußen, Hessen, Hamburg usw., wodurch die kommunalistischen Kräfte zum Teil noch überboten worden seien. Das Stimmfang sei schon im allgemeinen zu verwerfen ist, darüber seien wir uns wohl alle einig. Wenn man Leuten, deren Stimme man gewinnen wolle, vielversprechende Versprechungen macht, an deren Verwirklichung man ausgesprochenem Maße gar nicht denkt, wen enttäuscht man denn da? Man enttäuscht doch da sehr notwendige Menschen, man treibe Stimmfang mit Leuten, die unfer aller Mittel verdienen. Und es sei doch sehr zu bedauern, daß Leute, anstatt mitzuleiden, daß der Not mit vernünftigen Mitteln geholfen wird, so weit das eben möglich ist, diese Not zum Stimmfang benutzen, daß sie die Massen radikalisieren, so daß wir mit der zunehmenden Not eine Verheerung der Massen ohne Gleichen haben, deren schimmte Folgen wir wohl am Wahltag zu erleben haben. Aber es drehe sich nicht bloß darum, daß man 200.000 oder 30 Millionen Stimmen gewinnt, sondern es kommen auch die Tage nach der Wahl, wo dann die Verantwortung komme.

Zur Innenpolitik forderte der Redner Verfassungsreform, Stärkung der Selbständigkeit der Länder, Schulgesetz und andere kulturelle Maßnahmen, Kampf gegen den Kulturbolschewismus und anderes. Er begrüßte die Einrichtung des freiwilligen Arbeitsdienstes aus wirtschaftlichen und moralischen Gründen. Weiter trat er für die Entschuldung der Landwirtschaft ein und warnte entschieden vor Enteignungstendenzen. Das Ernährungsministerium vertrete die Interessen der Landwirtschaft rücksichtslos, und es sei zu wünschen, daß der gleiche Schutz auch der Industrie gewährt werde. Eingehend legte sich der Redner dann mit dem nationalsozialistischen Arbeitsbeschaffungsprogramm auseinander und erklärte die darin vorgeschlagene Finanzierung durch produktive Kreditausweitung für äußerst gefährlich, weil dies nichts anderes als Inflation sei. Sozialisierung und Finanzwirtschaft habe die Deutsche Volkspartei als bürgerliche Partei jederzeit abgelehnt. Sie wende sich gegen die Ausdehnung der Betriebe der öffentlichen Hand ebenso wie gegen Konzentrationsbestrebungen, weil der kleine und mittlere Betrieb für den Staat viel wertvoller sei.

Nach einer kurzen Ablehnung jeglicher Art von Antarktipolplänen beklagte der Redner die Verrohung der Sitten, die sich auch im Wahlkampf geltend mache, und betonte, daß es bei der bevorstehenden Wahl nicht um Parteischicksal, sondern um Volksschicksal gehe und daß die Deutsche Volkspartei für Aufbau und Freiheit kämpfe.

Der Redner stellte seinen weiteren Ausführungen die Wiedererringung der deutschen Freiheit nach innen und außen als oberstes Ziel deutscher politischer Arbeit voran. Freiheit sei auch die Voraussetzung eines wirklichen Aufbaus. Nationale Politik sei eine Selbstverständlichkeit, allen denen aber, die über ihr nationales Bekenntnis allzuviel Worte machten, begahe der Redner mit Mißtrauen. Der nationale Kampf gelte um Verfall, das Grundübel unserer gegenwärtigen Lage. In der nächsten Zeit müßten insbesondere die Frauenfragen einer Lösung angeht werden: Kriegsdienst, Gleichberechtigung, Abstrüfung. Die Frage der Wehrhaftigkeit sei besonders im Hinblick auf den Osten äußerst wichtig.

Kurz freilich der Redner dann eine Reihe anderer außenpolitischer Probleme und forderte in der Frage der Kolonien einen scharfen Protest von unabhängiger deutscher Regierungskreise gegen die Pläne, die einen Austausch unserer ehemaligen Kolonien gegen die amerikanischen finanziellen Ansprüche der Mandatsländer erwägen.

Abschließend sprach Dr. Schneider nochmals auf die hohe Bedeutung der diesmaligen Reichstagswahl ein und betonte ganz besonders, daß nicht das Schicksal irgend einer Partei, sondern das Schicksal des Vaterlandes auf dem Spiele stehe. Der Kampf der bürgerlichen Parteien sei nicht gegeneinander zu führen; der Kampf habe sich heute nur gegen die zu richten, die mit Sozialismus und mit Bolschewismus und mit der Gefahr der Inflation bedrohen. Redner schloß: „Der 31. Juli werde nicht aller Tage Abend sein. Und da müssen wir gekämpft sein! Die bürgerlichen Parteien werden ihren Mann stellen. Helfen Sie uns dabei!“

Dem Vortragenden wurde lebhafter Beifall zuteil. Dem Vortrage folgte eine kurze Aussprache. Als einziger Debatterer vertrat Herr Rechtsanwalt Rudolph die Parteipolitik der bürgerlichen Mittelparteien zu verwerfen und trat erneut für den Kampf um den Rechtsradikalismus ein. — In seinem Schlusswort wies Herr Dr. Schneider die dargelegten Argumente des Vortragenden mit dem Bemerkten zurück, daß die bürgerlichen Parteien sich nach wie vor sachlicher Politik zuwenden. Die Deutsche Volkspartei werde ihren Weg weiter gehen; sie lasse sich an Vaterlandsliebe von niemandem übertreffen, aber sie lehne alle Phrasentum ab.

Mit dem Appell, der Deutschen Volkspartei treu zu bleiben und am 31. Juli seine Stimme der Liste 8 zu geben, hatte die Rundgebung, deren Besuch leider zu wünschen übrig ließ, ihr Ende erreicht.

Deutsches Landvolk und Reichstagswahl. Die Leitung der deutschen Landvolkpartei (Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei), Landesverband Sachsen, bittet um Veröffentlichung folgender Mitteilung: „Die Deutsche Landvolkpartei“ hat für die drei sächsischen Wahlkreise als Spitzenkandidat aufgestellt ihren bisherigen Reichstagsabgeordneten, Gutsherrlichen Domherrn Dr. Siegfried. Im Wahlkreise Dresden-Bautzen und im Wahlkreise Leipzig folgt an zweiter Stelle Hüttenbergischer Dr. Vobendier, Wochra (Sachsen-Land), während im Wahlkreise Chemnitz-Weißwasser an zweiter Stelle Gutsherrlicher Franz Kahn, Frankenhäuser (Wachsen), steht. Wie bekannt, sind die drei sächsischen Wahlkreise durch Listenverbindung vereinigt, während die Reststimmen der Reichsliste der Deutschnationalen Volkspartei zusammenkommen. Nur diese Weise ist dafür gesorgt, daß keine Reststimme der nationalen Wähler verloren geht.“

Ein Unfall ereignet gestern Morgen ein junges, aus Mannsbach kommendes Mädchen, als es in der Bahnhofstraße in der Nähe des Grundstückes von Hofmann ein nach Alsdorf auf ein fahrendes Geländewagen mit ihrem Fahrrad fahrlässig rechts überholen wollte. Altem Ansehen ließ es dabei gegen den Wagen. Dadurch kam es zu Fall und stürzte so unglücklich, daß ihm die Wade des einen Beines durchschnitten wurde. Es wurde sofort in ärztliche Behandlung genommen.

Erstlich. Erben gefunden. Wie veröffentlichten kürzlich eine Notiz, daß Erben für einen am 8. Nov. 1931 in Rosario de Santa Fe (Argentinien) verstorbenen Hermann Otto Billig gefunden wurden, der 1860 in Erwitte geboren war. Die glücklichen Erben befinden sich zum Teil in unserem Ort. Frau Mühlenther Billig und ihre Kinder und Gutsbesitzer S. W. in Coswig sind im Ostharz bei der nächsten Anwesenheit des Verstorbenen, der ein ansehnliches Vermögen hinterlassen hat.

Commissar. Ein Unfall ereignet gestern Morgen ein Sonntag mittags Herr Schöll jun. in Alsdorf, als er einen Baum gefahren. Dabei ging die Windkutschscheibe in Trümmer, und Sch. trieb mehrere Schrittmeter im Gesicht davon, die ärztlich behandelt werden mußten.

Leisnig. Unfälle ereigneten in einer Stadterordneten-Konferenz. Am 24. Mai fand im Rathaus Leisnig eine Stadterordnetenversammlung statt, bei der es wegen der Herabsetzung der Fürsorgeunterstützung für an arbeitslos gebliebenen Auswandererunterstützung kam. Der kommunistische Stadterordnete Schuricht hielt eine Rede, bei der sich die Erbsünder in die Verhandlung einmischten. Dabei rief der Bürgermeister aus: „Sie Bestie, ich werde Sie ermahnen!“ und bezeichnete den Bürgermeister als Kanaille. In einer kommunistischen Versammlung, die acht Tage später stattfand, erklärte er, er bedauere nicht, den Bürgermeister beleidigt zu haben. Schuricht erhielt darauf einen Strafbefehl wegen öffentlicher Beleidigung über einen Monat Gefängnis. Gegen diesen Strafbefehl hatte er richterliche Entscheidung beantragt. Das Gemeinsame Leisniger Schöffengericht verwarf aber seinen Einspruch und bestätigte den Strafbefehl.

Meißen. Die gefährliche Elbbrücke. Am Sonnabend ist auf dem linksseitigen Brückenkopf ein biederer Einwohner mit seinem 6 Jahre alten Enkelkinde von einem Personenkraftwagen angefahren worden und mit dem Kinde unter diesen zu liegen gekommen. Er wurde von dem Wagen mehrere Meter fortgeschleift, während dem Kinde die Räder des Wagens über den Kopf und die Brust gegangen sind. Beide haben äußere und innere Verletzungen erlitten und sie wurden auf Anordnung eines hinzugezogenen Arztes nach dem Stadtkrankenhaus gebracht. Zur Zeit dürfte Lebensgefahr nicht bestehen. Die Schuldfrage wird noch geklärt.

Meißen. Betriebsunfall. Beim Reinigen einer auf der Talstraße befindlichen Elbbrücke kürzte gestern Morgen ein Schiffer in den zum Radn gebörigen drei Meter tiefen Freiraum und schlug mit dem Kopf so heftig auf eine dort verbaute Lärmschranke auf, daß er bewußungslos liegen blieb. Erst als die nächste Station von der Brücke passiert wurde, konnte der Verunglückte ins Krankenhaus gebracht werden.

Meißen. Todesfall. Im 60. Lebensjahre starb hier am Sonnabend der Maler Albin Schärle infolge Schlaganfalls. Er war lange Jahre als Staffelmaler an der Staatlichen Porzellanmanufaktur tätig und hatte auch als freischaffender Künstler einen bekannten und geachteten Namen.

Deutsches und Sächsisches.

Niesitz, den 26. Juli 1932.

Wettervorhersage für den 27. Juli 1932 (Mitgeteilt von der Sächs. Landeswetterwarte zu Dresden.) Zeitweilig aufziehende Wolke aus Süd bis West. Höchstens vorübergehend stark bewölkt, tagsüber etwas kühl, Gewitterneigung, sonst keine erheblichen Niederschläge.

Daten für den 27. Juli 1932. Sonnenaufgang 4.16 Uhr. Sonnenuntergang 19.55 Uhr. Mondaufgang 23.03 Uhr. Monduntergang 15.27 Uhr. 1794: Sturm Robespierres. 1830: Beginn der Pariser Julirevolution.

Zur Reichstagswahl. Die Frage, ob Mitglieder des Abstimmungsorgans bei der Reichstagswahl während der Ausübung des Dienstes politische Abzeichen oder Uniformen tragen dürfen, hat der Reichsminister des Innern verneint, da die Abstimmungsorgane staatliche Organe sind und ihre Mitglieder staatliche Ehrenämter bekleiden. Während dies mit der von den Mitgliedern des Abstimmungsorgans zu verlangenden strengsten Unparteilichkeit nicht vereinbar ist, sind Wähler, die den Abstimmungsraum lediglich zur Stimmabgabe betreten, am Tragen von Uniformen und Abzeichen nicht gehindert.

Reges Interesse für den neuen Wohnhausbau. Das an der Stadtgärtnerei Niesitz von der „Wohlfühl Niesitz“ neuerrichtete schlüsselfertige Einfamilienhaus erfreut sich einer recht regen Beschäftigung. Am Sonntag wurden trotz des ungünstigen Wetters nicht weniger als 1500 Besucher gezählt. Auch gestern Abend wurde das Haus wieder von vielen Besuchern begutachtet.

Der Einzelhandel in der Wirtschaftskrise. In der unter Vorsitz von Generaldirektor Dörichs kürzlich stattgefundenen Vorstand- und Hauptversammlung des Allgemeinen Dresdner Einzelhandelsverbandes wies der geschäftsführende Vorsitzende, Professor Dr. Kaffner, in seinem eingehenden Bericht über die Lage auf das starke Abwinken der Umsätze auf dem Inlandsmarkt hin, worin sich neben Preisfestsetzungen vor allem auch ein mengenmäßiger Rückgang ausdrückt. Bei Nahrungsmitteln z. B. betrage dieser mengenmäßige Rückgang vom Mai 1931 bis Mai 1932 7 Prozent, bei Bekleidung über 14 %. Der Einkommensausfall von 5 bis 6 Millionen Arbeitsloser mache sich immer unheilvoller bemerkbar. Der Einzelhandel bringe daher der Frage, wie man diesen Millionen wieder Arbeit und Einkommen schaffen könne, das größte Interesse entgegen, verurteile dabei aber jeden Versuch, die Individualwirtschaft auch nur im geringsten anzutasten. Nicht in einer Krise des Kapitalismus, wie man es jetzt oft höre, sondern in einer ausgeprägten Krise des Sozialismus befänden wir uns augenblicklich.

Ausgehend von der Erwägung, daß der Export heute 15 Prozent aller beschäftigten Arbeit bietet, daß etwa 80 Prozent des deutschen Volkseinkommens heute ihre Grundlage im Export haben, steht der Einzelhandel weiter auch allen Experimenten sehr skeptisch gegenüber, die darauf hinauslaufen, die deutsche Wirtschaft in überhöhter Weise vollständig vom Ausland abzuschließen. Interessante arbeitsrechtliche und sozialpolitische Fragen wurden von dem 2. Syndikus, Dr. Stedhan, besprochen. Sehr eingehend referierte Dr. Stedhan auch über einige Steuerfragen, insbesondere über die Einheitsbesteuerung und die Neubewertung des Vermögens. Ein weiteres Referat Dr. Stedhans betrafte sich mit Ratsschlüssen in Versicherungsfragen, insbesondere mit Ruhe-, Feuer- und Einbruchversicherung.

Landwirtschaftliche Jungarbeiter und Berufsschulpolitik. Im Jahre 1930 hatte das Ministerium für Volksbildung eine Verordnung erlassen, nach der jugendliche Reichsausländer, die als sogenannte Wanderarbeiter in Sachsen vorübergehend in der Landwirtschaft Beschäftigung finden, unter gewissen Voraussetzungen vom Besuche der Berufsschule befreit sein sollten. Da im laufenden Jahre der Landwirtschaft ausländische Wanderarbeiter nicht zur Verfügung stehen, ist sie in großem Umfang auf Arbeitskräfte angewiesen, die außerhalb Sachsens aus anderen Gegenden Deutschlands angeworben werden. Es hat sich dabei das Bedürfnis herausgestellt, sie in derselben Weise, wie dies bisher bei den ausländischen Wanderarbeitern der Fall gewesen ist, von der Berufsschulpflicht auszunehmen. Durch eine im Sächsischen Verwaltungsblatt vom 26. Juli 1932 veröffentlichte Verordnung des Ministeriums für Volksbildung wird dem Rechnung getragen. Danach sind im laufenden Schuljahre, das mit dem 31. März 1933 endigt, im berufsschulpflichtigen Alter stehende junge Reichsausländer nicht-sächsischer Staatsangehörigkeit, die ihren regelmäßigen Aufenthaltsort außerhalb Sachsens haben und durch Vermittlung eines sächsischen Arbeitsamtes (öffentlichen Arbeitsnachweises) für vorübergehende Zeit als landwirtschaftliche Arbeiter an Orten innerhalb Sachsens Beschäftigung finden, nicht zur Teilnahme am Unterrichte der Berufsschule in ihrem neuen Aufenthaltsort heranzuziehen, wenn durch eine Bescheinigung des Arbeitsamtes nachgewiesen wird, daß die Beschäftigung nach dem abgeschlossenen Vertrage nicht länger als bis zur Beendigung der Herbsterntearbeiten und längstens bis zum 15. Dezember dieses Jahres dauert. Jugendlings dieser Art sind, da sie an sich zum Besuche der Berufsschule verpflichtet sind, zur Schule anzumelden. Die Erlaubnis zum Wegbleiben vom Unterrichte verleiht auf Besuch hin der Schulleiter für die Dauer des durch die Bescheinigung nachgewiesenen Arbeitsvertrages. Den Besuchen ist der genannte Nachweis beizufügen. Verbleibt der Jugendlings nach Ablauf des Vertrages in Sachsen, ist er ungehindert zum Besuche der Berufsschule heranzuziehen. Dementsprechend ist auch bei Jugendlingsen zu verfahren, die im laufenden Schuljahre die Berufsschule bereits besuchen, wenn sie um die Befreiung nachsuchen.

Coswig. Das Bergregiment „Wettin“ in Coswig, das bekanntlich dem Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Meißen gehört, betrachtet es seit dem Jahre 1913 als seine vornehmste Aufgabe, unseren Alten, denen es an geeigneter Pflege mangelt, eine zweite Heimat zu bieten. Gute, ausreichende Verpflegung in dem auf neuzeitliche eingerichteten Heime und Gelegenheit zu Spaziergängen in dem angrenzenden herrlichen Moritzburger Walde lassen den Ansassen die Sorgen des Alltags vergessen. In neuerer Zeit hat die Heimleitung ein weiteres, erst im Jahre 1926 errichtetes Gebäude seinem Betriebe als Rentnerheim angeschlossen. Nicht nur Einzelpersonen, sondern auch Ehepaare finden nunmehr im Heime freundliche Aufnahme für ihren Lebensabend. Und dabei muß man den Verpflegung für all das, was den Ansassen geboten wird, als sehr billig bezeichnen, jedoch es auch Selbstzahlern möglich ist, die Kosten für den Heim-Aufenthalt aufzubringen.

Dresden. Opfer eigenes Unvorsichtigkeit. Am Sonnabend fand in einer Wohnung auf der Hauptstraße eine folgenschwere Spiritusvergiftung statt. Eine Frau hatte auf einen brennenden Spiritusofen in unvorsichtiger Weise Spiritus nachgegossen. Durch die Stichflamme erlitt sie schwere Brandwunden an Gesicht und Händen. Auch einige Einrichtungsstücke fielen dem entzündeten Strande zum Opfer, der von der Feuerwehre schnell gelöscht wurde.

Dresden. Nicht an Brunnen herumklettern. Am Montag Abend kurz vor 8 Uhr kam am Fiedenhof ein elfjähriger Knabe zu Schaden, der an dem dort befindlichen Brunnen herumgeklettert und dabei in den Brunnen gestürzt war. Er mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

Dresden. In der Sächsischen Schweiz abgestürzt. Mit dem Unfallwagen der Dresdner Feuerwehr wurde am Montag Abend 21.40 Uhr am Hauptbahnhof ein 21jähriger Verkehrler abgeholt und mit einem Knöchelbruch dem Friedrichstädter Krankenhaus zugeführt, der am Tage am Wasserturm (Sächs. Schweiz) abgestürzt war.

Dresden. Anglerglück. Einen nicht alltäglichen Fang machte am Sonntagvormittag ein Angler in Raditz, indem er mit der Grundangel eine 15 1/2 pfündige Barbe fing.

Dresden. Betrüger festgenommen. Wegen Betruges wurde am Sonnabend der 40 Jahre alte Händler Georg Ludwig aus Dresden festgenommen. Er suchte in Dresdner Tageszeitungen Teilhaber für ein angebliches Unternehmen und ließ sich daraufhin Einzelbeträge bis zu 1000 M. auszahlen. Als Sicherheit übereignete er einen Kraftwagen, der schon vielfach verpfändet war. Es ist anzunehmen, daß Ludwig noch weit mehr Personen als bekannt betrogen hat. — Ferner wurde von einem Kriminalbeamten aus dem Wiener Platz ein mehrfach gefuchter Kellner namens Johann Daxel festgenommen. Daxel hat unter verschiedenen Pseudonymen Geldbeträge erschwindelt.

Dresden. Die Wohlfahrtslasten der Stadt Dresden. Die Ausgaben der Stadt Dresden in der sozialen Fürsorge beliefen sich im Monat Juni auf rund 3,8 Millionen Mark. Allein die Aufwendungen für die Wohlfahrtsverbände betragen 1,64 Millionen.

Dresden. Wagnerscher Wanderverfall. — Der Kaiser und zwei Helfershelfer festgenommen. Am Montagabend kurz nach 10 Uhr betrat ein junger Mann ein Friseurgeschäft auf der Prager Straße 23 und forderte von der anwesenden Inhaberin unter Vorhalten einer Schweißschußpistole die Herausgabe der Wadenkassette. Da die Frau laut um Hilfe rief, ergriß der Täter wieder die Flucht; Straßenspaten konnten ihn jedoch aufhalten und der Polizei übergeben. Kurze Zeit später kamen in einer Ockerberge in Dresden-Mühlberg zwei Helfershelfer festgenommen werden, die sich während des Überfalles vor dem Geschäft aufgehalten und dann ebenfalls die Flucht ergriffen hatten. — Im Anschluß an eine nationalsozialistische Kundgebung kam es am Montag nachmittag in der vierten Stunde auf dem Fischhofplatz zu kleineren Zusammenstößen zwischen Versammlungsteilnehmern, die sich auf dem Heimweg befanden, und politischen Gegnern. Die Polizei, die in Stärke von drei Leberalkommandos gekommen war, mußte vom Gummiknüppel Gebrauch machen. Die Ruhe konnte bald wiederhergestellt werden.

Dresden. Todesfall. Wie gemeldet wird, ist in der Nacht zum Sonntag auf einer Erholungsreise in Vorkühn am Rörcher See Dr. Heinrich v. Meyenburg, der Gründer der Dresdner Leowerke, im 67. Lebensjahr gestorben. Dr. v. Meyenburg war auch als Kunstschriftsteller und Rassen bekannt. Er war Besitzer des Schlosses Eckberg in Dresden, dessen Park er der Öffentlichkeit zur Verfügung zur Verfügung stellte.

Dresden. Clara Salbach Ehrenmitglied der Sächsischen Staatsbühnen. Das Ministerium für Volksbildung hat Frau Clara Salbach bei ihrem Ausscheiden aus dem aktiven Verbände des Staatlichen Schauspielhauses in Anerkennung ihrer dem Institut während 43 Jahren gewidmeten hohen künstlerischen Leistungen zum Ehrenmitglied der Sächsischen Staatsbühnen ernannt. Das Bildnis der Künstlerin, gemalt von Ernst Dietrich, wird als Leihgabe des Ministeriums des Innern in die Vorkühn-Galerie im Parkettgang des Schauspielhauses aufgenommen werden.

Freiberg. Ein Landfriedensbruchprozeß. Die Zusammenstöße am 2. Juli an der Treibermühle bei Tharandt beschäftigten jetzt die Ferienkammer des Landgerichts Freiberg. Bei den damaligen Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Anhängern des sozialdemokratischen Schutzbundes hatte es auf beiden Seiten Verletzte gegeben. Unter der Auflage des Landfriedensbruchs standen nunmehr sieben etwa 15 Jahre alte Burschen aus Dresden und eine gleichaltrige Stenotypistin aus Adelsbrunn. Die Angeklagten bestritten ihre Schuld. Das Gericht konnte sich auch nicht voll davon überzeugen und sprach die Angeklagten drei. Die anderen erhielten wegen Landfriedensbruchs Gefängnisstrafen von zwei Wochen bis zu drei Monaten.

Freiberg. Der neue Rektor der Bergakademie. Zum neuen Rektor der Freiburger Bergakademie für das nächste Studienjahr 1932/33 ist wieder der Professor Dr. Friedrich v. Walther gewählt worden.

Kadebeul. Das Vieh von der Weide gestohlen. Dem Kadebeuler Tageblatt zufolge wurde vermutlich in der Nacht zum Sonntag einem Gutbesitzer in Oberprießendorf im Fiedlergrund das gemalte Vieh von der Weide gestohlen. Man nimmt an, daß die Diebe ihre Beute mit einigen Lastkraftwagen fortgeschafft haben.

Schönberg. Folgenreiches Verkehrsunfall. Bei dem folgenschweren Zusammenstoß eines Dresdener Lieferautos mit einem Motorrad am 19. ds. Mts. auf der Staatsstraße nach Reustadt waren, wie gemeldet, drei Personen schwer verletzt worden. Die im Lieferwagen sitzende Gastwirtschekrau Strobaß ist inzwischen den Folgen der komplizierten Hüftgelenkverletzung erlegen. Uebrigens war nicht Fahrer Fiedler-Schönberg der Lenker des Motorrads, sondern der Landwirt Siebenmeier-Schönberg.

Goldbach. Zum Kirchenstreik. In unserer Notiz über den Kirchenstreik in Goldbach wird uns folgendes mitgeteilt: „Es handelt sich um eine Sperrmaßnahme der Landeskirche. Früher waren in Goldbach drei Geistliche tätig, und einer von ihnen hatte Goldbach mit zu versorgen. Als vor reichlich neun Jahren (Januar 1923) die dritte Stelle frei wurde, wurde sie aus Erparnisgründen nicht wieder besetzt. Da die beiden übrigen Geistlichen Pfarrer von Bischofswerda in der Stadt selbst tätig waren, andererseits aber der Pfarrer des Goldbach benachbarten Großdörsch nur dieses kleine, noch nicht 1000 Seelen zählende Kirchspiel zu versorgen hatte, wurde ihm die Mitversorgung von Goldbach übertragen. Diese Regelung ist nunmehr in die Form gebracht worden, daß Goldbach auch rechtlich von Bischofswerda gelöst und als Schwebeflexion mit Großdörsch verbunden worden ist. Dem angeführten der dringenden Notwendigkeit des Sperrens kann an eine Wiederbesetzung der 3. Stelle von Bischofswerda in absehbarer Zeit nicht gedacht werden. Uebrigens ist die Behauptung, die Kirchenbehörde habe verfügt, daß während des Kirchenstreiks Beerdigungen, Taufen und Trauungen nicht stattfinden dürfen, unzutreffend. Ein derartiges Verbot ist nicht erlassen worden. Und wenn darüber gellagt wird, daß Kindergottesdienste usw. nicht stattfinden, so liegt das nicht daran, daß der Geistliche solche Gottesdienste nicht halten dürfte oder wollte, vielmehr würden die Eltern, die selbst keine Gottesdienste besuchen, auch ihre Kinder nicht zu solchen schicken, wenn sie angelegt würden.“

Sachsen. Unterschlagungen im Amte. Vor der Großen Ferienkammer hatte sich der Fahrabhandler August Jockusch aus Ralswiek wegen Unterschlagungen im Amte zu verantworten. Im Jahre 1932 war der damalige Gemeinderat Jockusch auf Antrag des Bürgermeisters Jarack, der bis dahin die Steuern selbst kassiert hatte, zum Steuer-einnehmer gewählt worden. In dieser Eigenschaft hatte er sich Unregelmäßigkeiten und Unterschlagungen in Höhe von über 4000 RM. zu Schulden kommen lassen. Eine Revision hatte während seiner Amtszeit nicht stattgefunden. Auch gegen einzelne Mitglieder des Parlschörsvereins sind im Zusammenhang mit der Angelegenheit Jockusch Strafverfahren eingeleitet worden. Das Gericht kam zur Überzeugung, daß Jockusch vereinnahmte Steuern und Abgaben für Privatweck verbraucht hatte, und verurteilte ihn wegen Unterschlagung zu vier Monaten Gefängnis.

Sachsen. Ein tödlicher Motorradunfall. Montag morgen gegen 8 Uhr ereignete sich an der Kreuzung der Neu-Gibauer Straße mit der Hauptstraße ein schwerer Verkehrsunfall, dem ein Menschenleben zum Opfer fiel. Ein in Richtung Neusalza-Bittau fahrender Motorradfahrer stieß mit einem aus entgegengekehrter Richtung kommenden schweren Lastkraftwagen zusammen, wobei das Motorrad hart beschädigt wurde. Während der Führer des Wagens, ein gewisser Will Böhm aus Reichenau, selbst mit leichteren Verletzungen davonkam, erlitt seine auf dem Sozius sitzende mitfahrende Ehefrau einen schweren Schädelbruch, dem sie bald darauf erlag.

Leipzig. Opfer des Verkehrs. Ein schwerer Verkehrsunfall ereignete sich am Montag vormittag an der Ecke der Wühner und Grodstraße in Lindenau. Beim Kreuzen der Bahndamm wurde der fünf Jahre alte Heinz Gebhardt von einem Kraftwagen erfasst und mit Wucht zu Boden geschleudert. Das Kind erlitt einen komplizierten Bruch des rechten Oberschenkels und wurde im Rettungsautomobil der Feuerwehr nach dem Diakonissenhaus gebracht. Der Führer des Kraftwagens kümmerte sich nicht um das Kind, sondern fuhr in schnellstem Tempo stadteinwärts davon. Er fuhr eine fast neue Standard-Maschine.

Schüler bleib' bei deinem Zeissen?

Sobald Weisheit in den alten Sprüchen auch liegen mag, Reiten und Umstände können über sie hinweggehen. Unbedeutend war es früher einmal richtig, daß jeder in seinem Fach bleiben solle, weil er als tüchtiger Mann dort am besten vorwärts kommen konnte. Wer aber will heute wagen, einem von den 5 1/2 Millionen Arbeitslosen zu raten, er solle bei seinem Zeissen bleiben. Alle Berufe sind ja überflüssig, und der Arbeitsjunge fragt heute nicht mehr nach Beschäftigung in seinem Fach, sondern nach Beschäftigung ganz gleich welcher Art. Wer will arbeiten, will verdienen, und weil er das will, hat er die Energie, sich über Schranken hinwegzusetzen und selbst Arbeit anzunehmen, die der allgemeinen Auffassung nach unter der Grenze seiner Vorbildung liegt. Jede Arbeit muß gelernt sein, gewiß. Der gelernte Arbeiter wird immer in jedem Fach den besten Erfolg haben. Aber auch darin haben sich die Ansichten gewandelt, daß jeder sich zutraut, die Fähigkeiten eines anderen leicht anzunehmen, jeder glaubt, er werde, um was es sich auch handelt, die Aufgabe schon bewältigen. Es heißt heute nicht mehr: das kann ich nicht, nein, heute erklärt jeder: ich will es versuchen und ich werde es schaffen. So werden heute Berufe gewechselt und selten jemand bleibt bei seinem Zeissen. Glücklich der, der in keinem erlernten Berufe unterkommt. Aber auch der Arbeitslose, der sich vergeblich um Arbeit bemüht und deshalb seine Zeit irgenhowie zubringen muß, nimmt Arbeiten auf, die er früher nicht anzufassen wagte. Einmal, weil sie ihm zu gering waren, dann aber auch, weil er sich nicht heranzutraute. Heute bauen sich Menschen, die vom Bauen keine Ahnung haben, selbst ihr Häuschen, heute basteln die Menschen nach jeder Richtung. Sie gärtnern, sie montieren, sie tüfteln, sie sind Maler, sie musizieren, kurz, sie fragen nicht lang, sie greifen zu und versuchen es wenigstens. Angehörige geistiger Berufe, die früher immer erklärten, nichts als ihre Wissenschaft zu verstehen, werden handwerklich, und sie sind sogar vorzügliche Kaufleute oder Händler. Selbst im Arbeitsdienst werden den Freiwilligen Aufgaben gestellt, die nicht immer ihrer Vorbildung entsprechen. Sie werden angeleitet und dann legen sie los. Es verweist sich die Sache mit dem Schuster, der bei seinem Zeissen bleiben soll. Freilich, die richtige Qualitätsarbeit, die langer Lehre und langer Übung bedarf, kann von einem Angehörigen anderer Berufe nicht bewältigt werden. Aber gewagt wird es auch, mit Energie, die Lehrzeit der anderen zu erleben. Es muß viel jurüderbiziert werden, wenn einmal andere Zeissen kommen, damit jeder wieder bei seinem Zeissen landet. Aber es wird sich ergeben, daß dann doch sehr viele, die — wie es so schön heißt — umgefaltet haben, bei ihrer freiwilligen und zwangsläufigen neuen Beschäftigung bleiben. **Pre di.**

Chemnitz. Einbrecher in Chemnitz — in Wag verhaftet. Das Polizeipräsidium (Kriminalamt) teilt mit: Die bereits bekanntgegeben, wurde in der Nacht zum 1. Juli in das Uhren- und Goldwarengeschäft von Jumbeller, Markt 16, eingebrochen. Es sind dabei Brillantringe und Uhren im Werte von etwa 7000 Mark gestohlen worden. Am 14. Juli wurde bekannt, daß bei einem in Wag festgenommenen Einbrecher Brillantringe und Uhren, die von dem in Chemnitz ausgeführten Diebstahl stammten, gefunden worden waren. Durch die sofort vom Kriminalamt aufgenommenen Erörterungen konnte in dem festgenommenen der wohnungs- und stellungslose Uhrmachergehilfe Jakob Matyska, am 7. Dezember 1904 in Trbovetz geboren, festgestellt werden. Von der tschechoslowakischen Polizeibehörde sind Brillantringe und Uhren von erheblichem Werte gestohlen und von dem Verurteilten einwandfrei als sein Eigentum erkannt worden. Matyska leugnet die Tat und will die Wertgegenstände von einem angesehenen Franz Hintermüller an der tschechoslowakischen Grenze bei Peterwald für 4000 Kronen gekauft haben. Der angebliche Hintermüller konnte bisher nicht festgestellt werden und es ist anzunehmen, daß er von Matyska nur vorgegeben wird. Matyska ist am 30. Juni in Chemnitz gefangen, hat hier ein Fahrrad gestohlen und dieses an einen Chemnitzer Einwohner verkauft.

Schöneheide. Der Motorradfahrer Schönfelder aus Eisenhof veraltete in der Nacht zum Sonnabend so heftig auf der Staatsstraße nach Oberstülpengrün gegen einen Baum, daß er einen Schädelbruch erlitt. Er wurde ins Auer Stadtkrankenhaus geschafft.

Waldenburg. Eine 450 jährige Frau. Ende dieses Monats werden 450 Jahre vergangen sein, seitdem die Töpferinnung zu Altkath-Waldenburg gegründet wurde.

Venia. Eine bestialische Tat. Im benachbarten Rindberg drangen nachts aneinander drei Männer in eine Viehhöfe des Wittergutes ein und schlachteten auf bestialische Weise einen fünf Jentner schweren Färling, dem sie viele Stiche in Hals und im Leibe beibrachten. Die Kohlinge haben drei Keulen abgehakt und die übrigen Fleischteile in einen Leich geworfen. Leider gelang es noch nicht, die toten Menschen zu ermitteln.

Witten (Sa.). Ein Heuge großer Lage gestorben. Im Alter von 92 Jahren ist hier der Altvateran Güter-schreiber i. R. Aug. Wuttcher gestorben. Er war einer der wenigen noch lebenden Teilnehmer an den Feldjügen 1864, 1866 und 1870/71. An seinem 90. Geburtstag war Wuttcher vom Reichspräsidenten Hindenburg beglückwünscht und mit dessen Bild beschenkt worden. Bis in sein hohes Alter war Wuttcher noch sehr rüstig und ein großer Freund des Wadlens.

Had Elster. Reichsgraf von Bedtowitz gestorben. In Neudorf starb, 73 Jahre alt, Albalbert Otto Reichsgraf von Bedtowitz, ein Urenkel jenes Grafen von Bedtowitz, der einst Hab Elster an den sächsischen Staat verkaufte, und der zweitgeborene Sohn des Kronlehnswallens Hugo Reichsgrafen von Bedtowitz.

Gegen die Auflösung der Amtshauptmannschaft Oelsnitz. Die Protestaktion gegen die Auflösung der Amtshauptmannschaft Oelsnitz hat bei den Bezirksgemeinden sehr großen Anklang gefunden. In den 16 Gemeinden, die ihre Unterschriften bereits abgegeben haben, haben sich 77 bis 100 v. H. der Wahlberechtigten eingetragen.

Wilhelm Kahl's Stellung zur Todesstrafe.

Leipzig. Als sich Prof. Dr. Wilhelm Kahl im Frühjahr dieses Jahres in den Beratungen des Reichstagsausschusses zur Neuaufstellung des Strafgesetzbuches für die Beibehaltung der Todesstrafe aussprach, wurde ihm von verschiedenen Seiten Gesinnungswechsel vorgeworfen. Oberreichsanwalt a. D. Donatprofessor Dr. Obermayer dürfte vielen Vortritt von den folgenden Darlegungen, die wir einem Artikel der Leipziger Studentenszeitung „Kahl und die Strafrechtsreform“ entnehmen, endgültig widerlegt haben: „Man hat zuweilen mit einem gewissen Unterton des Vorturms behauptet, Kahl sei im Laufe der Auskürberationen in der Frage der Todesstrafe „umgefallen“. Nicht ist unrichtiger als dies. Er bekräftigte stets die Beibehaltung der Todesstrafe. Als er aber vor einigen Jahren erlernen mußte, daß das Bestreben, sie abzuschaffen, in

weiten Kreisen, auch in den Regierungen der Länder, überhand nahm — inzwischen hat sich das Blatt wohl wieder gewendet —, da suchte er nach einem Weg, der es ermöglichte, zu einer Abschaffung der Todesstrafe zu kommen, ohne daß übermäßige Nachteile für die Strafrechtspflege davon zu befürchten wären. Und er glaubte, einen solchen Weg darin gefunden zu haben, daß Sorge dafür getragen werden müßte, daß der zu lebenslangem Zuchthaus verurteilte Mörder nie mehr die Freiheit erlange. Nur wenn diese Sicherheit geschaffen würde, war er gegebenenfalls bereit, der Aufhebung der Todesstrafe zuzustimmen. Kahl überzeugte er sich, daß dieser Weg nicht gangbar sei, daß eine solche Sicherheit nicht geschaffen werden könne, und nachdem er diese Erkenntnis gewonnen hatte, äußerte er seinen Augenblick, sich nach wie vor für die Beibehaltung der Todesstrafe einzusetzen. Diese kurzen Ausführungen mögen wohl genügen, um die Legende von dem „Umfall“ Kahls in der Frage der Todesstrafe ein für allemal zu zerstreuen.

Zwickauer Reichsbannerführer verhaftet

Zwickau. Wegen Waffenvergehens wurde der Geschäftsführer des Reichsbanners in Zwickau festgenommen. Nach einer Mitteilung der Zwickauer Polizeidirektion hatte er mit einem Mitglied des Reichsbanners in Reichenbach i. V. bei Tagesanbruch eine Autofahrt nach Thüringen unternommen. Beide hatten auf einem Kraftwagen 10 Pistolen und 500 Schuß Munition befördert, die beschlagnahmt wurden. Gegen den Fahrteilnehmer in Reichenbach ist bereits Haftbefehl erlassen worden.

Es handelt sich um den Geschäftsführer des Zwickauer Reichsbanners namens Weck und den Stadtrat Ritter.

Ein Weinhorn wieder in Deutschland.

Bremerhaven. Die deutsche Weltfliegerin Elli Weinhorn, die mit ihrem Flugzeug mehr als 30 000 Kilometer über alle 5 Erdteile und 18 verschiedene Staaten zurückgelegt hat, ist gestern mit dem Luftdampfer „Cap Norte“ hier eingetroffen. Sie wurde am Kai von einer riesigen Menschenmenge und von zahlreichen Vertretern der Luftfahrtverbände begeistert begrüßt.

Auch Margarete von Eyndorf bewillkommnete ihre große Kollegin. Elli Weinhorn wird am Dienstag früh in ihre Heimat nach Hannover weiterfliegen.

Hamburg. Mit dem Luftdampfer „Cap Norte“ trat heute die deutsche Weltfliegerin Elli Weinhorn in Bremerhaven ein. Mehr als 30 000 Kilometer hat sie auf ihrem Flug zurückgelegt und 18 verschiedene Staaten in den fünf Erdteilen überflogen. Das müde und gefahrvolle Flugunternehmen verlief ohne jeden ernstlichen Unfall. Zu ihrem Empfang hatten sich in Bremerhaven Vertreter der Luftfahrtverbände und eine große Menschenmenge eingefunden. Unter denen, die Elli Weinhorn begrüßten, befand sich auch Margarete von Eyndorf, die selbst erst vor wenigen Tagen von einem großen Flug in die Heimat zurückgekehrt war. Eine Flugzeugkassette begrüßte das einlaufende Schiff und landete der Kameradin aus den Lüften den ersten Gruß. Nachdem das Schiff unter den Klängen der Nordkapelle festgemacht hatte, wurde Elli Weinhorn zuerst von ihren Eltern begrüßt. Es folgte dann der offizielle Begrüßungsakt auf der Kommandobrücke des „Cap Norte“. Staatsrat Dr. Groschütz begrüßte die Fliegerin im Namen des Bremer Senats und gab seiner Anerkennung für ihre Leistung Ausdruck. Elli Weinhorn wurde weiter von dem Vertreter des Bremer Vereins für Luftfahrt, von Vertretern des Aeroclubs Hannover, des Aeroclubs für Deutschland sowie von Vertretern des Norddeutschen Flöndes in herzlichen Ansprachen begrüßt. Während des Festaktes umflogen ununterbrochen Fliegerstaffeln aus Hannover und Bremen das Schiff. Elli Weinhorn dankte allen Rednern für ihre Begrüßungsworte. Sie erklärte, sie sei überzeugt, daß sie ohne Glück ihre Leistung nicht hätte vollbringen können. Das Flugzeug Elli Weinhorns wurde am Land gebracht.

Elli Weinhorn wieder in Hannover.

Hannover. (Zuspruch.) Nach mehr als einjähriger Abwesenheit trat die deutsche Weltfliegerin Elli Weinhorn heute vormittag, von Bremen kommend, mit ihrem Flugzeug in ihrer Vaterstadt Hannover ein. Zu ihrem Empfang hatte sich auf dem Flugplatz neben den Spitzen der Behörden, Vertretern der örtlichen Luftfahrt- und Sportverbände eine riesige Menschenmenge eingefunden, die ihrer berühmten Landsmännin einen jubelnden Empfang bereitet.

Zum Tode Alberto Santos-Dumonts.

Paris. In die ersten erregenden Minuten des vollendeten Wanders der Fliegerkunst führt eine die Nachricht zurück, daß Alberto Santos-Dumont gestorben ist. Als Graf Zepelin noch verpöthet und verläßt, ständig in Gefahr, ob seiner unflüchtigen Vorkämpfer entmündigt zu werden, um die erste Bewährung seiner Konstruktion rang, umflachte Alberto Santos-Dumont auf einem denkwürdigen Fluge von Saint Cloud den Pariser Eiffelturm und gewann damit den phantastischen Preis von 100 000 Francs.

Santos-Dumont hatte es leicht. Er brauchte, im Gegensatz zu seinem deutschen Rivalen, nie zu überlegen, woher er Geld nehmen sollte. Sein Vater war einer der Pioniere in der brasilianischen Kaffee-Wirtschaft; seine riesigen Kaffeepflanzungen, auf denen er fast als erster moderne Methoden einführt, waren Erträge ab, die dem Sohne jeden nur erdenklichen Aufwand gestatteten. Der Sohn allerdings nutzte diese Möglichkeiten in eigener Konsequenz nur zur Erringung seines Zieles, endlich das Wunder des Menschflug zu verwirklichen, von dem er schon als Kind geträumt hatte.

Werkwürdigerweise begann Santos-Dumont, als er, 27-jährig, in Paris seine erste Werkstatt eröffnete, auf dem richtigen Wege. Die um 1900 verfluchten ersten Starts mit seiner „Demoiselle“, einem kleinen Motorflugzeug, hätten ihn, konsequent weiter entwickelt, vielleicht allen anderen Flugzeugkonstrukteuren, die fast ausnahmslos durch Weltfalschmitten gehemmt wurden, zuvorkommen lassen können. Allein eine schnellere Lösung schien sich aus der Kombination von Luftballon und Motor zu ergeben. Auf sie heuerte Santos-Dumont zu und konnte denn mit seiner gasgefüllten „Bulle“, an der gebrechlich und beängstigend unsicher die Motor- und Führergondel mit langen Striden aufgehängt war, am 19. Oktober 1901 den Eiffelturm umfliegen. Damit war der Weltrekord da; diese Fahrt gab ihm einen unverrückbaren Platz in den Annalen der Luftschiffahrt. Sie wurde auch nicht übertrumpft durch den drei Jahre später unternommenen Kanalkflug mit einem Motorflugzeug, zu dem sich Santos-Dumont inzwischen wieder bekehrt hatte. Er wurde Mitglied der Ehrenlegion, Brasilien ehrte seinen Sohn, indem es Briefmarken mit seinem Bilde drucken ließ. Allein die Motorflieger der nächsten Jahre ließen ihn wieder in den Schatten treten, und als 10 Jahre nach dem historischen Eiffelturm-Flug die Bepfeilung immer größerer Fahrten mit immer wachsender Sicherheit unternommen wurde, bald Santos-Dumont eine nur noch historische bedeutunglose Persönlichkeit. Als solche allerdings wird er in der Geschichte der Luftfahrt immer einen bedeutenden Platz innehaben.

In Erwartung.

Nur wenige Tage trennen uns noch von der Reichstagswahl. Man hört, Wahlmüdigkeit zeige sich, Gleichgültigkeit sei offenbar, viele, die auf Reisen gingen, hätten sich nicht einmal mit einem Stimmzettel bewaffnet. Aber, es ist doch anders: Man sollte einmal in den Wäldern und Sommerfrischen herumhören, wie dort die Zeitungen verlangt werden und welche politischen Diskussionen geführt werden. Es geht lebhaft zu in den Orten, wo doch Erholung gesucht wird. Und mit denen dabei wird eine lebhaft Korrespondenz geführt. Viele wollen auch aus better Quelle immer etwas Besonderes wissen. Sie haben von den Gerüchten gehört, die durchs Land schwirren und bekanntlich die Menschen nervös machen. Gerne geben sich viele den Anschein, als ob sie gute Quellen hätten. Wenn schon etwas in Deutschland geschieht, so gar, wenn es geschehen soll, ist infolge ihrer guten Beziehungen und der jetzt so vollkommenen Nachrichtenübermittlung, zunächst die Presse in der Lage zu berichten. Was sie nicht bringt und was doch gerücheltweise verlautet, ist zum Teil ungeprüft und zweifelhaft. Jedenfalls steigert sich die Nervosität von Tag zu Tag, denn in der Wahl soll ja eine große Entscheidung fallen. Jetzt geht es ja nicht allein darum, ob diese oder jene Richtung, diese oder jene Partei einen großen Erfolg hat, jetzt geht es auch um die Reichsregierung und schließlich um die letzten Vorgänge in Preußen. Der Stimmzettel, den der Wähler in die Urne stecken soll, hat diesmal ein entscheidendes Gewicht, und jede Stimme zählt. Noch wird die Wahlschlacht geschlagen, gottlob nicht mehr so mit Messern und Schießpulver, aber doch mit einer Intensität und einem Nachdruck, besonders von den großen Parteien, wie wir es bisher noch nicht erlebt haben. Ist bei den Wählern noch etwas zu gewinnen? Ruh infolge der vielen Wahlen, die wir hinter uns haben, nicht jeder bereits auf eine Richtung eingeschlossen sein? Es wird sich zeigen, ob der deutsche Wähler trotz dauernder Wahlübung seine Aufmerksamkeit immer wieder ändert, oder ob die alten Fronten nunmehr stabil geblieben sind. Selbst der fernstehende nimmt jedenfalls heute an den Vorgängen teil, wenige leben noch im Volkstumsdämmernd und merken nicht, wie die politischen Wellen schlagen und Menschen im Bangen um die Entscheidungshunde, alles andere vernachlässigen. Tatsächlich, gerade in dieser Zeit wird sehr viel vernachlässigt, es wird

Politik getrieben. Freut man sich immer von den Fernstehenden am Meistlich mit dem Alles- und Besserwissen und mit guten Ratsschlüssen. Man wird aufatmen, wenn es Klarheit gibt, jeder wieder an seine Arbeit zurückkehren kann und die Entscheidung so klar fällt, daß Deutschland Ruhe erhält. Sie brauchen wir, da wir sonst unweigerlich, wie es schon nach der letzten Wahl treffend gesagt wurde, uns tatsächlich zu Tode wählen. **Vredl.**

Pflanzenchutz.

Die Staatliche Hauptstelle für gärtnerischen Pflanzenchutz in Billig teilt mit: Die beunruhigende Mitteilung von der Einschleppung der San-José-Schildlaus mit Baumschulpflanzen aus Ungarn nach Österreich beweist erneut die Notwendigkeit einer energiegelichen Einfuhrkontrolle durch den Deutschen Pflanzenchutzdienst zum Schutze der heimischen Baumschulen und aller Gartenbaubetriebe und Liebhabergärten, beweist aber auch die Notwendigkeit, alle Bevölkerungsteile zur Aufmerksamkeit auf die epidemisch auftretenden Pflanzenschädiger anzubahnen, die mitunter der heimischen Wirtschaft unabsehbare Schäden bringen können. So wie der Kartoffelkäfer in Frankreich drohend vorrückt und wie zum Schutze der deutschen Kartoffelerzeugung nicht allein größte Aufmerksamkeit des amtlichen Pflanzenchutzdienstes, sondern der gesamten Bevölkerung geboten ist, um ein Vordringen des Käfers nach Deutschland zu verhindern, muß gegenüber dem bedrohlichen Forstschädiger der San-José-Schildlaus, die eine große Gefahr für die Obstzucht bedeutet, die gesamte Bevölkerung zur Aufmerksamkeit aufgerufen werden. In den letzten Jahren hat das Vordringen des Ulmensterbens, das leider noch nicht zum Stehen gebracht worden ist, zur Genüge gezeigt, welche verheerenden Wirkungen das epidemische Auftreten eines Pflanzenschädigers — in diesem Falle handelt es sich um zwei Schädiger: den Ulmenplattkäfer und den Ulmenpilz — haben kann, und daß es notwendig ist, alle betrieblenen Bäume so schnell wie möglich zu befeuchten, um die Entwicklungsherde für die Weiterverbreitung der Schädiger auszurotten. Gerade jetzt ist es wieder an der Zeit, die Ulmen überall daraufhin durchzugehen, ob sie Ertränkungsanzeichen zeigen und

eventuell aus Gartenbeständen erkranktes Material (Neste in verschiedenen Ertränkungsstadien) zur genauen Feststellung des Erregers an die Staatliche Hauptstelle für gärtnerischen Pflanzenchutz Billig oder aus Forstbeständen an die Staatliche Hauptstelle für forstlichen Pflanzenchutz Tharandt zu senden. Die Landesforstdirektion hat neuerdings sämtliche forstlichen Forstämter angewiesen, künftighin von allen amtlichen Berichten, die sich auf das Vorkommen oder die Bekämpfung von Forstschädlingen beziehen, einen Durchschlag der Hauptstelle für forstlichen Pflanzenchutz zu überreichen. In der gegenwärtigen Ausfertigung der höheren Staatslehranstalt für Gartenbau in Billig befindet sich ein umfangreiches Material über die Bekämpfung jeder Art von Pflanzen- und Forstschädlingen.

Furchtbare Bluttat in Schlesien.

Frau, Tochter und Pflegermutter erschlagen und sich selbst erhängt.

Nimpsch. (Funkpr.) In Groß-Glauch brach heute morgen beim Sattlermeister Lindner ein Brand aus. Als die Feuerwehr in das Haus eindrang, fand sie die Frau des Sattlermeisters, seine Tochter und seine Pflegermutter tot auf. Die Leichen wiesen furchtbare Stieh- und Stichwunden auf. Den Sattlermeister Lindner fand man nach längerem Suchen auf dem Boden erhängt vor. Die furchtbare Bluttat dürfte von dem Sattlermeister in einer Art Eintrausch begangen worden sein. Am Bett der Frau lag der Wolfshund, ebenfalls erschlagen. Ferner fand man einen Korb mit jungen Wälfen, die sämtlich getötet waren. Das Haus war an etwa 10 Stellen angezündet worden. — Das Motiv der Tat ist noch nicht geklärt, man spricht von ekelichen Bewürfnissen.

Der heutigen Tageblattausgabe liegt ein Wahlflugblatt „Bürgertum erwache“ von der Deutschen Staatspartei, Liste 8, bei.

Amtliches

Ueber das Vermögen des Kaufmanns Rudolf Franke in Riesa, Meißner Straße 15, wird heute am 23. Juli 1932, vormittags 10 Uhr das Konkursverfahren eröffnet. Der Rechtsanwalt Dr. Starke in Riesa wird zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 20. August 1932 bei dem Gericht anzumelden. Es wird zur Beschlußfassung über die Verbehaftung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Verteilung eines Gläubigerauschusses und eintretendenfalls über die im § 152 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf den 24. August 1932, vorm. 11 Uhr und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf den 31. August 1932, vorm. 11 Uhr vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaumt. Wer eine zur Konkursmasse gehörende Sache in Besitz hat oder zur Konkursmasse etwas schuldet ist, darf nichts an den Gemeinschuldner verabfolgen oder leisten, muß auch den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgeforderte Befriedigung beansprucht, dem Konkursverwalter bis zum 20. August 1932 anzeigen. Als Hinterlegungsstelle nach § 129 Abs. 2 Satz 1 der Konkursordnung wird die Stadtbank Riesa oder die Riesaer Bank (nach Wahl des Konkursverwalters) bestimmt. R 20/32. Amtsgericht Riesa, am 23. Juli 1932.

Ballspielen betr.

Das Ballspielen auf dem Kinderplatz, welcher sich im Stadtteil Merzdorf, zwischen den Schrebergärten und der Döllnitz befindet, ist verboten. Zuwiderhandlungen werden nach § 366 Ziffer 10 des Reichsstrafgesetzbuchs mit Geld bis zu 80 RM. oder Haft bis zu 14 Tagen bestraft. Der Rat der Stadt Riesa — Polizeiamt —, am 18. Juli 1932.

Straßen- und Schleusen-Reinigungsabgabe 1932.

Nachdem die Veranlagungsbescheide über die Straßen- und Schleusenreinigungsabgabe für das Rechnungsjahr 1932 zur Zustellung gekommen sind, erlauben wir den bestimmungsgemäß bereits am 15. Juli 1932 fällig gewordenen 1. Termin möglichst sofort, spätestens innerhalb der nächsten 14 Tage an unsere zuständigen Steuerstellen zu entrichten, da sonst die kostenpflichtige Zwangsversteigerung einzuleiten werden mußte. Der Rat der Stadt Riesa, — Steueramt —, am 26. Juli 1932.

Fremdenmeldezettel

lose und in Blockform zum Durchschreiben, sowie Formulare zu Fremden-Büchern entsprechend den Vorschriften der am 1. Okt. 1930 in Kraft getretenen Landesmeldeordnung sind stets zu haben im

Riesaer Tageblatt
Riesa - Goethestraße 59

Schöner Raum (part.) als Werkstatt oder Büro ab 1. 8. zu vermieten Gaudstr. 35.

Mehrere 3-Zimmer-Wohnungen mit Küche und Zubehör sofort zu vermieten. Arno Gundermann Möbeltransport Schützenstr. 19, Tel. 273.

I. u. II. Hypotheken Darlehen, sowie Geschäftskredite aller Art schnellste Erledigung. Off. u. U 2402 an das Tageblatt Riesa.

Nerven kaputt? Schlaflosigkeit, Angst, Herzaffektion — Folgen ständiger Aufregung. Herrlich beruhigend wirkt der südamerikanische Bremer Schlüssel-Tea Paket 85 Pfg. und M. 1.60. Verlangen Sie Gratisproben. Med. - Drogerie A. B. Hennicke.

Mädchen sofort gesucht Rietz Nr. 19.

Suche für 1. August 15-17jähriges Hausmädchen. Fleischermeister Möbius Strebla, Hauptstraße.

Mädchen für die Landwirtschaft sucht Kramer, Oetda. Geschäftsmann u. Grundstücksbesitzer sucht Wirtschaftlerin in mittl. Jahren. Off. u. B 2466 a. d. Tagebl. Riesa.

Ordentl., fleiß. Mädchen v. 17 Jhr. sucht baldige Stellg. Geschäftsh. bevor. Haus, Dieng., Seminarstr. 8

Gründl. Unterricht im Weißnähen wird erteilt Schützenstr. 11.1

Kräftiger Pferdeburche 15-17 Jahre, gesucht Robeln Nr. 4.

Ein Knacht zu Werben, 16-18 J., sucht M. Weimann, Robeln.

Kammerjäger Nöder kommt nach hier u. umgeben, um Matten, Säcke, Schwaben, Wanzen u. Ameisen reißlos unter Garantie zu vertilgen. Bestellungen sende man fot. unt. "Nöder" an das Tageblatt Riesa.

Einige gebr. f. gut erb. Schreib-, Rechen- u. Vertriebsk. Maschinen sehr bill. vert. E. Grunewald, Partha/Ga.

Wartschlächtere. Morgen Mittwoch Schlachtfest. Graebenst. Ladet ein Derm. Vogel.

Vereinsnachrichten

DCB. Riesa. Gedächtnisfeier w. Sr. M. d. Königs Georg, Sonntag, 7. 8. 32, 11 Uhr. Näheres durch Geschäftsstelle. Atw. „Riese Wacker“. Mittwoch Hauptversammlung. Karpen.

Rundfunkhörer! Achtung

Morgen Mittwoch, 27. 7. 32, 19.30 Uhr einschalten: Wahlrede unseres Partei-Führers Dingeldey über alle deutschen Sender. Liste 6 Deutsche Volkspartei.

Liste 6 Deutsche Volkspartei.

Wer sparen will fauft in der Schuh-Etage Breite Str. 12

Morgen Mittwoch Schlachtfest. Früh 9 Uhr Wellfleisch. Später fr. handöschl. Wurst Gullerschäffeln, Dackepeter. M. Gumlich, Goethestr. 55 Nabattmarkt.

Landwirtschaft bei Riesa, ca. 7 Acker, 4 Rinder, 8 Schweine, sofort 2500-3000 RM. Anzahlung zu verkaufen. Offerten unter T 2461 an das Tageblatt Riesa.

Wir verkaufen billig: ein u. hölz. Schraubzwinge Zylinderwerkzeug Schlofferwerkzeug rote Zische (f. Schreberg.) 1 Reideverbrant Werkzeugkasten Tischlerbedarfartikel (wie Schrauben, Schloffer usw.) Preisverhältnisse. Geschäftliche Möbelindustrie Risch & Goede Riesa, Bismarckstraße 75.

Weißbrot (Hefe Köpfe) Wfd. 3 Waf. Str. 2-3 M. Fiedlers Gartenbau am Friedhof, Tel. 127.

Empfehle gegen Nachnahme die bestellte Weide-Tafelbutter je Pfund in Postmaß von circa 90 Pfg. 9 Wfd. (auf Wunsch Wfd.-Stk.) J. Guttack, Heydekrug (Memelland).

Ganz plötzlich und unerwartet verschied am 24. 7. in der Universitäts-Klinik zu Leipzig mein überalles geliebter Gatte und Sohn Franz Frick im 31. Lebensjahr. Die tieftrauernde Gattin u. Eltern. Riesa-Weida, den 26. Juli 1932. Beertragung findet Donnerstag, den 28. 7., 1 Uhr von der Friedhofshalle aus statt.

Herbin-Stodin unschädlich und unübertroffen bei starken Kopfschmerzen Rheuma-, Muskel- und Nervenschmerzen. Verlangen Sie daher in der Apotheke nur Herbin-Stodin und Sie werden angenehm überrascht sein. H.O. ALBERT WEBER, MAGDEBURG

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten.

Die Tageblatt-Druckerei
Riesa, Goethestraße 59
fertigt schnellstens alle Arten Drucksachen für Geschäfts- und Privatbedarf.
Reichhaltiges Papierlager. Eig. Buchbinderei.

Zu vermieten Haus ab 1. Sept. d. J. im Grundstück Riesa, Hauptstraße 81, die Gewerke-Räume im 1. Obergesch. (3 zweifelhafte Zimmer nach der Hauptstraße, 2 einseitige dahinter). — Bisler Rechtsanwaltspraxis. Näheres bei Frau M. Möbius, Hauptstraße 81, I oder O. Möbius, Goethestraße 88, p.

Schuh-Reparaturen prima Material sauberste Arbeit billig im Preis nur Schuh-Hansa neben Elbtterasse

Jagdhund, 2 Mon., zu verk. Zu erf. im Tagebl. Riesa. Verkaufe 100 Str. gute neue Speise- und Futterkartoffeln Oskar Richter, Lichtansee Nr. 8 Riesa-Land.

Vimoufine 4-Sitzer, Opel oder DKW, wenig gefahren, in nur bestem Zustande zu kaufen gesucht. Arno Gundermann Schützenstraße 19.

Gebr. Flurgarderobe zu kauf. gel. Off. u. Z 2464 an das Tageblatt Riesa. Völlig neue gut bürgerl. Wäscheausst. u. 8 Waf. in Damask u. viel bis. bzw. gebred. Sachen weg. Baranisch für 95.- abzugeben. Off. u. L. G. 863 a. d. Tagebl. Riesa.

Wölfelknochen Pfund 30 Pfg. Wurfstett, Wfd. 35 Pfg. Fritz Müller, Schloßstr. 18

Herbin-Stodin unschädlich und unübertroffen bei starken Kopfschmerzen Rheuma-, Muskel- und Nervenschmerzen. Verlangen Sie daher in der Apotheke nur Herbin-Stodin und Sie werden angenehm überrascht sein. H.O. ALBERT WEBER, MAGDEBURG

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten.

Wahlrecht — Wahlpflicht!

Vernichtet die Partei der Nichtwähler!

Mit der Konferenz der Länderminister in Stuttgart ist jede Unsicherheit und Unklarheit hinsichtlich der Frage, ob die Reichstagswahlen stattfinden oder nicht, beseitigt. Das Organ des württembergischen Staatspräsidenten stellt ausdrücklich fest, daß Reichskanzler und Reichsinnenminister ihren Vorkollegen gegenüber ihr Ehrenwort für die programmatische Abwicklung der Reichstagswahlen versprochen hätten. Ausdrücklich hat auch der stellvertretende Reichskommissar in Preußen, Dr. Bracht, in einem Interview erklärt, daß keine Partei, auch die SPD, nicht irgend welche Behinderung ihrer parlamentarischen Funktionen und Rechte zu beabsichtigen habe. Der bayerische Ministerpräsident Dr. Geiß endlich hat in Uebereinstimmung damit erklärt, daß Reichskanzler von Papen und Reichsinnenminister von Geiß händig versichert hätten, daß das Ergebnis der Wahlen respektiert werden würde und entscheidend sein sollte für die Gestaltung der künftigen Geschichte des Reiches.

Damit entfällt für Mißtrauliche jeder Grund und jeder Vorwand zu milder Resignation, zur Drückbergererei bei der Ausübung ihres wichtigsten staatsbürgerlichen Rechtes, das zugleich vornehmste staatsbürgerliche Pflicht ist.

Kein Mensch kann sagen, wie die Geschichte des deutschen Volkes in der ganzen Nachkriegszeit sich gestaltet hätten, wenn nicht fast immer die Partei der Nichtwähler den Ausschlag gegeben hätte, wenn nicht fast immer rund ein Fünftel der Wahlberechtigten heftiger Agitation und Propaganda Raum gegeben hätten, indem sie resignierten. Die Partei der Nichtwähler — das muß immer wieder gesagt werden — ist in erster Linie die Partei derjenigen, die kraft ihrer soziologischen Position berufen wären, die Entscheidung herbeizuführen. Nichtwähler — das sind die Kreise, die von der Not der Zeiten noch verhältnismäßig unberührt geblieben sind; Nichtwähler — das sind die, denen ein Wochenendausflug höher steht, als das Schicksal des Volkes; Nichtwähler — das sind die, die sich durch ein hübsches Reden hindern lassen, die paar Schritte zu ihrem Wahllokal zu tun; Nichtwähler — das sind aber auch und vor allen Dingen die, die am Wahltage erklären: Es hat ja doch keinen Zweck und die nachher, wenn die durch ihre Passivität bedingte Entwicklung sie selbst trifft, am lautesten und am unverblöhmtesten Staat und Regierung schelten.

Diese Partei gilt es am kommenden Sonntag zu vernichten und es sind in der Tat Anzeichen dafür vorhanden, daß sie, wenn nicht vernichtet, so doch in ihrem Bestand entscheidend geschwächt wird.

Die furchtbare Not der Gegenwart scheint getan zu haben, was ruhige und verantwortungsbewusste Ueberlegung in glücklicheren Zeiten hätte bewirken sollen, aber nicht bewirkt hat: den Ausbruch aller zur gemeinsamen Arbeit für alle. Der 31. Juli wird lehren, ob dieser Eindruck richtig ist, ob die bedrohlichen parteipolitischen Brandungswellen, die die allgemeine Krise aufgeweicht hat, im Abschwellen sind. Wähler beinahe noch als das ist es, daß in diesem Augenblick alle ihr Wahlrecht als Wahlpflicht erkennen und üben, daß nicht auch weiterhin noch über Deutschlands politischem Schicksal die ewig drohende Gefahr einer passiven, normaler Weise nicht in Erscheinung tretenden, aber gerade in den kritischsten Momenten nur zu leicht der Radikalisierung angeheimfallenden Wählermasse hängen bleibt.

Die Deutsche Volkspartei zur Lage.

Die Reichsparteileitung der Deutschen Volkspartei erklärt zur innerpolitischen Lage:

Die Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen ist eine einschneidende Maßnahme, die aber nach Lage der politischen Verhältnisse nicht zu vermeiden war. Das Weimarer Parteiakt hat 7 Jahre lang in Preußen unumstößlich regiert und alle Warnungen zur Wahrung oder zur Umkehr unbeachtet gelassen. Es hat seine Macht bis zur letzten Minute ausgenutzt und noch kurz vor Fortschluß des alten Landtages durch eine Aenderung der Geschäftsordnung eine künstliche Regierungsbildung zu erschweren gewußt. Der neue preussische Landtag hat sich als arbeitsunfähig erwiesen. Die großen Parteien dieses Hauses haben zwar eine Fülle von Auktionsstoff und eine Reihe unerfreulicher Skandale geliefert, aber ihre eigentliche Aufgabe, eine neue Regierung zu bilden, die dem Volkswillen entsprechend der Weimarer Koalition ein Ende bereite, nicht erfüllt. Der Sinn der Verfassung ist damit in sein Gegenteil verkehrt worden. Die Autorität der alten Regierung vor dem Lande war erschüttert. Straßenkämpfe bedrohten den Bestand jeder Ordnung. Die Kampfstellung des früheren Preussensabnetts und seiner Mitglieder gegen die Reichsregierung trug weiter zur Verschärfung der politischen Gegensätze bei. Deshalb konnte der Entschluß des Reichspräsidenten und der Reichsregierung, diese Zustände durch die Einsetzung eines Reichskommissars zu beendigen, nicht übersehen. Wohin das Anwachen der extremen politischen Parteien und das Spiel mit dem Bürgerkrieg führen muß, haben die letzten Ereignisse deutlich genug bewiesen.

Es genügt aber nicht, daß die Reichsregierung dieser Entwicklung entschlossen einen Riegel vorgeschoben hat, es ist auch notwendig, daß die besonnenen Kräfte im Lande sich der Bedeutung der Stunde bewußt sind. Die nächsten Wahlen müssen dafür sorgen, daß die Elemente der sachlichen Verantwortung und der politischen Vernunft wieder zur Geltung kommen und uns davor bewahren, daß die Massen- und Klassenparteien von links und rechts Deutschland zum Tumultplatz ihrer Machtkämpfe machen. Unser Volk will Ordnung, Arbeit und die Wahrung nationaler Ehre. Seitdem die Kräfte des sozialen Ausgleiches und der nationalen Verantwortung geschwächt worden sind, wachsen die Gefahren für Staat und Wirtschaft von einem Tag zum anderen. Noch ist es Zeit, aus dieser bedrohlichen Entwicklung die Lehren zu ziehen und dafür zu sorgen, daß das nationale Bürgertum in seiner politischen und wirtschaftlichen Bedeutung nicht völlig ausgeschaltet wird. Die Deutsche Volkspartei bekennt sich nach wie vor zu einer geschäftsmäßigen und verfassungsmäßigen Entwicklung, und sie richtet ihren Appell an die Wählerschaft, sie in dem Kampfe um die Gestaltung der deutschen Zukunft mit Tatkraft zu unterstützen.

Die deutsche Erklärung zum britisch-französischen Konsultativvorschlag.

Berlin. In der Erklärung der Reichsregierung an die britische und französische Regierung, daß sie bereit sei, in einem offenen Meinungsaustausch über die in der Konsultativklärung erwähnten europäischen Fragen sich zu beteiligen, wird von ausländischer Stelle erklärt, die Grundlagen und Rückfragen der deutschen Regierung haben ergeben, daß weder eine Aufröschung der interkulturellen Schuldenfrage, noch sonst irgend eine Frontbildung gegen Amerika in Frage kommt. Im Abschlusse wird in hiesigen politischen Kreisen mit Nachdruck betont, daß diese Vereinfachung der Erklärung, an einem offiziellen Meinungsaustausch teilzunehmen, in keiner Form eine erwünschte politische Verpflichtung Deutschlands darstellt.

Aus der Wahlbewegung.

Der Wahlkampf am Montag.

Berlin. Zu Beginn der letzten Woche des Wahlkampfes wurde erstmalig der Rundfunk entsprechend den Beschlüssen der Reichsregierung der Parteipropaganda zur Verfügung gestellt. Den Reden eröffneten die Kleinen Parteien des letzten Reichstages, die Christlich-Sozialen und das Landvolk. Für die Christlich-Sozialen sprach am Montag der Reichsführer Simpfendorfer. Er sprach sich gegen die überlebte Demokratie ebenso sehr aus wie gegen die Diktatur einer Partei und wandte sich gegen die bewußte Ausschaltung der gewerkschaftlichen Organisationen bei der Regierungsbildung. Außenpolitisch forderte er Beseitigung der Kriegsschuldenlasten und gerechte Abwertung der Auslandsschulden, innenpolitisch Selbstverwaltung, arbeitsfähige Siedlung, Ausbau des freiwilligen Arbeitsdienstes, Stärkung des Mittelstandes und ein gesundes Bodenrecht. Der Landvolkführer Pauenschild forderte für den Bauern ruhige Sicherheit, die durch politische Experimente nicht gewährt werde, hob die Verdienste Schieles und Schlanges für die Schaffung geordneter Getreidewirtschaft hervor und forderte weitere Maßnahmen zur Binsenkung, Senkung der öffentlichen Lasten und der Umsatzsteuer für Landwirtschaftserzeugnisse sowie Schutz der Veredelungs-erzeugung.

Hugenberg in Beuthen

In einer stark besuchten deutschnationalen Wahlversammlung in Beuthen sprach der Parteiführer Dr. Hugenberg, der nach einem Bekenntnis zur Monarchie die Forderung aufstellte, alle bisherigen Notverordnungen aufzuheben und sie durch eine zusammenfassende, die Härten abschneidende und positive Werte schaffende Gesetzgebung zu ersetzen. Das Zentrum dürfe seine bisherige Schlüsselstellung nicht wieder erlangen. Durch eine Koalition mit dem Zentrum wäre die NSDAP erledigt. Dies könne den Deutschnationalen nicht gleichgültig sein, da sie die Rationalsozialisten zum Aufbau eines neuen Deutschen Reiches benötigen.

Dr. Brüning in Dortmund und Bochum.

1) Dortmund. Dr. Brüning sprach gestern abend in einer Rundgebung der Zentrumspartei in der dicht gefüllten

Sachsen auf der Ländertagung.

Ueber die Stellung, die Ministerpräsident Schiele auf der Stuttgarter Länderpräsidenten-Konferenz vertreten hat, erfahren wir folgendes:

Ministerpräsident Schiele wies zunächst auf die Erklärung hin, die er zur Frage der Einsetzung eines Reichskommissars in der Sitzung des Sächsischen Landtages am 9. Juni abgegeben habe. Danach könne die Tatsache, daß eine Regierung eine geschäftsführende sei, keinen Anlaß zu einer solchen Maßnahme bilden. Eine geschäftsführende Regierung sei eine verfassungsmäßig vorgesehene Institution und habe alle Rechte und Pflichten, die der Regierung verfassungsmäßig zustehen. Es müßten daher andere schwerwiegende Gründe vorliegen, um diesen stärksten Eingriff in das verfassungsmäßige Eigenleben eines Landes zu rechtfertigen, wie ihn die Einsetzung eines Reichskommissars darstelle. Diese Gründe müßten staatspolitischer Natur sein und dürften nicht von parteipolitischen Rücksichten diktiert sein oder auf parteipolitischen Druck hin erfolgen. Daß dieser Standpunkt vom Reichsinnenminister geteilt werde, habe er schon auf der letzten Berliner Ländertagung feststellen können.

Die Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen sei auch für die Sächsische Regierung völlig überraschend gewesen. Die Verantwortung für diese Maßnahme trage nach wie vor die Reichsregierung allein. Da die Prüfung des Tatsachenmaterials und damit die Entscheidung über die Frage der Zulässigkeit und Notwendigkeit der Maßnahmen der Reichsregierung letzten Endes dem Staatsgerichtshof obliege, könne die verfassungsrechtliche Seite der Angelegenheit dahingestellt bleiben.

Die Beforgnis, daß der Fall Schule machen könne, werde auch in Sachsen geteilt. Man befürchte auch, daß die Reichsreform „auf fastem Wege“ durchgeführt werden solle. Damit würde das Gefühl der Reichsverbundenheit der Länder auf das stärkste betroffen werden. Sachsen habe sich immer bereit erklärt, an der Reichsreform tatkräftig mitzuwirken und die Anwendung von Zwang als äußerst bedenklich abgelehnt. Diesen Befürchtungen gegenüber habe aber der Herr Reichskanzler die bestimmte Erklärung abgegeben, daß er keine anderen Pläne als die Wiederherstellung von Ruhe und Sicherheit verfolge, daß es sich nur um eine vorübergehende Maßnahme von kurzer Dauer handele und daß an der staatsrechtlichen Stellung der Länder nichts geändert werden solle.

Ministerpräsident Schiele schloß mit dem Wunsch, daß zur allgemeinen Beruhigung möglichst bald wieder in Preußen normale politische Verhältnisse hergestellt werden möchten und forderte mit Bestimmtheit, daß die Reichstagswahlen ungehindert am festgesetzten Termin durchgeführt werden müßten.

Die Abrüstungsentscheidung vor der Interparlamentarischen Union.

Eine Rede der Reichstagsabgeordneten Teusch.

Genf. In der gestrigen Sitzung der Interparlamentarischen Union nahm die deutsche Delegierte Frau Reichstagsabgeordnete Teusch in bemerkenswerten kritischen Ausführungen zu der Abrüstungs- und Sicherheitsfrage Stellung.

Die Entscheidung des Hauptausschusses könne von dem deutschen Volke nicht als eine erste Etappe auf dem Wege zur allgemeinen Abrüstung angesehen werden. Zur Herbeiführung der Sicherheit sei nicht nur die allgemeine Abrüstung notwendig, sondern auch der Ausbau des Völkerbundpaktes im Sinne des Artikels 11 und unter Anwendung des Artikels 19, der von der Revision der unbalancierten Verträge handelt. Die dauernde Diskriminierung auf dem für die Souveränität der Staaten und für ihre Sicherheit so entscheidenden Gebiete der Landesverteidigung sei für Deutschland untragbar. Frau Teusch be-

weilfaltenhalle vor etwa 10 000 Menschen. Vor wenigen Monaten, so führte Dr. Brüning aus, habe er an derselben Stelle gehalten und sich für die Wiederwahl des Reichspräsidenten eingesetzt. Auch heute gelte sein Kampf der Wiederbelebung der Staatsautorität. Der Redner erklärte, er habe einmal die Absicht gehabt, mit der Nation zu regieren, die ihm aber im entscheidenden Augenblick die Distanz verlagert habe. Er habe in der Außenpolitik die Wege gezeichnet, daß ein Erfolg seiner Regierung in der Reparationsfrage sicher gewesen wäre. Die frühere Regierung hätte es in Lausanne nicht notwendig gehabt, nach seiner Formulierung des Reims im Januar d. J. die Rechtsverbindlichkeit des Youngplans auszusprechen. Dr. Brüning sagte weiter, daß er die Innenpolitik so eingeleitet habe, daß es möglich gewesen wäre, in Preußen ein Kabinett mit der Nation zu bilden und mit der alten Regierung nach Lausanne zu gehen. Dann hätten Reich und Preußen zusammengestanden. Der Szenario-Wechsel in Deutschland sei im ungelegenen Augenblick erfolgt. Wie der Weg aus dem Dunkel heraus aussehe, wisse heute noch niemand. Es sei unmöglich, eine Besserung der wirtschaftlichen Lage herbeizuführen, wenn man sich in Experimenten politischer Art ergebe. Wenn die Rationalsozialisten in die Regierung gingen, so meinte Dr. Brüning, und viele von ihren Versprechungen aufgeben müßten, würden ihre radikalisierten Anhänger zurückfallen und Aufschluß suchen an die radikalisierte Linke. Dann würde das deutsche Bürgertum einsehen, welchen Fehler es gemacht habe, als es hinter den Rationalsozialisten hergelaufen sei. Dr. Brüning schloß seine Rede: Wir wollen die Autorität des Staates, die auf Freiheit aufgebaut ist. Wir sind bereit, mit allen Teilen der Bevölkerung zusammenzuarbeiten, die der Ueberzeugung sind, daß das Christentum zu einem verantwortlichen Dienst am Vaterland anzuregen ist. Wir kämpfen für einen Staat gemäßigter Demokratie. Aber ebenso dürfen wir auch nicht die Hände davor zurückziehen, die große Masse des Volkes vor der Radikalisierung bewahrt haben. Wer das tut, begeht ein Verbrechen an der Zukunft.

Bochum. In einer von 40 000 Menschen besuchten Massenversammlung der Zentrumspartei im Fuß-Stadion sprach Reichskanzler a. D. Dr. Brüning gestern abend auch hier. In seiner Rede wandte er sich gegen Pressekommentare über das Ergebnis von Lausanne, in denen verächtlich behauptet worden sei, er trage an dem Ergebnis der Lausanner Konferenz irgend eine Mitverantwortung. Er betonte mit erhobener Stimme, daß er niemals ein Angebot von vier Milliarden gemacht habe und daß auch niemals ein Vermittler dazu autorisiert worden sei, ein solches Angebot zu machen.

antrage in die der Interparlamentarischen Union vorgelegte Entscheidung zur Sicherheits- und Abrüstungsfrage einen Passus aufzunehmen, in dem ausdrücklich auf die Artikel 11 und 19 (Revision) des Völkerbundpaktes Bezug genommen wird.

Sehr eindrucksvoll leitete Frau Teusch auch den deutschen Standpunkt zur Sanktionsfrage dar. Sie betonte, daß infolge der einseitigen Abrüstung eine Anwendung des Sanktionsverfahrens zwar gegen die abgerüsteten Staaten, nicht aber gegen die noch hochgerüsteten Staaten denkbar sei. Bemerkenswert war in der weiteren Rede die Feststellung des Vorstehenden der französischen Gruppe, Senator Werliem, der ebenso wie der belgische Delegierte de Braudère erklärte, daß die Abrüstungskonferenz bis jetzt einen klaren Miskerfoler darstelle. — Die Beratungen gehen morgen weiter.

Berliner Blätterstimmen zur Entscheidung des Staatsgerichtshofes.

1) Berlin. Die Ablehnung der einstweiligen Verfügung durch den Staatsgerichtshof wird erst von wenigen Abendblättern besprochen.

Die „Deutsche Wta. Jta.“ bringt nur eine kurze Erläuterung des Gerichtsbeschlusses und gibt der Erwartung Ausdruck, daß die eigentliche Entscheidung mit tadelloser Bescheidenheit erlassen werden möge.

Das „Berl. Tagebl.“ spricht von einem unerträglichen Schwerezustand, der jetzt fortanern werde und bedauert, daß der Staatsgerichtshof die staatspolitische Notwendigkeit, eine einstweilige Anordnung für die Zeit bis zur endgültigen Entscheidung zu treffen, nicht über die formalen Bedenken gegen den Erlass einer einstweiligen Verfügung gestellt habe. Das Blatt beschließt sich im einzelnen mit der Haltung des Ministerialdirektors Gottscheiner, der ein ausgereicherter Anwalt des Reichs gewesen sei, und meint darin, daß das Reich lediglich die Berechtigung einer einstweiligen Verfügung bestritten habe, ohne auf die Dinge materiell einzugehen, habe sich zugleich die Schwäche seiner Position gezeigt.

Die „Woff. Jta.“ bezweifelt, daß irgend jemand, dessen Verantwortlichkeitsgefühl nicht völlig durch parteipolitische Vorurteile getrübt sei, über dieses Urteil große Freude empfinden könne. Denn das Staats- und Rechtsgefühl des gesamten Volkes müßte aufs schwerste leiden, wenn es sich zeige, daß der höchste zur Wahrung der Verfassung eingeleitete Gerichtshof resignieren müßte, sobald eine entschlossene auerziehende politische Willensmachtlos vorgeht.

Die „Deutsche Tageszeitung“ führt entgegenüber aus, mag das Urteil ausfallen wie es will, das eine muß jedenfalls festgestellt werden: Die politische Seite der Vorgänge hat ihre Klärung bereits gefunden. Wenn hier und da immer noch Bedenken föderalistischer Art gegen die Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen erhoben werden, so kann man sich gerade als überzeugter Föderalist nicht schärf genug gegen diese verwehrt Vermengung von rein parteimäßigen Gesichtspunkten mit staatspolitischen Fragen wenden.

Das Verbot der Reichsbanner-Bundeszeitung verfürzt.

Leipzig. (Funkpruch.) Das Reichsgericht hat über die Beschwerde der Schriftleitung der Bundeszeitung „Das Reichsbanner“ entschieden, daß der Beschwerde nicht stattgegeben werden kann, hat jedoch die Verbotsfrist bis auf Donnerstag, den 28. Juli, begrenzt.

Schwierigkeiten der Banque de Montreux.

Bern. Die Banque de Montreux ist infolge der gegenwärtigen Lage des Fremdenverkehrs in Schwierigkeiten geraten und hat die Gewährung eines Moratoriums beantragt. Der Geschäftsbetrieb der Bank wird von der Staatsbank des Kantons Waadt übernommen und weitergeführt.

Politische Tagesübersicht.

Die ehemaligen preussischen Minister zur Leipziger Entscheidung. Die ehemaligen Mitglieder des preussischen Staatsministeriums veröffentlichten durch den Sozialdemokratischen Pressedienst eine Erklärung zu der Entscheidung des Staatsgerichtshofes, wobei im wesentlichen die bereits von dem Vertreter Preußens in der Verhandlung geltend gemachten Erwägungen wiederholt werden. Auch werden Bedenken dagegen erhoben, daß vorläufig ein die Beamten in Gewissenskonflikt verlegendes Schwebegestund anbauere.

Unterzeichnung des polnisch-russischen Nichtangriffspaktes. Wie die Polnische Telegraphen-Agentur aus Moskau meldet, wurde dort gestern um 3 Uhr nachmittags im Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten der Nichtangriffspakt zwischen der Republik Polen und der UdSSR unterzeichnet. Von sowjetrussischer Seite wurde die Unterzeichnung des Nichtangriffspaktes durch den stellvertretenden Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Krestinski, von polnischer Seite durch den bevollmächtigten Minister und polnischen Botschaften in Moskau, Patet, vollzogen.

Beleidigung des Reichsverkehrsministers zum Tode Groenhoff. Aus Anlaß des üblichen Unfalls des Segelfliegers Groenhoff hat der Reichsverkehrsminister Freiherr von Eickstädt dem Rönch-Rostitzengeseßschaft und allen Wettbewerbsteilnehmern sein Beleidigung zum Tode ihres hervorragenden Kameraden ausgesprochen. Gleichzeitig hat der Minister an den Vater des Verewigten ein herzlich gehaltenes Beleidigungsgramm geschickt.

Die Beteiligung Deutschlands an dem Vertrauensabkommen. Vorkämpfer v. Hoeßler hat heute nachmittags am Quai d'Orsay den bereits in Berlin angekündigten Schritt unternommen, um der französischen Regierung die gleiche Erklärung wie der deutsche Geschäftsträger in London in der Frage des Beitritts der Reichsregierung zur französisch-britischen Erklärung vom 18. Juli 1932 abzugeben.

Kommunistischer Provinzialabgeordneter wegen Anforderung zum Generalkriegslehrgang. Der von der SPD angehörende brandenburgische Provinzialabgeordnete abgeordnete und Stadtvorordnete von Neudamm, Paul Hennig, wurde mit drei anderen Kommunisten von der Polizei dabei überführt, als er Flugblätter verteilte, die zum Generalkriegslehrgang aufforderten. Alle vier wurden festgenommen.

Weitere Verwaltungsvereinfachung in Anhalt. Das Anhaltische Staatsministerium veröffentlicht die zweite Notverordnung, die zwecks durchgreifender Vereinfachung der Verwaltung die hundert schriftlichen öffentlichen Dienststellen - Kreisdirektionen, Kreisärzte, Kreisfiskusämter, Bauverwaltung - zu neuen Behörden zusammenfaßt, an deren Spitze ein Landrat steht.

Die Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz. Der Präsident der W.Z., Mac Garrath, gab heute bekannt, daß er den Präsidenten der Niederländischen Bank und Verwaltungsratsmitglied der W.Z., Dr. Trip und den stellvertretenden Präsidenten der W.Z., Leon Fraser zu Mitgliedern des Unterausschusses für Finanzfragen im Sachverständigenausschuß ernannt habe, der nach den Beschlüssen der Lausanner Konferenz die Untersuchung des Fragenkomplexes vorzunehmen hat, mit dem sich die Weltwirtschaftskonferenz zu beschäftigen haben wird.

Inkraftsetzung der neuen irischen Zollsätze. Die vom Kabinett des Irischen Freistaates beschlossenen neuen Zollsätze für eine große Anzahl Artikel treten heute in Kraft.

Moskauer Erklärungen zum russisch-polnischen Nichtangriffspakt. Im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des russisch-polnischen Nichtangriffspaktes wird von russischer Seite erklärt, daß die Nichtinfraktion der russischen Außenpolitik gegenüber Deutschland und Litauen durch diesen Vertrag nicht berührt werden. Die russische Regierung hat sich vollkommene Freiheit in der Wilna-Frage vorbehalten und auch keine Garantien für die westliche Grenze Polens übernommen.

Beitritt Rumäniens und Griechenlands zum Vertrauensabkommen. Der rumänische Botschafter in Paris hat gestern dem Außenminister den Beitritt seiner Regierung zum französisch-englischen Vertrauensabkommen vom 18. 7. zur Kenntnis gebracht. Auch die griechische Regierung würde dem Abkommen beitreten.

Preußenbeamte dürfen wieder der NSDAP angehören. Amlich wird mitgeteilt: der kommissarische preussische Minister des Innern hat dem preussischen Staatsministerium eine Vorlage gemacht, wonach der Beschluß des preussischen Staatsministeriums vom 25. Juni 1930 insoweit aufgehoben wird, als er die Teilnahme von Beamten an der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei verbietet.

Eine Deutsche in Frankreich wegen angeblichen Spionages verdächtigt. Wie die Nachrichten-Agentur Pountier aus Annemak (östlich von Genf auf französischem Gebiet) meldet, ist dort eine 24jährige Deutsche, deren Namen nicht genannt wird, wegen Spionageverdacht verhaftet worden. Es heißt lediglich, daß die Deutsche sich in Begleitung eines Italieners auf der Reise von Chamoni in die Schweiz befinden habe. Der Italiener wurde ebenfalls festgenommen, jedoch nach seiner Vernehmung wieder freigelassen. Die Polizeibehörde verweigert vorläufig jede Auskunft über diese rätselhafte Verhaftung. Auch bei der deutschen Botschaft in Paris ist man bisher noch nicht unterrichtet, da die Angelegenheit zunächst an das Konsulat in Lyon weitergeleitet wird.

Polizei beschossen

Berlin, 26. Juli.

Während in den letzten Tagen überall in Berlin Ruhe herrschte, kam es Montagabend an mehreren Stellen der Stadt zu Zusammenrottungen von Kommunisten und zu Überfällen auf Nationalsozialisten. Diese plötzlichen Zusammenrottungen fanden fast alle zu gleicher Zeit statt. Gegen Abend zogen etwa 1000 Kommunisten eine Straße im Norden Berlins entlang. An einer Straßenkreuzung wurden sie von Polizeibeamten mit dem Gummiknüppel auseinandergetrieben. Ein Beamter mußte in der Notwehr von der Waffe Gebrauch machen. Ein Angreifer trug einen Brustschuß davon. Wehrliche Zusammenrottungen bildeten sich auch in anderen Straßen des Nordens, wo die Polizei wiederholt eingreifen mußte. Um die gleiche Zeit wurden an verschiedenen Orten einzelne Nationalsozialisten von Kommunisten angegriffen und verletzt.

In einem Haus der Raunigstraße ereigte eine Halenkreuzfahne den Unwillen der Kommunisten. Sie sammelten sich vor dem Hause, um die Fahne zu beseitigen. Noch ehe sie in das Haus eindringen konnten, traf Schuppelzei ein. Als die Polizei die Straße räumte, wurde sie aus den Häusern beschossen und beworfen. Die Polizei erwiderte das Feuer und stellte die Ruhe wieder her. Bald darauf wurde eine Frau in ihrer Wohnung mit einem Kopfschuß schwer verletzt aufgefunden.

Um die Erhaltung der eigenen Scholle.

Landwirtschaft und Reichstagswahlen.

Was aus Kreisen der Landwirtschaft wird uns geschrieben:

Mit dem Umsturz von 1918 waren in Deutschland Kräfte an die Regierung gekommen, die alles das berneinten, was früher dem Denken des Deutschen heilig war und was gleichzeitig die Grundpfeiler früherer Regierungsgewalt abgab. Die neuen Kräfte lehnten das Christentum ab und folgerichtig kamen sie zu der Erkenntnis, daß Eigentum gleich Diebstahl wäre. Der Marxismus kam zur Macht, allerdings nicht zur Alleinherrschaft. So ist es gekommen, daß marxistische Dogmen nicht ohne weiteres verwirklicht werden konnten, aber immerhin hat der Sozialismus versucht, seinen Ansichten möglichst weitgehend Geltung zu verschaffen. Nur hat man das nicht klar herausgesehen, sondern hat auf Umwegen versucht, den christlichen Gedanken zu zerlegen und den Eigentumsbegriff zu unterhöhlen, indem man über die Wirtschaftspolitik beruchte, das Eigentum selbst zu vernichten. Die ganzen Nachkriegsjahre stellten einen einzigen Erfolg dieser sozialistischen Regierungspolitik dar, die nach außen hin sich eine Maske umband, als wolle sie das Eigentum schützen, während es in Wirklichkeit sozialistischer Politik auszuüben ist, daß der größte Teil des Eigentums heute vernichtet ist. Der Mittelstand wurde zertrümmert, das Gewerbe ging kaputt und auf dem Lande herrschte eine Not ein, wie man sie selbst zu Zeiten Caprivis nicht gekannt hat.

Auch dem Bauern gegenüber hat man die Bauernfeindliche Politik zu verdrängen versucht. Künstlich wurde in die Front des Landvolks ein Keil zu treiben versucht, der Großgrundbesitz und Bauerntum von einander trennen sollte. Dieser Versuch ist mißglückt. Das Landvolk hat erkannt, daß es nur eine Bauernnot gibt, von der gleichmäßig Groß- und Kleinbetrieb erlitten werden, und daß diese Not ihre Wurzel in einer Wirtschaftspolitik hat, die der Feind eines jeden freien Bauernums ist. Der Bauer als solcher ist Träger des Christentums und Vertreter des reinen und edlen Eigentumsbegriffes und deshalb ist die Sozialdemokratie in ihm einen natürlichen Schwachpunkt gegen jede Ausbreitung ihrer sozialfeindlichen Ideen auf dem Lande. Der Bauer sollte verschwinden und mit ihm der letzte Stamm gegen die Verwirklichung sozialistischer Utopien.

Tiefes Ziel hat die Sozialdemokratie nicht erreicht. Der gesunde Menschenverstand und das Staatsgefühl des Bauern, der von jeder Stütze des Staates und von treuester Diener war, haben sich dagegen auflehnt und haben den Angriff zurückgeschlagen. Der Sozialismus ist heute, zumal nach dem energielosen Eingreifen der Reichsregierung gegen Preußen, in die Defensive gedrängt. Was aber geblieben ist, das sind die riesigen Verluste, die die Landwirtschaft in diesem Kampf hat auf sich nehmen müssen. Die Unrentabilität und die heutige Verlustwirtschaft sind die Opfer, die die Landwirtschaft in diesem Kampf um die Erhaltung des deutschen Staates gebracht hat, sie sind aber auch die Faktoren, unter denen heute die gesamte Wirtschaft leidet und an denen der Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftsgebäudes scheitert. Daraus ergeben sich für die Zukunft die Aufgaben, für Staat und Bauernum. Der Bauer will auf freier Scholle leben, die er seit Generationen ererbt, der Staat aber braucht den freien Bauern als festes Gefüge des Staatsganzen überhaupt. Das heißt für die Zukunft, daß der Sozialismus in Form des bauernfeindlichen Marxismus, aus jeder Regierungstätigkeit ausgeschlossen werden muß. Die Zeiten sind zu ernst geworden, als daß sozialistische Experimente fürderhin die deutsche Produktion lähmen dürften. Es muß im deutschen Reich eine Regierung gebildet werden, die, frei von allen Bindungen zum Marxismus, daran gehen kann, mit aller Energie die Schäden der Vergangenheit wieder gutzumachen. Der 31. Juli wird der Entscheidungstag, ob in Deutschland fürderhin sozialistische Parteimitglieder in der Regierung gebildet werden soll. Das Bauernvolk ist sich aber weiter darüber klar, daß mit der Stabilisierung einer nationalen Regierung im Reich und den Ländern die einzige Möglichkeit gegeben ist, die Nationalwirtschaft, also auch die Landwirtschaft, zu fördern. Bei den bisherigen Regierungen hat sich gezeigt, daß sie in Verhandlungen mit dem Ausland über irgendwelche Handelsverträge allzu leicht geneigt waren, die Interessen der Bodenwirtschaft irgendwelchen anderen Interessen gegenüber zu opfern. Mit diesem Zustand muß gebrochen werden, denn ihm ist es zum wesentlichen Teil mit zuzuschreiben, daß eine Erholung der Landwirtschaft nicht möglich war und für die Zukunft auch weiter noch Schwierigkeiten bestehen, weil die Bindungen der Handelsverträge noch längere Zeit fortbestehen. Wenn man, was heute kaum noch bestritten wird, anerkennt, daß die Landwirtschaft die gesamte übrige Wirtschaft trägt, dann muß man um der gesamtdeutschen Wirtschaft willen dafür sorgen, daß die freihändlerischen Fanatiker aus den Regierungskreisen verschwinden und statt ihrer Männer dort Platz nehmen, die, verwurzelt mit dem deutschen Boden, eine Wirtschaftspolitik treiben, die im Endeffekt zur Wiederherstellung normaler wirtschaftlicher Verhältnisse führt.

Der Marxismus hat die Gefahr, die ihm droht, richtig erkannt. Er selbst hat den 31. Juli als die Entscheidungsschlacht bezeichnet. Diese Entscheidung wird fallen, und zwar in einem Sinne, wie ihn das deutsche Landvolk wünscht. Mit dem 31. Juli müssen die christlichen, nationalen und erdverbundenen Kräfte endlich zur Macht durchdringen, um die deutsche Wirtschaft freizumachen, um deutsche Kultur zu retten und um dem deutschen Bauern seine Scholle zu erhalten. Aus deutschem Bauerngeist hat

das deutsche Reich früherer Zeiten seine Kraft gezogen. Alle großen Männer der deutschen Geschichte haben in irgendeinem mehr oder weniger engen Zusammenhang zum Boden gestanden. Erst als diese Lösung deutscher Politik von der Bodenständigkeit kollaboriert war, da war die Bahn frei für den Zusammenbruch von 1918. Wenn jetzt der Wiederaufbau begonnen wird, dann nur mit dem Bauern und über den Bauern zu einem großen, freien deutschen Reich.

Noch immer Kriegsschuldfrage!

Was man den Ausgang der langwierigen Beratungen und Verhandlungen zu Lausanne Mitte Juli 1932 den Erfolg oder einen Mißerfolg Deutschlands nennen - eine betrübende Tatsache steht fest: Die Kriegsschuldfrage ist nicht angefaßt worden und lastet noch immer auf dem deutschen Volke in seelischer und praktischer, in politischer und allgemein-menschlicher Beziehung. Dabei hat man es seit Jahren auf der ganzen Erde im Kreise aller gerechten und urteilsfähigen Menschen längst eingesehen, daß die dem deutschen Volke aufgebürdete und von ihm unter Gewaltanwendung abgedrängte Kriegsschuldfrage eine grobe Unwahrheit bedeutet. Wenn die Behauptung, daß Deutschland die Alleinschuld am Kriege zu tragen hat, noch heute von gewissen Auslandsmächten, namentlich von Frankreich und Polen, ähne unerschütterlich wird, so beruht dies darauf, weil diese Mächte ihre Vergeltungspolitik auf die Verdächtigung Deutschlands als Friedensstörer stützen und diese Fiktion unter allen Umständen auch für eine unabsehbare Zukunft festlegen. Das es sogar in Deutschland noch Leute geben kann, die den Glauben an die Kriegsschuldfrage noch nicht mit Abscheu von sich geworfen haben, ist ein tief bedauerlicher Umstand, der sich aus parteibezogener Entartung ergibt - abgesehen von den gleichgültigen und stumpfen Wesen, denen das Gefühl für nationale Ehre gebricht.

Die Wahrheit muß und wird gleichwohl liegen. Nicht irgendwelche Macht Deutschlands hat den Weltkrieg heraufbeschworen. Er ist von außen her und von Deutschen abgedrängt worden. Die Art, wie der Krieg im Juli 1914 endlich zum Ausbruch kam, ist nicht im entferntesten der Beweis einer deutschen Kriegsschuld. Die wahren Gründe des Weltkrieges liegen viel tiefer und gehen weit hin zurück. Dort muß man forschen und suchen, wenn man die wahren und einzigen Kriegsbegründungen ergründen will.

Es ist eine kluge und klar erwogene geschichtliche Tatsache, daß die Fremdmächte im Osten und Westen - also nicht Deutschland, auch nicht dessen Bundes- und Schicksalsgenosse Österreich-Ungarn - die Schuld am Weltkriege allein zu tragen haben. Das beweisen nicht nur die amtlichen Urkunden, sondern auch, dazu noch in höherem Grade, die Seelenstimmungen der Völker und Regierungen, die den Mittelmächten seit langem feindlich gesinnt waren und nur noch auf den Augenblick des gemeinsamen Losschlagens warteten. Den Mittelpunkt der deutschen Feindschaft und daher des Kriegsgedankens bildete Frankreich, das die Wache an Deutschland für die Niederlage 1870/71 und die Wiedergewinnung Elb-Lothringens sich zum festen Ziel gesetzt hatte. Neben Frankreich stand England. Der blasse Neid über die aufsteigende deutsche Kriegsmacht zur See und über die kraftvolle Entwicklung des deutschen Handels, des deutschen Seeverkehrs, der deutschen Kolonien war die Triebfeder zum Vernichtungskriege gegen Deutschland. Rußland, eng verbunden mit Frankreich durch das nach dem Janinreich als Anleihen geflossene französische Gold für russische Rüstungszwecke, war der erklärte Verbündete Frankreichs und wollte durch die allslawische Eroberungspolitik die inneren Revolutionen gefährden überwinden die dem Jarentum bedenklich drohen. So war der Krieg geschlossen, die führenden Männer hatten ihre Zwecke erreicht. Japan trat diesem Bunde bei, um Deutschlands Stellung in Ostasien zu brechen. Dem Weltkrieg gab schließlich das Eingreifen der Vereinigten Staaten von Nordamerika die Wendung, als Wilsons diktatorischer Einfluß der deutschfeindlichen Macht des Vorkonkors Worten- und Weltkapitalismus zum Sieg verhalf und das Land in den Weltkrieg riß. Nicht die Verletzung einiger amerikanischer Schiffe, die neutralitätsbrüchig waren, hat den Eintritt Amerikas in den Krieg veranlaßt, sondern die Sorge, daß Deutschland vielleicht doch noch liegen könnte, wodurch die Gelder verlorengehen würden, die der amerikanische Kapitalmarkt bei der Entente angelegt hatte.

Es kann gar nicht oft, gar nicht eindringlich genug dem deutschen Volke - von der Schule beginnend - durch alle Schichten und über alle ionstigen Spaltungen hinweg eingehämmert werden: die Kriegsschuldfrage ist das größte Verbrechen der Geschichte. Fort mit ihr!

Oberst a. D. J. Manuel.

Die Vernehmung des Präsidentenmörders Gorguloff.

Paris. Im Gorguloff-Prozess begann der Vernehmung des Angeklagten. Ein Antrag der Verteidigung, Gorguloff von zwei Psychiatern im Gerichtsgefängnis untersuchen zu lassen, wurde vom Vorsitzenden mit dem Ausdruck des Bedauerns abgelehnt, weil das französische Strafrecht es nicht zulasse, daß der Angeklagte vor seinem Verhör in irgend einer Weise persönlich mit den Augen in Berührung komme. Die von der Verteidigung genannten Ärzte sind jedoch gleichzeitig als Entlastungszeugen geladen. Nach der Feststellung der Personalien des Angeklagten versuchte Gorguloff, zu längeren Ausführungen auszuholen, wurde jedoch sofort vom Vorsitzenden unterbrochen, der ihn darauf aufmerksam machte, daß er zu gegebener Zeit volle Freiheit habe, seine Ausführungen zu machen und wo die Gerechtigkeit, auf die er Anspruch erhebe, ihm widerfahren werde.

Aus der Vernehmung des Angeklagten, die sich zunächst auf sein Vorleben bezieht, geht hervor, daß Gorguloff in Rußland, in der Tschechoslowakei und schließlich in Frankreich dreimal verheiratet gewesen ist, ohne jedoch gegen die ersten Frauen die Scheidung eingereicht zu haben. Zwischenburche lebte er mit einer älteren Frau zusammen, deren Vermögen er für seine „schriftstellerischen“ Arbeiten vergeudet. Auf alle ihm in der Anklageschrift gemachten Vorwürfe über sein Vorleben hat der Angeklagte nur immer die Antwort, daß es sich um böswillige Verleumdungen kommunistischer Kreise handele, die auf ihn während seien, weil er sich der kommunistischen Bewegung nicht angeschlossen habe.

Vor Beendigung seiner Vernehmung gab Gorguloff eine längere Erklärung ab, in der er betonte, daß sein Attentat eine große Proklamation und ein Protest für 150 Millionen russischer Bauern sei, die man zu Zwangsarbeiten verurteilt habe. Es sei fürchterlich, daß die Welt die Sowjets handeln lasse. Er habe die Idee gehabt, ein Bündnis mit der französischen Republik gegen die Sowjets zustandebringen; aber Frankreich habe seine Idee verachtet. Die Frage des Verteidigers, ob er denn eine Eingabe an die französische Regierung gemacht habe, verneinte Gorguloff. Sein Dienestpiel zeigte, daß er überrascht sei, weil er nicht daran gedacht hat

Meine Rabattkarte ist voll, Herr Müller!



Ich brauche eine neue. Als entschuldigend Sie vielmals Frau Körner, mein Vorrat ist gerade zu Ende gegangen. Sehen Sie, Herr Müller, das sollte in einem gut geleiteten Geschäft gar nicht vorkommen. Bestellen Sie deshalb Ihre Druckfahnen nicht erst dann, wenn das letzte Blatt aufgebraucht ist. Denken Sie immer rechtzeitig an die Erstellung Ihrer Druckaufträge, damit Sie nicht in Verlegenheit kommen. Ihr schnellster und zuverlässigster Helfer in Drucksachenangelegenheiten aller Art ist die Druckerei des Riefax Tagesblatt.

Ein Schreiben Dr. Schacht an Brüning.

Berlin. Der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat einen Brief an den ehemaligen Reichskanzler Dr. Brüning gerichtet, in dem er sich mit den Vorwürfen auseinandersetzt, die ihm Dr. Brüning in einer Rede in Freiburg gemacht hatte, er habe der deutschen Bevölkerung und dem deutschen Volk wider seinen Willen den Pönanzplan aufzuzwingen. Dr. Schacht erklärt, jedermann in Deutschland wisse, daß die Reichsrenten bereits fünf Wochen vor der Unterzeichnung einbehalten (also einschließlich der Zentrumsminister) auf Entnahme des Pönanzplanes gedrängt und daß er gegen die Mattkalisierung des Pönanzplans durch das Saager Schlußprotokoll den schärfsten Protest geführt und schließlich als Protest sein Amt als Reichsbankpräsident niedergelegt habe. Er mißt Dr. Brüning vor, daß der bewußten Unwahrheit schuldig gemacht zu haben und weiß dann zum Schluß darauf hin, daß Dr. Brüning, der in der Freiburger Rede gesagt habe, solche Verhältnisse täten besser, bescheiden aus der Öffentlichkeit zu verschwinden, ihm nach Mattkalisierung des Saager Protokolls wiederholt seines Vertrauens verliert und um seine Mitarbeit gebeten habe.

Kunstspruch Dr. Bracht an die preussischen Polizeibehörden.

Berlin. (Kunstspruch.) Der mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Preussischen Innenministers beauftragte Bevollmächtigte des Reichskommissars von Preussen Dr. Bracht hat an alle Polizeibehörden folgenden Kunstspruch übermittelt:

1. Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit vor, während und nach der Reichstagswahl ist in nächster Zeit die wichtigste Aufgabe der Polizei.
2. Die Waffengebrauchbestimmungen der Polizei (Verordnungen über die Ausführung der Bestimmungen zu § 55 W.W.G.) reichen völlig aus zum Schutze des einzelnen Beamten wie zur Durchsetzung der Staatsautorität gegenüber tätlichem Widerstande.
3. Ein Polizeibeamter, der auf Grund dieser Bestimmungen nicht rechtzeitig und ausreichend von seinen Dienstwaffen Gebrauch macht, verliert seine Amtspflicht. Dem pflichtgemäß handelnden Polizeibeamten aber werde ich meinen Schutz nicht verweigern. *gen. Bracht.*

Sozialdemokraten bei Bracht.

Berlin. Die Abgeordneten Wels und Stambfer sprachen am Montag bei dem kommissarischen preussischen Innenminister Dr. Bracht vor, um gegen verschiedene politische Ausschreitungen der letzten Tage Protest zu erheben. Insbesondere wurde auf den Fall in Reichenburg hingewiesen, wo der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Jander nach einer Versammlung mißhandelt worden war, sowie auf den St. Sturm auf das Gewerkschaftshaus in Bunsau. Dr. Bracht laute Prüfung der Fälle zu.

Zinszuschüsse des Reiches für die Instandsetzung von Wohngebäuden und die Teilung von Wohnungen.

Berlin. (Kunstspruch.) Der Reichsarbeitsminister hat nähere Bestimmungen über die in der Notverordnung vom 14. Juni d. J. vorgesehenen Zinszuschüsse aus Reichsmitteln für Darlehen für Instandsetzung und Teilung von Wohngebäuden bekanntgegeben. Hierfür stehen einmalig fünf Millionen RM. zur Verfügung. Der Zuschuß wird Hauseigentümern gegeben, die ein Darlehen von mindestens 1000 RM. zur Ausführung größerer Instandsetzungsarbeiten oder zur Teilung einer Wohnung aufgenommen haben. Da bei einer angenommenen durchschnittlichen Laufdauer der Darlehen von 2 1/2 Jahren eine Verbilligung der Darlehenskosten um 4 Prozent jährlich erreicht werden soll, ist der Zinszuschuß auf 10 v. H. des Darlehens festgesetzt worden.

Der Reichsarbeitsminister hat gleichzeitig die Übernahme von Reichsbürgschaften zur Förderung von Instandsetzungsarbeiten und Wohnbauteilungen eingeleitet. Die Verhandlungen über den Kreis der Inkritute, die die Reichsbürgschaft erhalten, sind noch nicht abgeschlossen. Die Inkritute werden zu gegebener Zeit von sich aus die ihnen angeschlossenen Organisationen verkündigen.

Ermittlungsverfahren gegen den Schriftsteller Breuer.

Leipzig. (Kunstspruch.) Die Hochverratsanzeige an den Schriftsteller Robert Breuer ist beim Oberstaatsanwalt eingegangen. Der Oberstaatsanwalt hat daraufhin das Ermittlungsverfahren eingeleitet. Ob dieses zur Eröffnung der Voruntersuchung führen wird, steht noch nicht fest. Meldungen, die davon wissen wollen, daß der Oberstaatsanwalt bereits heute die Eröffnung der Voruntersuchung durch den Untersuchungsrichter des Reichsgerichts beantragen werde, entbehren jedenfalls der Grundlage.

Hochverratsanzeige gegen Breuer.

Berlin. Der Militärbefehlshaber von Berlin, Generalleutnant von Kundtke, hat den Inhalt der Hochverratsanzeige gegen den Schriftsteller Robert Breuer abgelehnt. Breuers Verteidiger haben daraufhin Beschwerde beim Reichswehrminister eingelegt, über die im Laufe des Montags noch entschieden werden dürfte. — Inzwischen ist, wie das Nachrichtenbüro des W.B. erzählt, gegen Breuer eine Strafanzeige wegen Hochverrats beim Oberstaatsanwalt erstattet worden. Die Verteidiger haben dem Oberstaatsanwalt sofort eine eidesstattliche Versicherung des Leiters der Versammlung, in der Breuer hochverräterische Ausführungen gemacht haben soll, über den Verlauf der Versammlung zugehen lassen.

Strafanzeige Roehms gegen Severing und Abegg.

München. (Kunstspruch.) Der „Bölkische Beobachter“ meldet, die Angriffe gegen den Staatschef der G.M., Hauptmann Roehm gingen auf die politische Abteilung des früheren preussischen Innenministers Severing zurück, die dem jetzt ebenfalls seines Amtes enthobenen Staatssekretär Abegg unterstellt gewesen sei. Roehm habe jetzt auf Grund des vorliegenden Materials gegen Severing, Abegg und eine Reihe von Ministerialbeamten durch Rechtsanwalt Dr. Ludgebrunn Strafanzeige wegen Übertretung und anderer Amtsvergehen erlassen und das Material aus dem Reichskommissar für Preussen mitteilen lassen.

Schwere politische Zusammenstöße in Friedrichsloog.

1 Todesopfer, mehrere Verletzte. Friedrichsloog (Dittmarschen). Nach einer SPD-Wahlversammlung ist es hier in der vergangenen Nacht zu schweren Zusammenstößen zwischen Versammlungsmitgliedern und Nationalsozialisten gekommen. Ein Versammlungsmitglied wurde getötet, drei weitere Reichsbannerleute wurden mit erheblichen Verletzungen dem Krankenhaus zugeführt.

Blutige Zusammenstöße in Koblenz.

Koblenz. Zwischen uniformierten Nationalsozialisten und Angehörigen der Reichswehr kam es gestern abend zu schweren Zusammenstößen. Dabei wurde ein Parteiführer durch drei Stiche in den Kopf verletzt. Das Ueberfallkommando säuberte die betreffenden Straßenräume. Beim Ueberfall auf das Kommando auf einen anrückenden Trupp uniformierter Nationalsozialisten. Die Polizei nahm die Nationalsozialisten fest, bei denen zwei scharf geladene Trommelrevolver, eine Pistole, zwei Taschenmesser und eine Stielwaffe gefunden wurden. Die Nationalsozialisten wurden verhaftet.

Studenten und freiwilliger Arbeitsdienst.

Berlin. (Kunstspr.) Im Hinblick auf den unmittelbar bevorstehenden Semesterschluß hat der Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst sichergestellt, daß 2 bis 3000 Studenten für die Zeit vom August bis Oktober in den freiwilligen Arbeitsdienst einbezogen werden können. Es kann nunmehr ebenfalls auch für Studenten ein staatlicher Förderungsbeitrag bis zu 2 Reichsmark je Arbeitstag gewährt werden. Anwendung und Ausmaß erfolgt durch die Hochschulen (Studentenwerke) im Einvernehmen mit den Bezirkskommissaren.

V. Gronau nach Labrador gefahren.

New York. Nach einer Meldung der „Associated Press“ aus Ottawa ist der deutsche Flieger v. Gronau gestern nachmittags um 4 Uhr (MST.) in Inlet mit Kurs auf Cartwright an der Küste Labradors gestartet.

St. Johns (Neufundland). Wolfgang von Gronau landete um 22,45 Uhr Greenwicher Zeit in Cartwright (Labrador). Er war schon gegen 20 Uhr in der Nähe dieses Ortes gestürzt worden, doch hat ihn vermutlich der dicke Nebel an einer früheren Landung gehindert.

Bombenangriff auf den Flughafen von Sao Paulo.

Rio de Janeiro. Der Flughafen von Sao Paulo, wo die Luftwaffe ihr Hauptquartier aufgeschlagen haben, wurde am Sonntag von 10 Regierungswagen mit Bomben belegt. Anschließend wurden auch mehrere Orte in der Umgebung von Sao Paulo, darunter die Stadt Teubate, von Flugzeugen bombardiert.

Ein deutscher Dampfer gesunken.

Widby. Der in Hamburg beheimatete Dampfer „Renate“ ist gestern früh unweit des Fischerdories Hallub auf Gotland gesunken. Wahrscheinlich war er mit einem Wrack kollidiert. Der Kapitän und die neunköpfige Besatzung konnten sich an Land retten.

Schweres Autobusunglück.

10 Verletzte. Wilhelmshaven. (Kunstspr.) Ein Dittendorfer Autobus, der mit 25 Sportlern besetzt war, fuhr heute früh auf der Landstraße zwischen Glienendamm und Steinhausen gegen einen Baum. 10 Sportler wurden verletzt.

Wieder Verbrechen an einem Kinde.

Rölln. Am Montag mittags wurde in dem Walde zwischen Dellbrück und Brück die Leiche eines noch unbekannt 6- bis 7-jährigen Mädchens gefunden. Das Kind ist erdrosselt worden. Die Nordkommission hat sofort eingehende Ermittlungen aufgenommen, um das Verbrechen aufzuklären. Von dem Täter fehlt bisher jede Spur.

Letzte Kunstsprache-Meldungen und Telegramme vom 26. Juli 1932

Der Amtliche Preussische Pressedienst erscheint wieder. Berlin. (Kunstspr.) Auf Anordnung des Beauftragten des Reichskommissars Dr. Bracht wird der Amtliche Preussische Pressedienst vom Mittwoch, 27. Juli ab wieder regelmäßig erscheinen mit der Maßgabe, daß die Verbreitung von politischen Mitteilungen bis auf weiteres durch die Reichspressstelle erfolgt.

Ein Todesopfer der gestrigen Zusammenstöße in Berlin.

Berlin. (Kunstspr.) Eine bei dem gestrigen Zusammenstoß im Südosten Berlins schwerverletzte Frau ist heute im Krankenhaus ihren Verletzungen erlegen.

Major Gnte aus der Haft entlassen.

Berlin. (Kunstspr.) Der vor einigen Tagen mit dem Kommandeur Heimanusberg zusammen festgenommene Polizeimajor Gnte ist aus der Schutzhaft entlassen worden.

Der Flieger und Fluggeschonkreuzer Hirth verunglückt. Böhlingen. (Kunstspr.) Durch einen plötzlich ankommenden Propeller wurden dem bekannten Flieger und Konstrukteur Hirth am Montag abend beide Arme gebrochen. Hirth wurde sofort in das Böhlinger Krankenhaus gebracht. Der Zustand des Verunglückten gibt erfreulicherweise zu seinen ersten Besorgnissen Anlaß. Der Unfall ereignete sich bei der Prüfung eines von Hirth neu konstruierten Motors für Großflugzeuge, der bei dem bevorstehenden Europaflug zum ersten Male Verwendung finden wird.

Der Völkerverbundsausschuss verläßt Danzig.

Danzig. (Kunstspr.) Der vom Völkerverbund eingesetzte Ausschuss vom Sachverständigen zur Prüfung der Ausübung des Danziger Hafens durch Polen hat seine Arbeiten in Danzig abgeschlossen. Seine auswärtigen Mitglieder verlassen nunmehr Danzig und sollen am 28. August in Genf wieder zusammentreten, um den Bericht an den Völkerverbund fertigzustellen.

2 Fallschirmflieger in der Ikar ertranken.

Bad Sölz. (Kunstspr.) 2 Münchener Fallschirmflieger sind 10 Kilometer Ikar abwärts von Sölz ertrunken. Ihr Boot war von den hochgehenden Wellen umgestoßen worden. Als andere Fallschirmflieger das gestürzte Boot an das Ufer ziehen wollten, riß infolge der großen Wellen und der starken Strömung der Strich. Die beiden verunglückten Flieger ertranken.

Der Erfolg der englischen Kriegsanleihe-Konvertierung. London. (Kunstspr.) Mehr als eine Milliarde Pfund Sterling von der insgesamt 1,5 auf 2 Milliarden belauenden Kriegsanleihe ist bereits konvertiert worden. Nur zwei Prozent der Inhaber von Anleihen hat Einsicht in verlangt. 98 Prozent haben sich für die Konvertierung entschieden.

Die Bismard die französische Kriegserklärung entgegennahm.

Neue Dokumente.

BR. Die große amtliche Aktenveröffentlichung der französischen Regierung über „Die diplomatischen Ursprünge des Krieges von 1870/71“ ist jetzt mit dem sechsten Erschienen 29. Bände zum Abschluß gelangt. Dieser Band bringt eine Auswahl aus den Aktenstücken mit zahlreichen Ergänzungen aus anderen Archiven, die sich auf die Zeit vom 16. Juli bis zum 10. August 1870 beziehen. Da Frankreich am 19. Juli Preußen den Krieg erklärte, so hätte eigentlich dieses Datum als Abschluß dienen müssen, aber die Herausgeber wollten auch noch die französischen diplomatischen Urkunden mitteilen, die sich auf die verschiedenen Bündnis-Vorparatungen mit Dänemark und vor allem mit Österreich und Italien beziehen. Diese Verhandlungen, durch die man Bundesgenossen zu gewinnen hoffte, zogen sich bis zum 10. August hin. Soweit sie überhaupt ausführlich waren, geschlugen sie sich durch die ersten gewaltigen deutschen Siege, die die Niederlage Frankreichs ankündigten. Wohl das für uns interessanteste Dokument, das hier neu veröffentlicht wird, ist der Bericht des französischen Geschäftsträgers in Berlin Le Courbe über die Ueberreichung der Kriegserklärung am Morgen des 19. Juli 1870 an Bismard; er ist einige Tage später in Paris unter dem Datum des 25. Juli aufgesetzt und schildert Bismard, wie er „langsam, mit tiefer Stimme“, die Note las, „schäblich erregt, in mehrfachen Wiederholungen auf Wendungen zurückkommend, über die schon seine Augen geglättet waren“. Nachdem der Ministerpräsident die Zeitung beendet hat, entspinnt sich zwischen ihm und dem Geschäftsträger eine Unterhaltung, in der zwischen der vollen Augenblick durchdringt. Bismard befragt auf das tiefste, daß der Gesandte Benedetti in Ems „mit Mißgunst einen Druck auf den armen kranken König ausüben konnte“. Er versichert weiter, daß der Krieg vielleicht hätte vermieden werden können, wenn er in Ems anwesend gewesen wäre. Die französische Regierung habe in Ems drei Persönlichkeiten gefunden, deren vorläufige Haltung ihr falsche Illusionen erwecken konnte: erstens den König, dann die Königin, wenn auch nicht in Person, so doch wenigstens durch ihren Einfluß, und schließlich Herr von Werther, der sich vom Anfang bis zum Ende schwach gezeigt hat. „Herr von Bismard“, so schließt Le Courbe seinen Bericht, „erhielt mit aufrichtigem Befremden über die unvermeidlich gemordene Lage, die plötzlich durch den Abbruch der Verhandlungen von Ems geschaffen wurde... Er befragt, die Gefahr nicht begriffen zu haben, die dadurch entstand, daß er den König in der Isolierung gelassen hatte; es ist übrigens nicht zweifelhaft, daß er die Kandidatur des Prinzen von Hohenzollern gemüht und begünstigt hat, und er sieht jetzt, daß er einen schweren Fehler begangen hat, indem er das uns verheimlichte... Im Gegenzug zu seiner gewöhnlichen Geschäftlichkeit hat er es diesmal an Gewandtheit fehlen lassen; er hat sich ungeschickterweise zurückgehalten und ist darüber untröstlich. Er sitzt bei dem Ausbruch eines Krieges, den er annimmt, aber den er weder gemüht noch vorausgesehen hat.“ Sodann wurde zwischen Bismard und dem Geschäftsträger allerlei über die Maßnahmen gesprochen, die sich auf die durch den Kriegszustand in Mitteleuropa gezogenen Personen der Gesandtschaft erstreckten. Bismard wollte nicht, daß Franzosen in der Gesandtschaft blieben, und sagte von dem Türhüter, als er erfuhr, daß es ein Elbflößer sei: „Dann ist er ein Deutscher!“ Damit war das deutsche Kriegsgeschehen allerdings deutlich gezeichnet. Die neue Veröffentlichung enthält auch viele Berichte der französischen Agenten über die Stimmung in den süddeutschen Staaten und zeigt die große Enttäuschung, die man darüber empfand, daß nicht Preußen allein, sondern ganz Deutschland in den Kampf zog.

Arzneikosten und Krankenversicherung.

Von Dr. Werner Kade, Hamburg

BR. Die Lage der Sozialversicherung hat während des letzten Monats eine große Rolle in der Öffentlichkeit gespielt. Jedesmal, wenn über dieses Thema gesprochen oder geschrieben wurde, war es auch die Höhe der Arzneikosten für die Krankenversicherungen, die zur Debatte stand.

Die Höhe der Arzneikosten an sich dürfte bei den geltenden Ermäßigungen für Krankenkassen ein entscheidender Grund zu deren wirtschaftlicher Bedrängnis nicht sein. Es bliebe also zu untersuchen, inwieweit der Umfang des Arzneiverbrauchs bei den Versicherten das normale und wirtschaftlich tragbare Maß überschritten haben kann. Auf diesem Gebiet wurden Ueberreichungen befristet, als letztere durch Notverordnung bestimmt wurde, daß der Krankenversicherer für die Ausstellung des Krankenscheins und für jedes vom Arzt ausgestellte Verordnungsblatt (Rezept) einen Kostenbeitrag von je 50 % zu leisten habe. Schon damals erhoben sich zahlreiche Stimmen, die nachwiesen, daß die auf diese Weise erzielte Einschränkung nicht selten einen Verzicht auf notwendige Arzneimittel durch die Unmöglichkeit bezirnen werde, die 50 % für das Rezept aufzubringen.

Inzwischen hat sich die wirtschaftliche Lage auf allen Fronten weiterhin verschlechtert. Während die Einkommen stark abgebaut wurden, hat die Preissteigerungsfaktoren vor dem Kostenanteil der Versicherten halt gemacht, obwohl nach dem heutigen Stand der Dinge höchstens 30 % oder 20% Arzneikostenanteil verlangt werden dürften, wenn der Geldwert gegenüber der früheren 50 %-Gebühr gewahrt bleiben sollte. Der Arzneiverbrauch der Krankenversicherer ist jedenfalls auf ein Maß zurückgeschraubt worden, das mit den Forderungen der Volksgesundheit nicht mehr voll in Einklang zu bringen ist. Die Bestimmungen der allerletzten Zeit, nach denen für die Arzneiverordnungen des Kaiserarztes ein sogenannter Regelbetrag eingeführt wird, dürften die Arzneimittelversorgung nicht bessern.

Der Regelbetrag ist der Betrag, den ein wirtschaftlicher Verbrauch von Arzneien und Heilmitteln im Durchschnitt erfordert. Uebersteigt die Arzneiverordnung eines Krankenarzes diesen Regelbetrag um einen bestimmten Hundertsatz, so wird dem Krankenarzt der Mehrbetrag für die zuviel verordneten Arzneien von seiner Gesamtvergütung abgezogen. Kein Wunder, daß die Krankenärzte die Regresspflicht scheuen. Die Regresspflicht beginnt bereits, gegen diese die Arzneiverordnung der Versicherten einengenden Bestimmungen Front zu machen. Bei den Familienversicherungen endlich wird der Fall immer häufiger, daß der Krankenarzt notwendige Arzneien verschreibt, der Patient aber die Verordnungen nicht ausführen läßt, weil es ihm unmöglich ist, den nach neueren für die Familienversicherung geltenden Bestimmungen vom Versicherten zu tragenden Kostenanteil in Höhe von 50 v. H. der Arzneikosten aufzubringen.

Der Rückgang des Krankenkassenumsatzes bei den deutschen Apotheken bezifferte sich im Jahre 1931 gegenüber dem Jahre 1929 auf durchschnittlich 20,58 v. H., bei den kleineren Apotheken macht er sogar 34,70 v. H. aus. In den ersten 6 Monaten des Jahres 1932 ging der Krankenkassenumsatz gegenüber den ersten Monaten des Jahres 1931 aber im Durchschnitt sogar noch um weitere 20 v. H. zurück, so daß sich insgesamt während der Jahre 1929 bis 1932 ein Rückgang des Krankenkassenumsatzes von rund 40 v. H. ergibt.

Es ist hier durchgreifende Abhilfe zu schaffen, damit infolge ungenügender Arzneiverordnung der Bevölkerung die Volksgesundheit nicht schwersten Schäden erleidet.

Organische Wirtschaft.

Von Oberfinanzrat Dr. Wang.

DR. W. Wir haben heute gleichzeitig die Wirtschaftskrise, die Finanzkrise und die Sozialkrise bei gigantischer Auslandsverschuldung. Warum? Aus zwei Gründen: Erstens weil wir seit 18 Jahren in Wahrheit nicht mehr den deutschen Staat und die deutsche Wirtschaft, sondern den französischen Militarismus und den deutschen Marxismus finanziert haben. Und zweitens, weil in Deutschland alles gegeneinander organisiert ist: die Stadt gegen das Land, der Konsument gegen den Produzenten, der Arbeiter gegen den Unternehmer und so fort.

Zur letzteren Frage sei folgendes gesagt: Wenn wir uns nicht endlich umstellen, auf den organischen Gedanken, sind wir verloren. Was heißt organischer Gedanke? Organischer Gedanke heißt Betätigung der Einsicht, daß kein Stand ohne den anderen leben kann, daß wir alle auf Tod und Leben miteinander verbunden sind, und daß niemand, kein Stand und keine Einzelperson, auf sich selbst gestellt ist, sondern daß das Dasein jedes einzelnen Volksgenossen abhängig ist vom Dasein des anderen. Die Parole des organischen Gedankens heißt: „Alle für Einen, Einer für Alle.“

Uns wirtschaftliche Überlegenheit bedeutet das gegenüber dem heutigen anorganischen Zustand vor allem zweierlei.

Es bedeutet zunächst eine grundsätzliche andere Einstellung zu dem Problem Landwirtschaft und Industrie. Die Politik der letzten 18 Jahre hat beide immer wieder gegeneinander ausgespielt. Eine der Ursachen unseres Unheils war die Einstellung der Volkswirtschaft auf den einseitigen Exportgedanken. Man konnte noch bis vor kurzem folgende Begründung hören:

1. Exportpolitik ist Befreiungspolitik,
2. deshalb Senkung der Produktionskosten,
3. deshalb billige Löhne,
4. deshalb Einfuhr billiger Lebensmittel.

Dieser Gedankengang, der einen wirtschaftlichen Weltanschauung darstellt, hat uns ruiniert. Es war ein lebensgefährlicher Irrtum zwecks Niedrighaltung der industriellen Selbstkosten, die auf diesem Wege nicht einmal erreicht werden konnte, unseren einzigen noch ausbaufähigen Produktionszweig nicht nur auszubauen, sondern verkümmern zu lassen. Diese Politik der Zerrüttung des Binnenmarktes ist im Sinne internationaler Ideen ganz bewußt gemacht worden. Noch am 24. September 1924 hat ein deutscher Minister erklärt: „Wir müssen gute Waren und gute Menschen exportieren. Diese Ausfuhr ist unser Schicksal. Die Wirtschaft kann nicht gesund werden als Binnenmarkt.“

Auch die bedenkenlose Kapitaleinfuhrpolitik seit 1924 hat in jenem Irrtum ihre Grundlage. Kapitaleinfuhr heißt Wareneinfuhr. Wareneinfuhr heißt Einfuhr fremder Arbeit. Auf diesem Wege haben wir nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch Industrie und Handel selbst ruiniert. In dem wir fremde Arbeit in riesigen Ausmaßen importierten, haben wir uns selbst arbeitslos gemacht.

Das Ergebnis dieser auf Kosten des Binnenmarktes betriebenen Ausfuhrpolitik ist zunächst der Zusammenbruch der Landwirtschaft gewesen. Der Industrie hat diese Politik aber in Wahrheit nicht genützt. Da es sich nun einmal um schicksalhafte organische Zusammenhänge handelt, mußte das Schicksal der Industrie dasselbe werden, wie das der Landwirtschaft. Die Industriekrise von heute ist in Wahrheit eine Folge der Agrarkrise! Die Landwirtschaftskrise ist eine industrielle Lebensfrage. Das ist leicht zu beweisen. Die reine Exportpolitik war nur möglich auf Grund einer unbeschränkten Einfuhrpolitik, insbesondere von Lebensmitteln. Gerade damit aber haben wir nicht nur die eigene Landwirtschaft gelähmt, sondern unsere eigene Industrie-Konkurrenz im Ausland großgezogen. Wir haben damit den fremden Arbeitsmarkt auf Kosten des deutschen Arbeitsmarktes finanziert. Nach einer amtlichen Feststellung liegt in der jährlichen Nahrungsmittelfuhr der letzten Jahre, soweit wir sie durch eigene Produktion ersetzen könnten, eine Quantität an Arbeitslöhnen, die ausreichen würde, um 1.800.000 deutschen Arbeiterfamilien Löhne und Brot zu geben. Hier liegt der Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Landwirtschaftskrise auf der Hand. Noch heute führen wir täglich für 12 Millionen Auslandsdollar ein, wovon 10 Millionen auf entbehrliche oder in der deutschen Wirtschaft herstellbare Güter entfallen. Noch heute führen wir jährlich für 1 1/2 Milliarden entbehrliche Lebensmittel ein. Wer immer noch nicht einsieht

will, daß die eigene Volkswirtschaft die billigste Bezugsquelle ist, dem ist nicht zu helfen.

Diese Politik war nur möglich, weil man sich des organischen Zusammenhanges zwischen Landwirtschaft und Industrie nicht mehr bewußt war, und weil man vergessen hatte, daß eine wirtschaftliche Ausfuhr nur auf der Grundlage eines lauffähigen Binnenmarktes möglich ist. Eine Extensivierung der Ausfuhr ist nur möglich bei Intensivierung des Binnenmarktes.

Den Einwand, den man mit dem törichtesten Schlagwort „Autarkie“ gegen uns erhebt, lehnen wir ab. Wir werden stets Ausfuhr treiben müssen und Einfuhr nötig haben. Was wir Deutschnationalen wollen, ist nichts weiter als eine Handelspolitik des gesunden Menschenverstandes mit dem Ziele der Selbsternährung unseres Volkes, auf dem Wege des organisierten Ausgleichs zwischen landwirtschaftlicher und industrieller Produktion. Wir fordern deshalb statt der überlebten Weltbegünstigungspolitik mit Zollbindungen eine nach nationalwirtschaftlichen Gesichtspunkten geleitete Kontingentierungspolitik. Das ist auch aus rein praktischen Gründen nötig. Kein Volk kann sich heute langfristig binden. Schon deshalb sind langfristige Handelsverträge mit festgelegten Bindungen der Zollfrage nicht mehr tragbar. Da jeden Tag in der Weltwirtschaft unvorhergesehene Veränderungen eintreten können, müssen wir uns bezüglich Ein- und Ausfuhr jederzeit freie Hand vorbehalten. Der Weltmarkt nähert sich zudem immer mehr den Formen des Freihandels. Was wir hereinnehmen können, das muß ausgenutzt werden, um deutsche Industriewaren abzusetzen. Deshalb brauchen wir eine Einfuhrkontrolle solcher Lebens- und Genussmittelfuhren, denen ein industrieller Warenabsatz gegenübersteht. Im übrigen müssen wir zielbewußt versuchen, zur Herstellung eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes mit Oesterreich, Holland und Skandinavien zu gelangen, wenn möglich auch mit Ungarn, Rumänien und Italien. Damit ist das deutsche Mittel-Europaproblem umschrieben.

Nur die in einer sich selbst bestimmenden Nationalwirtschaft erzeugte Gütermenge gibt zugleich die Maßzahl der Preisstabilität und damit auch die Grundlage einer gerechten Lohnregulierung. Weil wir keine organische Wirtschaft mehr haben, werden unsere Preise und Löhne in Wahrheit ja nicht mehr durch uns, sondern durch die in fremder Hand befindliche Selbstkostenfrage bestimmt. 65 Millionen Menschen, die die besten sind auf dieser Erde und die in ihrem eigenen Lande fast alles erzeugen können, was sie brauchen, sind durch eine vollaufgenügende Voraussetzung für eine völlig gesunde und blühende Wirtschaft, wenn diese Wirtschaft richtig geführt wird. Aber nur eine Politik, die die Interessen der Gesamtheit wahrnimmt und sich nicht um die Sonderwünsche und -interessen einzelner Klassen oder Verbände kümmert, und die rücksichtslos alle gesetzlichen Bindungen und Hindernisse der Privatinitiative beseitigt, wird unser Volk zur Freiheit und zu neuer Größe führen. Unsere Thesen lauten:

1. Ohne gesunde Binnenmarkt keine gesunde Ausfuhr.
2. Ohne landwirtschaftliche Rentabilität keine industrielle Rentabilität, ohne industrielle Rentabilität keine Heilung der Arbeitslosigkeit.

Die Grundlage jedes Rettungsplanes muß deshalb sein: Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft. Der Weg zur Freiheit geht nur über die eigene Scholle.

Auf diesen Grundlagen errichtete Nationalwirtschaft ist aber als wirtschaftliche Kampfgemeinschaft nur möglich auf der Grundlage geschlossener Kampfeinheiten. Diese Kampfeinheiten sind die deutschen Betriebsstätten. Hier stehen wir vor der zweiten grundlegenden Voraussetzung des organischen Wirtschaftsgebildes. Arbeiter und Unternehmer sind für uns nicht wie für unser heutiges antisoziales Sozialrecht einander feindliche, sich ausschließende Wirtschaftsklassen, sondern sie sind lediglich die zwei Seiten ein und derselben Sache und diese Sache heißt Arbeit, heißt Wert, Betrieb. Heute ist diese Seite der Wirtschaft zerrissen. Alle ihre lebendigen Glieder sind gegeneinander organisiert. Alles ist bei uns zur Zahl gemacht. Waffe Mensch ringt gegen Waffe Mensch. Keiner trägt mehr für den anderen die Verantwortung. Und in all dem geht das zugrunde, was allein uns retten kann, was allein die Ursache und der Träger der einstigen Größe unseres Vaterlandes war: die Persönlichkeit. So sind wir theoretisch und

praktisch auf die marxistische Klassentheorie konstruiert, und der parlamentarische Staat ist nur die politische Ausdrucksform dieses Klassenkampfes.

Deshalb bekämpfen wir den Klagen Gedanken als die tiefste Ursache des deutschen Unheils. Wir kennen keine Arbeiterklasse, wir kennen nur deutsche Volksgenossen, die den Beruf des Arbeiters ausüben. In keinem anderen Sinn erkennen wir um der Ehre des deutschen Arbeiters willen eine Sonderbehandlung seines Standes an. Wer diese Auffassung als „sozialreaktionär“ verachtet, verurteilt sich selbst und stellt sich außerhalb der völkischen Gemeinschaft. „Sozialreaktionär“ ist übrigens jenes Schlagwort, mit dem man alle die Dummköpfe vor dem Volke begründet hat, durch die unser Volk ruiniert worden und die Arbeiterschaft brotlos geworden ist. Nach organischer Auffassung ist die soziale Frage in allererster Linie eine ethische, eine sittliche Frage, d. h. sie ist der Ausdruck der Sehnsucht nach echter Kameradschaftlichkeit und wahrer Volksgemeinschaft. Deshalb weg mit dem lächerlichen Erbkäse des Klagengetzes und Standesdünkels! Dann wäre schon viel erreicht. Was uns im übrigen fehlt, ist nicht Sozialismus, sondern soziale Gesinnung. Die aber fehlt unten mindestens in demselben Maße wie oben.

Wir brauchen also die Wiederherstellung der Zelle der Wirtschaft, d. h. die Einheit der lebendigen Produktionsfaktoren: Arbeiter, Angestellte und Unternehmer. Wir erblicken auch eine der tiefsten Ursachen der Arbeitslosigkeit in der ungeheuerlichen Tatsache, daß es bis zu dieser Stunde deutschen Unternehmern und Arbeitern bei Strafe verboten ist, sich über das gemeinsame wirtschaftliche Schicksal zu verständigen. Auch deshalb ist für die organisierte Wiederherstellung von Unternehmern, Angestellten und Arbeitern im Betrieb bei voller Aufrechterhaltung des Schutzes aller berechtigten Arbeiterinteressen.

Die soziologische Form der von uns erstrebten Nationalwirtschaft hat deshalb nicht zu heißen: „Gewerkschaft und Arbeitgeberverbände“, sondern sie hat zu heißen: „Arbeiter und Unternehmer“, ganz gleichgültig, ob das Werksgemeinschaft oder Betriebsverband oder sonstwie heißt. Es ist das, was Goethe die „Einheit von Mensch, Arbeit und Wert“ genannt und als Ideal des deutschen Wirtschaftsgebildes verherrlicht hat. Wenn der Volksgemeinschaftsgebilde überhaupt einen Sinn haben soll, so hat er einzuliegen bei der Grundlage völkischen Gemeinschaftslebens, also bei der Arbeit. Ohne Wiederherstellung der heute zerrissenen Zelle der Wirtschaft ist an einen Wiederaufbau der Wirtschaft überhaupt nicht zu denken. Wer die Werksgemeinschaft verneint, verneint die Volksgemeinschaft. Der will in Wahrheit nicht Volk, der will Klasse. Wer ernstlich gegen die marxistisch-liberalistische Idee kämpft, hat hier zu beweisen, ob er es ehrlich meint.

Und dazu noch eins. Eine organische Sozialwirtschaft darf nicht, wie das heute der Fall ist, auf Proletarisierung, sondern sie muß auf Entproletarisierung hinauskommen. Das ist aber nur erreichbar, wenn nach Wiedervereinigung der lebendigen Produktionsfaktoren der Arbeiter und Angestellten auf der Grundlage eines ausgebauten Leistungslohnsystems zu selbstverantwortetem und vererblichem Eigentum verholfen wird.

Nach allem steht der organische Wirtschaftsgebilde auf folgender Erkenntnis: Ohne Werksgemeinschaft keine Nationalwirtschaft, ohne Nationalwirtschaft keine deutsche Zukunft.

Perfekt worden ist die organische deutsche Wirtschaft durch den internationalen Gedanken. Die hoffnungslose Romantik des internationalen Gedankens, die sich ausdrückt in dem Fehlgedanken der internationalen Koalition und der internationalen Solidarität, kommt auf allen Seiten, sowohl bei Arbeitern wie bei Unternehmern, im tiefsten Grunde aus einem starken Mangel an Selbstvertrauen und aus dem Wahngedanken, daß man sich retten könne durch Vorkämpfung aus der nationalen und völkischen Schicksalsgemeinschaft, durch Aufbau der eigenen Existenz auf fremden Grundlagen. In Wahrheit kann sich niemand herauslösen aus der Schicksalsverbundenheit der deutschen Wirtschaft, ohne schließlich zugrunde zu gehen. Es liegt in der Tat nur an uns selbst, ob wir aus der graulichen Not dieser Zeit gerettet sein wollen. Dazu ist die Voraussetzung, jene Schicksalsverbundenheit zu erkennen und zu betätigen eingedenk des deutschen Dichtermortes:

„Das grab Dir, Deutscher, tief ins Herz:
Kein Fremder fragt nach Deinem Schmerz,
Auf Andere bau'n, macht Dich zum Spott,
Gib Du Dir selbst, so hilft Dir Gott!“

MIA und ihre Schwester

Roman von Fa. W. van Oostren
Copyright by Romandienst Digo, Berlin W 30, Rosenheimer, Straße 33
8. Fortsetzung.

Übermals schüttelte Edith den Kopf. „Ich habe früher geglaubt, ich kenne dich einigermassen. Ich habe mitleidet und mitleidspunden, wie du gekämpft hast, um dich von deinem ersten Mann zu befreien; ich habe es erlebt, wie du dich dann wieder nach einem Mann gesehnt hast, nach einem Mann, an den du mit deiner ganzen körperlichen Weichheit dich anlehnen, den du lieben und achten kannst. Jetzt ist solch ein Mann in deinem Leben. Und du? Sprich dich doch endlich einmal aus! Weder er noch ich verstehen dich.“

Mia trocknete sich die tränensuchten Augen und blickte dann der Jüngeren mit unruhvoll und bang glühenden Augen ins ernste Gesicht. „Edith, ich habe Angst.“

„Wovon?“ Wie scheltend klang es. „Du bist doch keine Gans, die von Gott und der Welt nichts weiß; du bist eine reife Frau, die böse Erfahrungen hinter sich hat. Wovon hast du Angst? Häßt du Jorin für nicht besser als Herrn Guido Harp? Dann allerdings —“

„Um Gottes willen, sprich so etwas nicht aus“, fiel die Schwester ihr ins Wort. „Kenne nicht in einem Atemzug Robert und — und den — den Schuft!“

Die Jüngere schweig.

Eine Weile war es still im Raume.

Dann begann Mia mit leiser, zitternder Stimme zu sprechen. „Ich weiß, ich bin wahnsinnig, mich vor einem Schatten zu fürchten, der nicht mehr existiert. Ich weiß, ich —“ Sie brach ab und sah die Schwester angstvoll an, als bangte ihr, zuviel gesagt, zuviel verraten zu haben. Sie holte tief Atem und fuhr fort: „Ich habe Angst, Robert nicht so glücklich zu machen, wie ich möchte; ich habe Angst, eines Tages —“

Übermals verstummte sie. „Angst auch um dich, Edith“, schloß sie.

Die Schwester redete auf dem kleinen, lehnlosen Sitz ihre schlante Gestalt. Ein überlegenes Lächeln brachte Bewegung in die ernste Ruhe ihrer Züge. „Um mich? Mia, jetzt kann ich dich bald nicht mehr ernst nehmen. Ich glaube, ich habe dich bemogen, nach Berlin zu ziehen. Nicht nur, damit du nicht auf Schritt und Tritt Gefahr läufst, Herrn Guido Harp zu begegnen, und zitternd und aufgelöst nach Hause kommst, wenn es mal geschieht, sondern auch, weil ich wußte, daß ich hier leichter und besser zu unseren kleinen Einkünften hinzuverdienen kann als in München. Berlin ist der große Arbeitsmarkt, und wenn man sich hier — zu rühren versteht, dann — Du siehst, ich habe mir für mein bißchen Wissen und Können genügend und recht rasch Verbindungen und Absatzfeld geschaffen. Berühmt ist meine Arbeit nicht, berühmt sind auch meine Honorare nicht. Aber es braucht mir um mich nicht bange zu sein. Und dir auch nicht.“

„Wenn ich Robert nun wirklich heirate, — Edith, wo bleibst du, was tust du?“

„Ich bleibe genau so auf meinen Füßen stehen wie jetzt und tue daselbe, bis ich als Redaktrice bei einem Frauenblatt oder sonstwo eine feste, anständig bezahlte Stellung oder noch was Besseres finde. Vielleicht kommt auch aber mich eines Tages die große Liebe, kommt ein Traum von Glück. Und dann —“ Die Maschine begann unter ihren Fingern zu hämmern, verstummte aber rasch wieder.

Die Schwestern hörten.

„Das ist Robert!“ Mia sprang empor und eilte aus dem Zimmer. —

„Mia! Wir kennen uns nun bald ein Jahr lang. Vor vier Monaten habe ich Sie zum erstenmal gebeten, mir anzuhören. Sie haben mir vieles entgegengehalten. Manches habe ich sofort widerlegen können, anderes gelten lassen müssen. Eine ungewisse Zukunft, eine Gegenwart mit Sorgen durfte ich Ihnen nicht bieten; Sie hatten recht. Heute aber — Ich habe Ihnen nun alles auf fester Grundlage vorgezeichnet. Mia, ich liebe dich, sei mein!“

Die junge Frau sah mit brennenden Wangen und gefentten Blicken. Ein Zittern war in ihren Gliedern, ein Zucken in ihren Nerven.

„Robert, ich liebe Sie und will nichts als Ihr Glück“, sagte sie endlich mit erstickter Stimme.

„Mia!“ Jorin stand auf und redete die Arme nach ihr. Sie wehrte kopfschüttelnd mit beiden Händen ab. „Ich weiß nicht, ob ich das Glück wäre. Ich habe Angst, ich wäre es nicht. Meine Vergangenheit —“

„Vergangenheit?“ schnitt er ihr das Wort ab. „Du meinst deine Ehe?“

Sie nickte stumm.

„Mia, ist es deine Schuld, daß dein Mann dich hintergangen hat, brutal gewesen ist und dich zuletzt noch fast um dein ganzes Hab und Gut gebracht hat? Hast du dir etwas vorzuwerfen?“

Sie suchte fast unmerklich zusammen. „Nein“, sagte sie langsam und ganz leise. „Ihm gegenüber nichts.“

„Dem gegenüber also?“

Sie zögerte. „Niemanden“, kam es dann wie ein Hauch über ihre Lippen.

„Mia! Ich liebe dich über alles. Ich will nicht mehr sein ohne dich.“ Jorins Stimme klang warm und dringlich.

Sie hob die tränensuchten Augen zu ihm, und ihr Blick war Liebe und Bitte. „Ich weiß nicht, ob ich darf.“

„Ich verstehe dich nicht. Wer kann dir's verbieten? Wer kann uns hindern?“

„Ich weiß es nicht“, sagte sie wie klagend.

„Niemand kann es.“

„Wieso nicht doch, Robert, vielleicht die Schatten unserer Vergangenheit.“

„Wir haben beide trübe Erfahrungen hinter uns, haben Glück gewollt und Leid gefunden. Umso mehr haben wir nun ein Unrecht an Glück. Wo siehst du einen Schatten, den wir zu fürchten hätten?“

Mia Harp hielt den Kopf wieder gesenkt und die zitternden Lippen geschlossen.

Vermischtes.

Drei Flugzeuge aus Norbernen begrüßen Elli Reinhorn auf hoher See. Die deutsche Fliegerin Elli Reinhorn, die sich auf der Rückreise nach Deutschland an Bord des Dampfers „Cap Norte“ befindet, wurde gestern mittag durch drei Flugzeuge der Luftdienst G. m. b. H. Norbernen auf hoher See begrüßt. Es herrschte ziemlich stürmisches Wetter.

Nach 24 Jahren heimgekehrt. Bei der Familie Kirchner in Neukarbe (b. Friedeberg) erschien ganz unerwartet der Sohn Rudolf, der seit dem Jahre 1908 als verschollen galt und für tot gehalten wurde. Von 1904 bis 1908 kämpfte er unter ständiger Lebensgefahr in Südwestafrika. Er ließ sich dann für die holländische Schutztruppe in Sumatra anwerben, wo er sechs Jahre gegen die Eingeborenen kämpfte. Von 1914 bis 1920 war er als Angestellter bei einer Bergwerks-Gesellschaft auf Sumatra tätig. Seit 1921 arbeitete er in bevorzugter Stellung bei der holländischen Bergwerks-Gesellschaft für Gold- und Silbergewinnung auf Sumatra.

Auto rast — in die Wohnung. Ein mit sieben Personen besetztes Auto aus Düsseldorf mußte in der scharfen Kurve im Dorfe Allinghausen (Kreis Brilon) einem anderen Auto und einem Kinde tödlich ausweichen. Der Fahrer verlor die Gewalt über seinen Wagen, überfuhr das Kind und rannte mit dem Wagen gegen eine Hauswand, wo er mit seinem Wagen mitten im Zimmer landete. Die Wohnungseinrichtung wurde vollständig zerstört. Das schwerverletzte Kind mußte in eine Klinik gebracht werden. Von den Insassen des Autos wurde merkwürdigerweise niemand ernstlicher verletzt.

16000 Zentner Grubenholz fallen in den Rhein. Unter dem Einfluß des starken Regens, das in den letzten Tagen über dem Mittelrhein niederging, geriet plötzlich die Deelast eines mit Grubenholz beladenen Schiffs ins Nutzen. 16000 Zentner Grubenholz polterten über Deck und trieben ab. Alle verfügbaren Fahrzeuge, Rähne und Boote wurden aufgefördert, das rheinabwärts treibende Holz aufzufischen. Nach großen Anstrengungen gelang es, wenigstens den größten Teil des abgetriebenen Holzes wieder zu bergen.

Wildbiede mit Auto und Blendlaternen. Bereits mehrmals haben sich die Marburger Gerichte mit Wildbiedereien beschäftigt, die sich in der Umgebung ereigneten. Die Wildbiede durchführten zur Nachtzeit die Waldstraßen mit einem Auto, blendeten das Wild mit Scheinwerfern und knallten es dann mit Schrot zusammen. Viele Hehe und Girsche waren von den Wilderern krank geschossen worden, konnten in der Dunkelheit nicht verfolgt werden und wurden später von Forstbeamten berodet aufgefunden. Die Haupttäter sind bereits abgeurteilt worden. Der Chauffeur des Autos hat aber jetzt ein Geständnis abgelegt, daß noch andere Personen belastet wurden. In einem neuen Verfahren, in dem der Staatsanwalt die Gesamtzahl der abgeknallten Hehe und Girsche auf 120 schätzte, erhielt ein Angeklagter aus Gelsenkirchen sechs Monate Gefängnis.

Ein übler Streich. In der Nacht durchfuhr ein Auto in mäßigem Tempo eine Chaussee bei Kanten, als plötzlich der Fahrer eine leblose Person auf der Landstraße liegen sah und daher scharf bremste. Es gelang dem Fahrer, den Wagen noch ganz kurz vor dem Straßenrand zum Stehen zu bringen und damit ein Unglück durch das scharfe Bremsen zu verhüten. Der Fahrer mußte dann feststellen, daß eine Puppe auf der Straße lag, die dumme Jungen dorthin gelegt hatten. Da sich derartige „Scherze“ auch in anderen Gegenden ereignen haben, sollten alle Erzieher auf die entsetzlichen Folgen hinweisen, die durch solche Streiche entstehen können.

Gerichtssaal.

Wegen Beleidigung des Landgerichtspräsidenten Dr. Harnisch verurteilt. — Folgen eines Erblichkeitsstreits.

Das 4. Gemeinliche Schöffengericht verurteilte am Sonnabend den 33jährigen Hotelbesitzer Georg Horst Freil wegen Beleidigung und versuchter Mordtötung, verurteilt an dem Landgerichtspräsidenten i. R. Dr. Harnisch zu einer Geldstrafe von 1000 M., ersatzweise einen Monat Gefängnis. Der Anklage lag ein Erblichkeitsstreit zwischen den Kindern des verstorbenen Hoteliers Oswald Georg Freil um das Zentralhotel am Wiener Platz zugrunde, der schon jahrelang andauert, und in dem nach sechs anderen, teilweise wegen Unfähigkeit oder Untreue entlassenen Verwaltern Präsident Dr. Harnisch als Testamentsvollstrecker eingesetzt worden war. Nach der Darstellung des Angeklagten gingen die Streitigkeiten zwischen ihm und seinen beiden Geschwistern im wesentlichen darauf zurück, daß er sich ent-

sprechend den Wünschen seines Vaters einer Veräußerung oder Verpachtung des seit drei Generationen bestehenden Familienbesitzes entgegenstellte, und daß er andererseits weder bei seinen Geschwistern noch bei Dr. Harnisch für seine Ausbau- und Verbesserungspläne genügend Verständnis gefunden hatte. Durch die Maßnahmen Dr. Harnischs, der im Laufe der Auseinandersetzungen dann sogar ein Hausverbot gegen Horst Freil ermißt hatte, war dieser in eine derartige Erregung geraten, daß er an Dr. Harnisch Briefe schrieb, in denen er ihm Unfähigkeit, Eigenmächtigkeit, laxer Pflichtauffassung und anderes vorwarf, sowie ihm damit drohte, er werde der Sensationspresse Material gegen



wenn Sie die Zustellung des Rieser Tageblattes für August wünschen.

Bezugspreis 2.— Rm. ohne Zustellgebühr.

Neubestellungen

auf das in allen Schichten der Einwohnerschaft von Niela und Umgegend gern gelesene Nielaer Tageblatt zum Bezug nehmen jederzeit entgegen für

- Althirschheim: Hugo Rühle, Borß
- Bakra: Hugo Rühle, Borß
- Blochwitz: W. Naujoks, Seerhausen 17
- Boberlen: Frau C. Vogel, Boberlen Nr. 73
- Borß: Hugo Rühle, Borß
- Canik: D. Thiele, Gröbda, Döbber Straße 19
- Glanzig: Frau Döffe Nr. 6
- Gohlis: C. Röhne, Nr. 57
- Gröblich: W. Naujoks, Seerhausen 17
- Gröbda: A. Gausold, Strechauer Str. 17
- „ A. Heidenreich, Allee Nr. 4
- „ A. Riebel, Döbber Str. 2
- „ Frau Rulke, Kirchstr. 19
- Grödel: D. Better, Grödel Nr. 1
- Gröbda: Frau S. Horst, Gröbda, Nr. 42
- Jacobsthal: W. Schöne, Jacobsthal 21b
- Jahnshausen-Bühnen: Frau Trimus, Nicks Nr. 21a
- Kalzig: Frau Müller, Seerhausen Nr. 18d
- Kobeln: A. Diebe, Kobeln Nr. 18
- Pangenberg: Otto Scheuer, Bädermeister
- Pentewitz bei Niela: Will Herrmann, Pentewitz Nr. 17g.
- Mautzig: W. Naujoks, Seerhausen 17
- Mehlthener: Mich. Grubbe, Mehlthener Nr. 59
- Mergendorf: L. Schumann, Poppitz 13
- Merzdorf: D. Thiele, Gröbda, Döbber Str. 19
- Moritz: D. Better, Grödel Nr. 1
- Nicks: Frau Trimus, Nicks Nr. 21a
- Nünchitz: Marie Thranitz, Nienstorfer, 6
- Oelzig: Herm. Steglich, Pankitz 13 C
- Pahrenz: A. Diebe, Kobeln Nr. 18
- Pankitz: Herm. Steglich, Pankitz 13 C
- Poppitz bei Niela: L. Schumann, Nr. 13
- Praunzig: Frau Trimus, Nicks Nr. 21a
- Reußen: A. Gausold, Gröbda, Strechauer Str. 17
- Niela: Alle Zeitungsträger und zur Vermittlung an diese die Tageblatt-Werkstatt Goethestr. 59 (Telefon Nr. 20)
- Niederan: W. Schöne, Grundstr. 18
- Sageritz: Frau Döffe, Glanzig Nr. 6
- Seerhausen: Frau Müller, Seerhausen Nr. 18d
- Weida (Alt-): Fr. Klinge, Friedrich-Vik-Str. 29
- Weida (Neu-): F. Pöge, Lange Str. 26
- Zeitbain-Dorf: S. Sandholz, Zeitstr. 13
- Zeitbain-Dager: Richard Schönlitz, Buchhändler
- Altepa: F. Reibig, Altepa

ihn übergeben lassen, falls er nicht sein Amt als Testamentsvollstrecker niederlege. Wegen dieser Äußerungen hatte Dr. Harnisch Strafantrag gestellt, der nach eingehender Verhandlung zu obigem Urteil führte. Von der gleichzeitigen Anklage der bösen Nachrede sowie wegen Betruges, den er durch unberechtigtes Kaffieren von Mieten verübt haben sollte, wurde Freil freigesprochen.

Betrügereien leicht gemacht — ein Strafmilderungsgrund!

Unter der Anklage des Rückfallbetruges in mehreren Fällen, der schweren Urkundenfälschung sowie des Rückfallbetruges hatte sich vor dem Dresdner Schöffengericht der wegen dieser und anderer Verbrechen und Betrügereien wiederholt schwer vorbestrafte, in Haft befindliche Schlosser Albert Erich Janitschka aus Dresden zu verantworten. Der Angeklagte hatte sich wieder in mehreren Fällen Abzahlungs-betrügereien zu Schulden kommen lassen, durch die er Radioapparate, Lautsprecher und in anderen Geschäften Kleidungsstücke erlangt hatte, die er anderweit wieder zu Geld gemacht hatte. Außerdem hatte er noch einem armen Teufel bei Gelegenheit von seinen wenigen Kleidern das Beste gestohlen und ein andermal den Erlös von ihm ebenfalls von unbemittelten Personen zum Verkauf oder zur Reparatur übergebenen Gegenständen für sich selbst verbraucht. Nach Lage der Dinge konnte sich das Gericht trotz der wiederholten schweren Vorstrafen nicht entschließen, dem Angeklagten mildernde Umstände zu verlesen, da ihm seine Diebstähle und Betrügereien in allen Fällen außerordentlich leicht gemacht worden waren, wodurch für ihn, zumal er sich in schlechter wirtschaftlicher Lage befand, ein erheblicher Anreiz zur Begehung der Straftaten entstanden war. Das Urteil lautete auf insgesamt ein Jahr Gefängnis und zwei Jahre Ehrverlust, wobei für die Strafbüße und die Verbüßung der Ehrstrafe die besonders bei den Diebstählen bewiesene ehrlose Handlungsweise ins Gewicht gefallen war.

Nicht immer hilft Bewährungsfrist.

Im April wurden in verschiedenen Stadtteilen Dresdens eine Reihe von Kollidiebstählen ausgeführt, an denen sich neun Arbeitslose, junge Leute, beteiligt hatten, die nun wegen Diebstahls, Beihilfe und Hehlerei vor dem Dresdner Schöffengericht standen. Mehrere der Angeklagten, denen in der Hauptliche Anzugstoffe, Mäntel, Schürzen und dergl. in die Hände gefallen waren, die sie unter sich verteilt und zu Geld gemacht hatten, sind schon mehrfach erbeuligt, darunter ebenfalls wegen gemeinschaftlicher Kollidiebstähle vorbestraft. Sie waren größtenteils geständig. Trotz ihrer Vorstrafen wurden ihnen mildernde Umstände zugesprochen, da sie durch ihre Beschäftigungslosigkeit in schlechte Gesellschaft geraten und von dieser zu ihren Taten verführt worden waren, jedoch erkannte das Gericht gegen den Haupttäter, Hans Georg Müller, der zwischen den einzelnen Diebstählen zweimal verhaftet worden war und der nach seiner Entlassung sofort wieder neue Diebstahle begangen hatte, auf zwei Jahre und sechs Monate Gefängnis sowie zwei Jahre Ehrverlust. Der nächst Müller am meisten beteiligte Angeklagte Adler erhielt ein Jahr sechs Monate Gefängnis, die übrigen Gefängnisstrafen von einer Woche bis sechs Monaten Gefängnis. Die bisher unbefragten jugendlichen Angeklagten Polke und Thiemann erhielten eine dreijährige Bewährungsfrist; dagegen werden zwei andere, Piegler und Simmet, die noch von früheren Straftaten her unter Bewährungsfrist standen, nun auch noch ihre früheren Strafen zu verbüßen haben.

Bücherchau.

Entscheidungen der Sächsischen Gemeindekammer, Band 3 aus den Jahren 1929 bis 1931, unter Bezeichnung der amtlichen Unterlagen, herausgegeben von Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Georg Schmidt, 232 Seiten mit einem oberflächlichen Stichwörterverzeichnis, in Groß-Oktav, Halbleinwand RM. 7.50. Wilhelm Limpert-Verlag, Dresden-Mittstadt 1. — Der soeben erschienene Band stellt die Fortsetzung der Entscheidungssammlung dar, von der bis jetzt die beiden Bände mit den Entscheidungen aus den Jahren 1924 bis 1928 (seit Begründung der Gemeindekammer) vorliegen. Er enthält alle wesentlichen Entscheidungen der letzten 3 Jahre in ihrem ganzen Wortlaut (mit den Gründen). Die Einreihung nach den Paragraphen der Gemeindeordnung ermöglicht schnelleres Auffinden. Da das Stichwörterverzeichnis sehr eingehend gehalten ist und der Inhalt der beiden ersten Bände mit umfasst, ist der Überblick über die gesamte Rechtsprechung der Gemeindekammer für den einzelnen Fall so sehr wie möglich erleichtert. Für den, der sich mit den sächsischen Gemeindeverhältnissen zu befassen hat, ist die Sammlung unentbehrlich. Sie ist die notwendige Ergänzung des Streifens Kommentars zur Gemeindeordnung und der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts zu diesem Gesetz.

MIA und ihre Schwester

Roman von Fr. W. van Oostren
Copyright by Romanienat Digo, Berlin W 35, Rosenheimer, Straße 37
9. Fortsetzung.

„Meine Mutter hat erst gestern über dich gesprochen“, fuhr der Architekt fort. „So voll Juneigung. Du bist ihr von Herzen willkommen. Sogar Emmy, die ja ein seltsames Geschöpf ist, hat dich lieb. Und lebte mein armer Bruder noch, so —“ Unwillkürlich verstummte er in Gedanken an den Brief Gusti Sillings, den er bei sich trug. „Ich habe gestern Nachrichten über Gerhard erhalten“, sagte er mit verschleierter Stimme.

Mia, schöne, braune Augen weiteten sich; ein Ausdruck zitternder Spannung schwoh in ihren Wienen. „Und?“ stieß sie hervor.

Er schüttelte traurig den Kopf. „Sogar meine Mutter hat nun ihre Hoffnung endgültig begraben.“

„Hast du den Brief?“ fragte Mia gewürzt.

Er reichte ihr das Schreiben.

Sie las, las mit brennenden Augen, fliegendem Atem, las in wahnwitziger Hast.

Die Bogen entglitten ihren Fingern. Einen Herzschlag lang sah sie wie erstarrt. Und dann schluchzte sie auf und weinte, weinte bitterlich.

„Mia!“ Ein Laut voll tiefer Liebe.

Seine Arme umschlangen sie.

Und sie schmiegte sich an ihn — ganz fest, ganz eng, als wollte sich ihr Herz so tief in das seine drängen, bis beide in ein einziges verwachsen.

„Mia! Meine Mia!“ Er küßte und streichelte sie. Da umschlang auch sie ihn erschauernd. „Ich bin dein.“

Dr. Egon Garonder öffnete die Polstertür und blickte von der Schwelle seines Sprechzimmers in den Wartesaal, der in Ausmaß und Ausstattung an den Besessenen eines prunkvollen Kurushotels gemahnte.

Das ältere Ehepaar war heute nicht zum ersten Male hier; fast allwöchentlich begleitete der Mann seine nierenkrante Frau, die in Garonders Behandlung stand. Auch das junge Mädchen, das an einer leichten Leberanschwellung litt, war für heute erwartet, während der asthmatisch atmende Herr ein neuer, noch unbekannter Patient war. In der jenseitigen Fensterbank saß in einem hochlehnten Armstuhl, der die Gestalt fast völlig in seine weiche Tiefe aufnahm, eine lebende Dame. Nur von ihren schlanken Beinen und kleinen Füßen, sowie von den lederumkleideten Händen, die eine Zeitschrift hielten, vermochte Garonder etwas zu gewahren. Draußen in der Zimmerecke saß eine andere Dame, von der man —

Der Arzt runzelte die Stirn. Mit einem kurzen, unfreundlichen Nicken grüßte er Emmy Jorin.

„Der Rächte“, scholl seine Aufforderung schroff durch den Raum.

Emmy erhob sich.

Egon Garonder klemmte die Unterlippe zwischen die Zähne. „Bitte, Fräulein Jorin!“

Mit stummer Gebärde wies der Arzt dem jungen Mädchen den Sitz neben dem Schreibtisch, an dem er selbst sich niederließ. Während er einige Worte in das aufgeschlagen vor ihm liegende Patientenbuch schrieb, ruhten Emmys Augen auf ihm; ihre Gedanken führten sie in vergangene Zeiten zurück und weckten Erinnerungen.

Schon 1915, im Alter von 24 Jahren, hatte der Sohn des millionenreichen Kriegslieferanten Garonder seine Doktorprüfung bestanden und dabei seinen Lehrern selbst dank seinem umfassenden Wissen und seinem erstaunlichen Scharfblick Bewunderung abgezwungen. Dann war er, obgleich sein Vater ihn bereits durch Ererbung eines großen Lazarett, das er leiten sollte, von der Felddienstpflicht befreit hatte, dennoch eingelernt und an der Front mit steter Lebensverachtung tätig gewesen, bis er, ein halbes Jahr vor Kriegsende, als Verwundeter nach Berlin zurückkehrte. Kranksein war nicht seine Sache; schon nach wenigen Wochen erklärte er selbst sich für geheilt und begann, trotzdem er noch in Verbänden saß, ärztliche Tätigkeit auszuüben.

Damals freundete er sich mit der zwanzigjährigen Schwester Robert Jorins an, der seit einem Jahr sein Schwager war. Seine entschiedene, männlich zielbewusste Art, die Kraft seines Willens und seines Körpers, sein Wissen und Können — das alles machte einen tiefen Eindruck auf Emmy, während ihr glühender Eifer, ihre Verbegierde und ihr Geschick ihn beflügelten und ihm gefielen. Er sah in ihr nichts als eine Schülerin, bestenfalls den Gehilfen „und“ Kame-raden, gestattete ihr, ihm selbst die Verbände zu wechseln, und ließ sie assistieren, ohne je von dem sachlich harschen, kurzen Ton in einen anderen überzugehen. Emmy jedoch verlor ihr Herz an ihn. Davon merkte er allerdings nichts. Erst einige Monate nach dem Straßentampfbod seiner Schwester fiel ihm eines Tages ein Bild Emmys auf. Er stutzte und beobachtete seither. Dann nahm er ein Erdbeeren wahr, ein Bittern ihrer Hand, als er sie berührte, ein Stammeln.

Von diesem Augenblick sagte er sich, daß Emmy Jorin, sei es aus eigenem Antrieb, sei es aus Betreiben ihrer Mutter, sich ihm genähert hatte und ihn einzufangen versuchte. Natürlich, nur seinem Reichtum konnte das Interesse gelten. Daß ihn um seiner selbst willen ein Weib nie würde lieben können, darüber herrschte bei ihm kein Zweifel, seit er ein erstes leichtes Liebesabenteuer gehabt und sein Spiegelbild vorurteillos geprüft hatte.

Weshalb er ziemlich unvermittelt und ohne Begründung die Beziehungen zu Emmy Jorin aufgab, verstand diese nicht. Doch es war ihr ein tiefer Schmerz. Dieses Gefühl verriet sie nicht, zeigte es niemandem; ihr Wesen wandelte sich jedoch und wurde herb. Aus innerem Leid und Trost heraus verließ sie die Wohnung ihrer Mutter, lebte in männlicher Selbstständigkeit und arbeitete medizinisch-wissenschaftlich gegen Bezahlung in einem bakteriologischen Institut. Nur selten war sie im Hause der vielen Jahre mit Egon Garonder zusammengetroffen. Jedesmal aber war es wieder ein Erlebnis für sie gewesen, das ihr stets von neuem bestätigte, daß sie ihn unverändert liebte.

(Fortsetzung folgt.)

Minne vom Tode in Bild und Wort.



Reichskanzler von Papen auf der Stuttgarter Länderkonferenz.

Ein Bild von der Konferenz des Reichskanzlers von Papen mit den Ministerpräsidenten der deutschen Länder in Stuttgart, auf der die Reichsregierung zum Ausnahmezustand in Preußen und zu aktuellen politischen Tagesfragen Erklärungen abgab: Nr. 1: Staatsminister Baum-Thüringen — 2: Dr. Rüchenthal, Vorsitzender des Braunschweigischen Staatsministeriums — zwischen 2 und 3: Abteilung, der hessische Staats- und

Ministerpräsident — 3: Ministerpräsident Schied-Sachsen — 4: Minister Dr. Schmitt-Baden — 5: Pieper-Württemberg — 6: der bayerische Ministerpräsident Dr. Held — 7: Reichskanzler von Papen — 8: Minister Dr. Vazille-Württemberg — 9: Reichsinnenminister Freiherr von Guntl — 10: der württembergische Finanzminister Dr. Dehlinger — Reichsarbeitsminister Schäffer



Schwarze Tage der Segelfliegerei.

Früher das größte Segelflugzeug der Welt — jetzt nur ein Trümmerhaufen: das Riesensegelflugzeug „Auktoria“ des Segelflegers Kronfeld stürzte bei einem Segelflug plötzlich auf die Erde und zerfiel — der Pilot konnte sich glücklicherweise mit seinem Fallschirm retten.



Flugpionier Santos Dumont †.

Der französisch-brasilianische Luftschiffpionier Santos Dumont ist, 56jährig, in Brasilien gestorben. Er war einer der ersten Konstrukteure lenkbarer Luftschiffe, der mit seinem Motorflugzeug im Jahre 1901 als erster den Eiffelturm in Paris umflog und damit einen Preis von 100 000 Franc gewann.



Zum Gedenken an den 50. Jahrestag der Uraufführung des „Parsifal“.

Am 26. Juli jährt sich zum 50. Male der Tag, an dem das große Weibefestspiel „Parsifal“ von Richard Wagner in Bayreuth seine Uraufführung fand. Unsere Feiernotiz für die erste Aufführung des „Parsifal“ gibt Gurnemann und Parsifal auf dem Wege zur Gralsburg wieder.



Das letzte Bild Groenhoffs.

Einer der besten deutschen Segelflieger, der 24jährige Günther Groenhoff, hat auf der Wasserkuppe den Fliegertod gefunden. Diese letzte Aufnahme zeigt ihn mit seiner berühmten roten Kappe mit der Quaste, die er auch bei seinem Todesfluge trug.

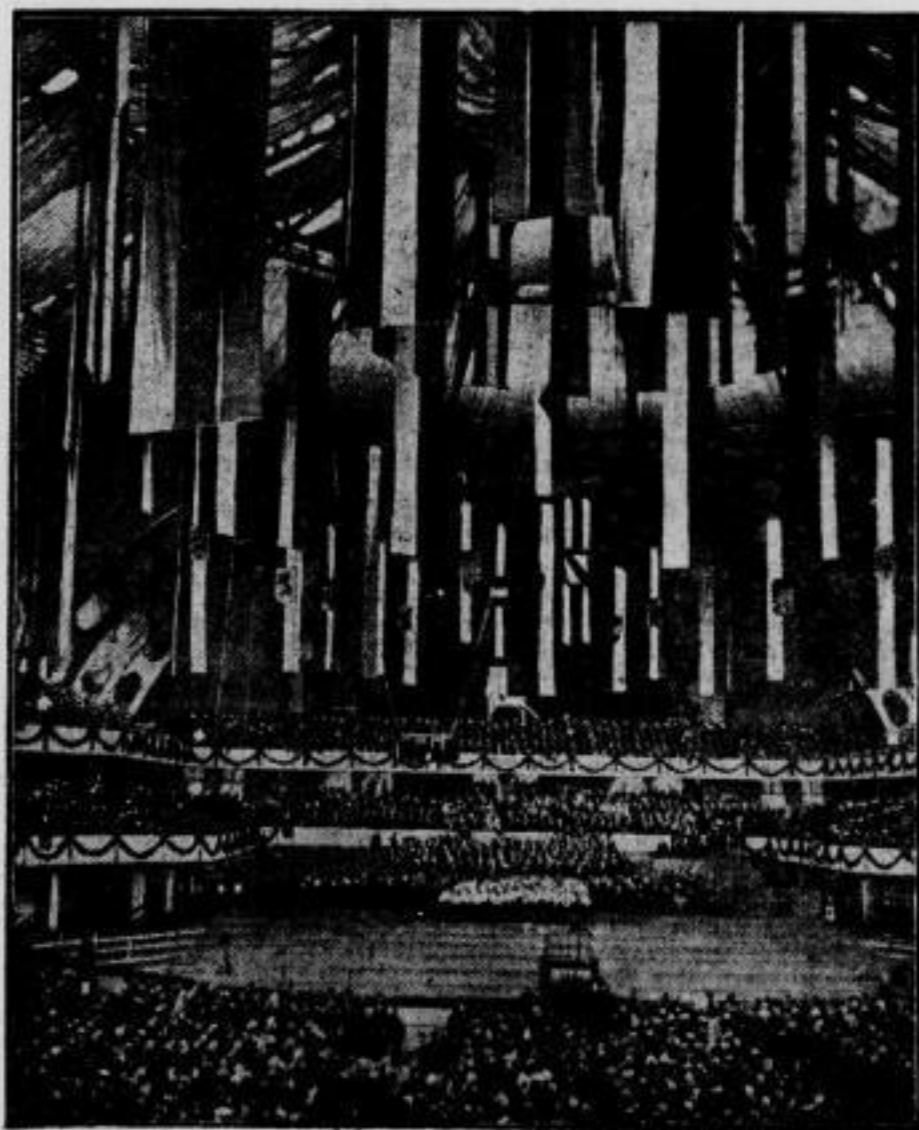


Der Höhepunkt des Deutschen Sängertages

war der Festzug durch die festlich geschmückten Straßen der schönen Mainstadt. Der malerische Rahmen zog in fünfständigem Marsch einher und bildete einen eindrucksvollen Abschluss dieser gewaltigen Tagung der Sängerefreunde aus allen Teilen des deutschen Vaterlandes.

Bild rechts

Die Volksdeutsche Weibeskunde beim Sängerbundesfest. Im Rahmen des Deutschen Sängerbundesfestes in Frankfurt am Main wurde in der riesigen Festhalle eine „Volksdeutsche Weibeskunde“ veranstaltet, die sich zu einem unauslöschlichen Erlebnis für die 20 000 Teilnehmer gestaltete. Unser Bild gibt einen Blick in die festlich geschmückte Halle während der Veranstaltung.



Das deutsche Lied.

Frankfurt's Holzener Festzug.

Viele Bundesfestzüge hat die alte freie Reichsstadt am Main schon gesehen. Der Holzener wurde am Sonntag durch Frankfurt's alte Straßen geführt. Im Norden der Stadt nahmen die Teilnehmer am Festzug über drei Stunden hin Aufstellung. Dort einer archaischen Organisation wickelte sich alles wie am Schnürchen ab. Ueber die alte Bergstrasse wurde der Zug in die Innenstadt geleitet, eine Blauschleife in verkehrstechnischer Hinsicht. Der anhaltend starke Verkehr zu und in der Sängerkolonade wurde durch die Nord-Süd-Tranche des Festzugs überhaupt nicht behindert.

In allen freien Plätzen wie überhaupt an allen Punkten der begangenen Straßen war kein freies Plätzchen mehr zu erreichen. Aus den dichtbesetzten Reihen ein ununterbrochener Applaus. Wahre Wellenstürme vor allem auch an der Ehrentribüne vor dem Opernhaus. Die Alleebäume alle besetzt, die Masten der elektrischen Leitungen, die Sandeiser, alles, was über einen Meter hochreichte, war ein Aussichtspunkt für die hundert- vielleicht für hunderttausend begeisterten Zuschauer. Diese Begeisterung aber war darum eine echte, weil der Festzug des 11. Deutschen Sängerbundes-Festes der sichtbare Ausdruck der übermächtigen einigen deutschen Sängerbewegung war, ein Ausdruck deutscher Kunst und Kultur, in der ungeheurer plastischer Gestaltung des Malers und Bildhauers, Fabrikanten und seiner bewährten Mitarbeiter. Den Festzug eröffneten Danzarentruppen, Fahnenwächter und die Altfrankfurter Herolde. In 15 trefflichen Bildern rollte sich unter der Begleitung der Musik das Deutsche Lied in allen seinen Entwicklungsphasen ab, der Sang der Vorden, die Singhaken, Minnelang, Meisterlang, Ständelieder, die Anfänge des Kirchenlieds, Goethe und Zelter, Freiheitslieder, Volkslied und der heutige Männerchor. Alles in allem ein tiefstes deutsches Erleben, das unvergänglich bleiben wird. Dieser bunten Symbolik reihte sich nicht minder bunt die gesamte deutsche und auslandsdeutsche Sängerkolonade ein. In neun Sängerkolonaden zogen die Zehnerreihen vorüber. Zwischen den Marschkolonnen immer neue gute Darstellungen, Post, Landwirtschaft, Handwerk, Gewerbe, Industrie, die Korporationen und Vereine. Und vorab das alte

Bundesbanner, das Deiltatum des Bundes, und die, waren es hundert oder tausend, flatternden Fahnen, friedlich vereint wie die Schar der unzähligen Sängere im Zug. Ein Erlebnis, ein Kunstereignis, unter dem Zeichen des Deutschen Lieds und eines einigen deutschen Sängervolkes.

Abgang. An der Rolltreppe löste sich der imposante Sängerkolonade auf. Die Volksmassen, Sängere, wie Sängerefreunde, ein einzig einzig Heer. Das 11. Deutsche Sängerefest 1932 hatte mit dem grandiosen Festzug offiziell seinen Abschluss erreicht. Noch weilen die Sängere Alt-Deutschlands in den gaulischen Mauern der Mainmetropole. Nun begannen von Frankfurt aus die Sängerefahrten ins Deutsche Land, mit stierischen Sängereverbänden am Rhein und an den weiteren Weitebächen des deutschen Volks. Die Frankfurter Festtage haben den Beweis erbracht, daß unter einer Idee sich ein sonstwie noch so sehr zerklüftetes Volk einigen kann. Und das war vielleicht das allerhöchste an dem 11. Deutschen Sängerefest 1932, daß diese Idee über Menschen aller Stände und aller Parteien mächtig hoch aufstieg im ewig schönen, deutschen Lied.

Eindrucksvolle Kundgebung der deutschen Sängere am Deutschen Tag.

* Koblenz. Mit sechs Dampfern trafen am Montagmorgens die Teilnehmer am dem 11. Deutschen Sängerefest in Koblenz ein, wo sie von einer vielstündigen Zuschauermenge begrüßt wurden. Am Deutschen Tag fand eine eindrucksvolle Kundgebung statt. Oberbürgermeister Rosenbach sagte in seiner Ansprache, man verflamme sich zu einer Zeit, in der tiefe Wolken den politischen Himmel verdunkeln. Auf die Fahnen der Sängere habe man jedoch die Pflege des deutschen Liedes geschrieben und damit die Pflege des wohlverstandenen Deutschtums. Er glaube, in ihrem Sinne zu sprechen, wenn er sage, daß die Worte Mag von Schenkendorffs „Nimmer wird das Reich zerbröckeln, wenn Ihr einig seid und treu“ in dieser Feierstunde Herz und Sinn erhebe. Begeistert stimmte die Menge in das Hoch auf das Vaterland ein und sang das Deutschlandlied.

Ergebnisse.

Bei dem Bundeschwimmfest, das der Berliner Schwimmbund anlässlich des 60jährigen Bestehens des Seebades Mariendorf veranstaltete, ging die Leipziger Wasserballmannschaft an den Start. Gegen den Trainingspartner der deutschen Olympiateam hatten die Leipziger eine schwere Aufgabe zu lösen. Sie waren ihrem Gegner schwimmerisch zwar überlegen, aber nicht ballförmig genug, um gegen die sichere Hintermannschaft der Berliner erfolgreich sein zu können. Nach einer verlorenen ersten Halbzeit buchten die Reichshauptstädter in der zweiten Halbzeit zwei Treffer, während die Sachsen leer ausgingen.

Die Tour de France

In dem Franzosen Debuca nicht mehr zu nehmen. Der Spitzenreiter gewann auch die 15. Etappe von Orléans nach Belfort (281 Kilometer) im Endspurt nach einer Fahrt von 9:55:19 vor die Bacca und Ray Buika und debütierte damit seinen Reittourformung um weitere vier Minuten aus. In der 58 Mann starken Spitzengruppe befanden sich auch die Deutschen Stöpel, Thierbach, Erger und Nisch, von denen ersterer infolge einer Wagenverformung nur schwer das Tempo zu halten vermochte. Seine Sandleute führten ihn aber immer wieder heran. Sieronski hatte kurz vor dem Ziel noch einen Defekt und verlor eine Minute, während Umbenhauer, Rutschbach und Altenburger mit Reittourfahrten bis zu 25 Minuten das Schlupftrio bildeten. Rutschbach hatte durch Bodenbruch den Anschlag verloren.

Boxsport.

Europameister Locatelli soll im September in Berlin boxen, und zwar will man ihm seinen Titel gegen den deutschen Leichtgewichtsschwimmer Döberst verteidigen lassen. — Für die Alldeutschen Kampfsportler hat sich auf die Ausschreibung der WVL nur ein Bewerber, der Belgier Degeand, gemeldet, sodass die Frist noch verlängert werden mußte. Vielleicht verliert es unter Doppelmelter Wegner-Nöln noch einmal.

Der Boxkämpfer Dambura-Berlin wird nach längerer Pause am 12. August in der Reichshauptstadt wieder aufleben und voraussichtlich als Freikampfkämpfer ausgetragen.

Aus den Nachbargebieten

Polizeilicher Ernteschutz in Thüringen

Das Thüringische Innenministerium hat einen umfangreichen polizeilichen Ernteschutz eingerichtet. Die Polizeibehörden sind angewiesen, in ihrem Bezirk auf Erntediebstähle besonders zu achten. Dort, wo es besonders erforderlich erscheint, werden Schuttpolizeinheiten zur Verstärkung der Gendarmen beim Ernteschutz abgeordnet werden. Außerdem können die beteiligten Landwirte einer Gemeinde sich zu Selbstschuttpolizeinheiten zusammenschließen, die nach polizeilicher Anleitung im Ernteschutz tätig sein sollen.

Greiz i. V. Der Papierfabrikant Dr. h. c. Günther hat dem Verein für Luftfahrt eine Flugzeughalle gestiftet, die auf dem Flugplatz Greiz-Obergroßhof aufgestellt werden soll. Der Verein pflegt besonders den Segelflugsport, der bisher am Wachberg bei Waltersdorf betrieben wurde. Jetzt soll der Sportbetrieb auf den Flugplatz verlegt werden, wo man besonders Autostarts durchführen will.

Stadtröda. Infolge eines wolkenbruchartigen Regens ereignete sich auf der Bahnstrecke Gera-Weimar zwischen Stadtröda und der Neuen Schenke ein Dammrutsch. Bis zur Wiederinstandsetzung des Damms, die fünf Stunden in Anspruch nahm, mußte der Verkehr einseitig durchgehört werden. — Das Unwettergebiet des Holzlandes wurde von Staatsminister Baum besichtigt. Die Wiederherstellungsarbeiten sind in vollem Gange. Es ist damit zu rechnen, daß den Geschädigten aus den Staatswaldungen Holz zur Selbstbearbeitung zur Verfügung gestellt wird. In der Gemeinde Hemsdorf sind Unweterschäden in Höhe von 50 000 RM angemeldet worden, wobei Schäden unter 100 RM unberücksichtigt blieben.

700 Jahre Stadt Schleiz

Schleiz. Seit 1282 sind 700 Jahre in der Geschichte der Stadt Schleiz vergangen. Trotz allem Kummer vergah man den Geburtstag nicht und feierte ihn im Glauben an eine bessere Zukunft. Ganz Schleiz war seit Tagen in ein würdiges Festgewand gekleidet. Aus der näheren und weiteren Umgebung waren die Besucher gekommen, um zusammen mit den Einheimischen das Fest zu begehen. Schon am Sonntagabend waren viele Gäste in der Feststadt, um an der Begrüßungsfeier und dem Empfangsabend teilzunehmen. In der Landwirtschaftlichen Ausstellung musterten die Landwirte die Tierchau und erfreuten sich an dem Reiz- und Fahrturnier. Weiter beging der Land- und Forstwirtschaftliche Verein Schleiz die Feier seines 75jährigen Bestehens. Nachdem am Sonntagvormittag ein Festgottesdienst in der Bergkirche stattgefunden hatte und die Grundsteinlegung zum „Bürgerheim“ erfolgt war, zog am Nachmittag als Hauptveranstaltung der große historische Festzug durch die Straßen. Laufende bildeten Spalter und jubelten den Teilnehmern zu. Geschichtliche Augenblicke aus der Schleizer Stadtgeschichte feierten ihr Aufsehen. Der Ritter von Lobdeburg, der Gründer der Neustadt Schleiz, hielt seinen Einzug, ihm folgten die Kämpfer des Deutschen Ordens und Soldaten aus dem 30jährigen Krieg. Besonders hervorgehoben wurde der Zufallsfinder des Porzellans, Johann Friedrich Böttger, ein Schleizer Kind. An eine traurige Epoche erinnerte der Zug der Salzburger Emigranten. Lustige Wellen erlösten aus einer übermütigen wirklichen Hochzeitsgesellschaft. Selbst Goethe, der im Jahre 1786 Schleiz passierte, kam im „Goethe-Jahr“ zu seinem Recht. Im Zusammenhang mit der am 9. Oktober 1806 bei Schleiz erfolgten Schlacht brachte der Festzug Napoleon I. zur geschichtlichen Erinnerung. Dichtauf folgte der Vaterlandsdichter Theodor Körner, der noch kurz vor seinem Tode in der Stadt weilte. Handwert und Gewerbe warben durch geschickt ausgelegte Festbilder. Zehn Phasen aus der Kulturgeschichte veranschaulichten die Entwicklung des Postwesens. Die Turner huldigten Vater Jahn, und beim Aufzug des Schleizer Dreieckremens, der durch Kinder dargestellt wurde, erkannte man bekannte deutsche Motorradfahrer. Den Abschluss des Festzuges bildete die Entwicklung der Feuerwehr und ihrer Geräte. Mit einem gewichtigen Programm, darunter ein historisches Festspiel, wird die 700-Jahrfeier am Dienstag beendet. — Somit treten in einem Jahr drei thüringische Orte, und zwar Tanna, Schleiz und Harra, die dicht beieinander liegen, den Weg in ein neues Jahrhundert an.

Turnen - Sport - Spiel - Wandern

Die Niesauer Fußball-Sensation.

Der zweimalige Deutsche Fußballmeister Hertha-BSC. Berlin und der Niesauer Sportverein im Wettkampf.

Nur noch wenige Tage und das größte sportliche Ereignis, was Niesau je zu leben bekommen hat, geht vor sich. Die sportliebenden Bewohner Niesaus und der weiten Umgebung fiebert dem Tag entgegen, wo ihnen eine Mannschaft von internationalem Renomee und Belustigung vorgeführt werden wird. Noch nie hat in Niesau eine Mannschaft gespielt, die noch vor kurzem Deutscher Fußballmeister war. Erst im Juni wurde sie von Bayern-München als Deutscher Meister abgelöst, obwohl Bayern-München nicht den Beweis erbracht hat, besser als Hertha-BSC. zu sein, denn Hertha und Bayern-München trennten sich in einem Privatwettkampf unentschieden 4:4. Die Berliner Hertha ist nicht etwa in einer Glanzserie Deutscher Meister geworden, im Gegenteil war die Berliner Hertha in den letzten Jahren von Pech verfolgt. 6 Jahre hintereinander fanden sie im Endspiel um die Deutsche Meisterschaft, ohne das Endziel zu erreichen, aber die Mannschaft ließ nicht locker, vielmehr konnten sie mit erhöhter Energie im Jahre 1930 das erste Mal den Deutschen Meistertitel in die Reichshauptstadt entführen, nachdem der Süden (München-Bayern-München-Frankfurt) kapituliert hatte. Schon im nächsten Jahre gelang ihnen der 2. Streich. 1931 wurde Hertha-BSC. zum 2. Male Deutscher Fußballmeister. Das die Berliner auch einmal den Berliner Meistertitel errangen, sei nicht unerwähnt.

Der Niesauer Sportverein hat sich nun angemacht, gegen diese ganz überragende Mannschaft ein Wettspiel auszutragen. Ein großes Risiko, aber den Sportliebhabern haben die Niesauer damit ein Fest besichert. Wer Hertha-BSC. Berlin bisher sehen wollte, mußte zumindest nach Dresden oder Leipzig fahren. Jetzt kommt Hertha nach Niesau, und jeder kann die Mannschaft zu mäßigen Eintrittspreisen beim Spiel sehen! Kein Wunder, wenn die ganze Umgebung an dem großen sportlichen Ereignis teilnimmt.

Der Niesauer Sportverein hat eine Sensation geschaffen und versucht durch Verpflichtung von Gegnern mit übertragendem Auf eine neue Ära in der Sportgeschichte der Stadt Niesau zu schaffen. Aber ist der HSV, aber vom Besuch dieser Spiele abhängig, nur bei gutem Besuch kann zur Verpflichtung solcher Gegner geschritten werden. Jeder Anhänger wolle sich daher schon jetzt eine Eintrittskarte im Vorverkauf sichern.

Hertha-BSC. Berlin im Kampf und Spiel ist übrigens auch in verschiedenen Bildern in einem Schaufenster am Rosenplatz ausgestellt.

An dem Ereignis nimmt natürlich nicht nur die Ortspresse teil, sondern auch die Tages- und Hochpresse Mitteldeutschlands, vor allen Dingen die Dresdner Zeitungen. Alle drücken ihre Verwunderung darüber aus, daß der Deutsche Meister ausgerechnet sein erstes Spiel der neuen Serie in Niesau austrägt und gratuliert den Niesauern zu diesem Abschlus. Eine Dresdner Sportzeitung schreibt wörtlich: Einen richtigen Knalleffekt zum Saisonbeginn nahm sich der Niesauer Sportverein vor, der Hertha-BSC. verpflichtete, eine Mannschaft von größtem Rufe. Sechsmal hintereinander kämpften sich die Berliner bis ins DFB-Schlusspiel durch und wurden zuletzt zweimal Deutscher Meister. Das dürfte in Niesau stehen und einen Bombenbesuch veranlassen.

Drei Dresdner Sängerevereine bauen neue Klöbe.

Trotz der Not der Zeit sind drei Dresdner Sängerevereine augenblicklich am Werk, ihre Spielstätten zu verbessern. Die Sportgesellschaft hat ihren Klöbenbau soweit gefördert, daß auf dem Trassenreits heute bereits 22 000 Zuschauer Platz finden. Bis zur Feier des 40jährigen Bestehens hofft man die Bauarbeiten zum Abschluss gebracht zu haben. Der Wagn (s) dann 70 000 Zuschauern Sitzplätze geben. Den zweiten Wagn wird Rosenport am 14. August mit einem Treffen gegen den Oklachsener Sportklub einweihen. An der Rekonstruktion ist dieser Wagn im letzten Halbjahr in heftigster Arbeit entstanden. Er bietet Raum für 18 000 Besucher. Der Wagn (s) hat

auch nur 4 Felder für untere Mannschaften. Mit dem Bau eines neuen Spielplatzes inmitten dieser Anlage soll erst in fernerer Zeiten begonnen werden.

Turnverein Nöderau D. L.

Handball.

Fr. Nöderau Gela — Fr. Niesau 2:2 (1:1)
Fr. Nöderau 1. — Fr. Niesau 1. 7:7 (1:4)

Beide Mannschaften fanden sich am vergangenen Sonntag im Freundschaftsspiel gegenüber. Nöderau hatte viel auszumachen, mußte sie doch im letzten Spiel eine 8:4-Niederlage einstecken. Gleich von Anfang an legten beide Mannschaften ein sehr hohes Tempo vor, welches auch bis zum Schluß nicht abgeklungen wurde. Nöderau hielt ziemlich zerkümmert und unsicher. Kugelspiel und Fangtechnik ließen zu wünschen übrig. Niesau dagegen ist gut im Schwung und kann in kurzer Zeit vier Erfolge buchen. Nöderau bricht jetzt merklich, eine leichte Ueberlegenheit macht sich bemerkbar, welche auch bis zum Schluß anhält. Drei Tore sind der Erfolg. Trotz Ueberlegenheit können sie die Führung doch nicht erringen. Angriff auf Angriff rollte auf das Niesauer Tor, alle gutgemeinten Würte gehen an die Latte oder werden eine sichere Beute des Niesauer Torhüters. Niesau gelang es, einige schon durchdrachte Angriffe durchzuführen, welche auch das Resultat auf 7:4 erhöhten. Alles glaubte nun wohl an eine hohe Niederlage. Da letzte Nöderau zum Endspurt an und es gelang ihnen in den letzten acht Minuten Spielzeit, das Resultat auf 7:7 zu bringen.

Fr. Niesau biss zufriedenstellend und hatte das Spiel jederzeit in Händen.

Der deutsche Kunstturnermeister Krösch verläßt Leipzig.

Der deutsche Kunstturnermeister Krösch vom TSV. 1860 Leipzig ist nach Wien abgereist, wo er dem TSV. 1860 Wien als Mitglied beigetreten ist.

Von unseren Olympialämpfern

aus Los Angeles sind neue Nachrichten eingetroffen. Die Kubzer sind wegen der großen Entfernung zwischen der Regatta und dem Olympischen Dorf in ein deutsches Hotel umgezogen, und die Leichtathleten haben die Trainingsbahn gewechselt, die nach Ansicht ihres Trainers Walter zu wenig war. Einen beachtlichen Eindruck macht Sprintermeister Jönass. In Los Angeles sind jetzt die Kämpfer von 88 Nationen eingetroffen und die Ungarn sind in San Francisco, also ebenfalls bald am Ziel ihrer Wünsche, angekommen.

Indiens Olympia-Goldmannschaft wird auf der Rückreise aus Deutschland einen Besuch abkriegen und in Berlin gegen Brandenburgs Silbermannschaft spielen. Das Treffen dürfte in der ersten Septemberhälfte zum Austrag kommen. Ueber Reapel wollen die Götzen dann ihre Heimreise fortsetzen.

Flugsport.

Auf der Wassertruppe herrschte am Montag, nachdem endlich besseres Wetter eingetreten ist, schon seit den frühen Morgenstunden lebhafter Flugbetrieb. Ansgelam wurden 70 Flüge ausgeführt, so daß bereits 250 Wettkampfflüge absolviert wurden. Zeitweise kreuzten in Höhen bis zu 500 Metern bis zu neun Maschinen über dem Startplatz. Eine besondere Leistung vollbrachte der junge Ludwig Peters auf „Maner“, der fast elf Stunden in der Luft blieb und damit den bisherigen Rekord-Dauersturz von Falpe um etwa einhalb Stunden überbot. Der so erfolgreich verlaufene Tag wurde jedoch durch einen neuen Unglücksfall getrübt, der noch einmal glimpflich abließ. Der Jungflieger Fiedler aus Berlin kürzte mit seiner Maschine „Lustig“ ab. Das Flugzeug ging reiflos in Trümmer, während Fiedler mit einem Armbruch davonging.